

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Wolfgang Behr

Grundlagen der Politik in der  
Bundesrepublik Deutschland  
und in der DDR

Ein Systemvergleich

Hans-Heinrich Nolte

Geschichtsunterricht  
und Gesellschaftskunde  
in der Sowjetunion

ISSN 0479-611 X

B 9/78

4. März 1978



Wolfgang Behr, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe; geb. 1940; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte, Anglistik, Philosophie und Pädagogik an den Universitäten Heidelberg, London und Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialdemokratie und Konservatismus, Hannover 1969; Politikwissenschaftliche und politisch-didaktische Grundkategorien, in: Gesellschaft—Staat—Erziehung 17/1972; Strukturprobleme der politischen Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/73; BRD — DDR. Elemente eines politischen Systemvergleichs, Politik und Soziologie, Villingen 1973; Bundesrepublik Deutschland — Deutsche Demokratische Republik. Grundkonflikte und Konvergenzerscheinungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36—37/74; Vermittlungsprobleme der Politikwissenschaft, in: Materialien zur Politischen Bildung, Heft 3, 2/1974; Dimensionen in Politikwissenschaft und politischer Pädagogik, in: H.-J. Winkler (zusammen mit G. Wuthe und Gerd Stein, Hrsg.), Politikwissenschaft als Erziehungswissenschaft?, Köln und Opladen 1974; Staatliche Bildungspolitik und gesellschaftliche Mitbestimmung, in: Siegfried Jenkner/Gerd Stein (Hrsg.), Zur Legitimationsproblematik bildungspolitischer Entscheidungen, Saarbrücken 1976.

Hans-Heinrich Nolte, Dr. phil., geb. 1938 in Ulm, Privatdozent am Historischen Seminar der Technischen Universität Hannover.

Veröffentlichungen u. a.: Religiöse Toleranz in Rußland 1600—1725, Göttingen 1969; Deutsche Geschichte im sowjetischen Schulbuch, Göttingen 1972; Geschichte an Universitäten und Schulen (zus. mit J. Leuschner und B. Schwarz), Stuttgart 1973; Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der russischen Kirchenspaltung, in: Jahrbücher für Geschichte Europas 1975; Die Reaktion auf die spätpetrinische Altgläubigenbedrückung, in: Kirche im Osten 1976; „Drang nach Osten“. Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpansion, Köln 1976; Gruppeninteressen in der klassenlosen Gesellschaft. Beispiel Sowjetunion, in: Gegenwartskunde 1977; Das sowjetische „Jahrbuch für deutsche Geschichte“, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1977/9; Neuere Veröffentlichungen zur sowjetischen Religionspolitik, erscheint in: Kirche im Osten 1977/78.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,  
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



# Grundlagen der Politik in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR

## Ein Systemvergleich

### I. Fragestellung, theoretische und methodische Grundlagen

Leitende Fragestellung für die folgende Untersuchung soll sein, wie das Verhältnis der beiden deutschen Staaten in der gegenwärtigen politischen Entwicklungsphase zu bestimmen ist, auf welcher Grundlage und mit welchen Ergebnissen.

Um diesen Fragenkomplex zu beantworten, ist es notwendig

— entweder die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik in ihrer jeweiligen Komplexität möglichst vollkommen zu erfassen und zu vergleichen. Vergleichende Parameter können mit Hilfe von Kategorien ermittelt werden;

— oder beide Systeme auf einer exemplarischen Grundlage zu erfassen und zu vergleichen. In diesem Fall wird schwerpunktmäßig von *einem* Parameter ausgegangen, der ebenfalls in einem Bezug zu ausgewählten Kategorien steht.

In einer früheren Arbeit in dieser Zeitschrift wurde versucht, den ersten Weg zu gehen<sup>1)</sup>. Hier wird dagegen eine der seinerzeit benutzten drei Kategorien (Ökonomie/Gesellschaft, Herrschaft/Macht, Ideologie/Legitimität), die Kategorie „Legitimität“, herausgenommen, um auf ihrer Grundlage Selbstverständnis und Funktionen der Systeme Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik zu klären. Es bleibt hinzuzufügen, daß damit die anderen genannten Kategorien nicht wegfallen, sondern in diesem Zusammenhang lediglich nicht eigenständig berücksichtigt werden.

Bei der Bestimmung von Legitimität gehen wir davon aus, daß es im Interesse jedes Systems (Staat, Gesellschaft, Schule u. a.) liegt, sich in seiner Allgemeinheit (z. B. demokratischer Staat, sozialistische Gesellschaft) wie in

seiner Besonderheit (z. B. parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, entwickelte sozialistische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik) zu *rechtfertigen*. Diese Rechtfertigung bezieht sich auf die Erweckung und Pflege des *Glaubens an die Richtigkeit der bestehenden Ordnung*. Dies kann sehr unterschiedlich erfolgen. Insbesondere geht es dabei

— um die Sicherung eines möglichst dauerhaften allgemeinen Grundkonsenses über Werte und Ziele;

— um die Fähigkeit, bestehende Rechtfertigungen flexibel neuen Gegebenheiten anzupassen, ohne die bestehenden Rechtfertigungsgrundlagen aufzugeben.

Wesentlich ist Legitimität auf *Herrschaft* bezogen. Durch Herrschaftsausübung werden Systeme integriert und entwickelt, wobei es zu *Konflikten* zwischen *Gruppen* und deren unterschiedlichen *Interessen* kommt. Durch die Legitimität von Herrschaft soll deren Handeln unter den Bedingungen von Interessenkonflikten überzeugen und die bestehende Ordnung sichern. Die von den Regierten akzeptierten Legitimitätsgrundlagen eines Systems und die von den Regierenden getroffenen Entscheidungen zur Entwicklung dieses Systems sollen im Falle idealtypischer Legitimität vollständig übereinstimmen.

In der politischen Praxis wie in der politikwissenschaftlichen Theorie und Analyse ist das Verhältnis von Legitimität und Realität eines Systems ständiger kritischer Überprüfung zu unterwerfen, um Konfliktregelung und Systementwicklung nach bestimmten verbindlichen Wertprämissen und Zielen zu garantieren<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Wolfgang Behr, Bundesrepublik Deutschland — Deutsche Demokratische Republik. Grundkonflikte und Konvergenzerscheinungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36—37/74.

<sup>2)</sup> Vgl. zur Begriffsbestimmung von Legitimität und Legitimation: Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. I, Köln 1956; Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973<sup>2</sup>; ders., Legitimationsprobleme im modernen



Zum Vergleich der Legitimitätsgrundlagen wird ein *Systemvergleichsmodell* benutzt, das in starker Vereinfachung *formal* gleiche Grundstrukturen beider Systeme enthält, um davon ausgehend auf deren unterschiedliche Funktionen hinzuweisen, die anschließend in einer Tabelle aufgeführt werden. Unter „Funktionen“ werden hierbei Problemlösungen verstanden, deren Spektrum durch den Rahmen des legitimatorischen Systems begrenzt wird. Jenseits dieses Rahmens schlagen Funktionen in „Dysfunktionen“ um.

Wichtig ist der Hinweis, daß zunächst versucht wird, die formale Struktur beider Systeme aufzuzeigen, um überhaupt eine Vergleichsbasis zu finden. Damit verbunden ist die Absicht, das offizielle Wertesystem der Bundesrepublik nicht als ausschließlichen Maßstab an die Verhältnisse in der DDR anzulegen und sie damit einer Bewertung zu unterwerfen, der sie ihrem Selbstverständnis nach nicht entsprechen kann. Der andere methodische Weg wäre zwar wesentlich leichter begehbar, nähme jedoch in Kauf, daß gravierende Normenunterschiede und deren je eigenständige Funktionen in beiden Systemen nicht gebührend berücksichtigt werden. Eine systemvergleichende Analyse auf dieser methodischen Basis macht sich selbst unfähig zu ermitteln, was denn die tatsächliche Funktionsweise beider Systeme ist.

Der hier vorgeschlagene methodische Weg ist vielfältig dialektisch und stellt an den Analysierenden und Bewertenden wesentlich höhere Anforderungen; er erlaubt es allerdings auch, Bundesrepublik und DDR aus sich selbst heraus zu begreifen, auf immanente Widersprü-

---

Staat, in: Merkur 30/1976, S. 37—56; Wilhelm Henning, Legitimität, in: ebda., S. 17—36; Peter Graf Kielmannsegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) Sonderheft 7/1976; ders., Legitimität als analytische Kategorie, in: PVS 12/1971, S. 367—401; Claus Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: Gisela Kress/Dieter Senghaas, Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt 1975, S. 135—164; ders. Überlegungen und Hypothesen zum Problem politischer Legitimation. Referat für die Arbeitsgruppe ‚Staats-theorie‘, Duisburger Kongreß der DVPW 1975, Ms. Bielefeld 1975; Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, Neuwied 1969; ders. Soziologische Aufklärung, Bd. 1, Opladen 1972<sup>3</sup>; Bernhard Blanke/Ulrich Jürgens/Hans Kastendiek, Kritik der Politikwissenschaft, 2 Bde. Frankfurt/New York 1975; R. Ebbighausen (Hrsg.), Bürgerlicher Staat und politische Legitimation, Frankfurt 1976.

che zu untersuchen und Entwicklungstendenzen für beide Systeme nach systemeigenen Werteprämissen sowie systemübergreifenden Normen (wie etwa UNO-Menschenrechtscharta und KSZE-Schlußakte oder Ziele und Werte im Rahmen politischer Pädagogik) aufzuzeigen. Es sei hier der Vollständigkeit halber hinzugefügt, daß dabei die Einbindung der Systeme Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik in systemübergreifende Paktsysteme und internationale Organisationen zu berücksichtigen bleibt.

Das Systemvergleichsmodell geht von der Grundthese aus, daß unter den *Bedingungen sich entwickelnder Gesellschaften* bis hin zu hochentwickelten Industriesystemen ungeachtet unterschiedlicher Normen *Ausdifferenzierungsprozesse* zu konstatieren sind. Die wichtigsten Bereiche, die sich im Zuge dieser Gesellschaftsentwicklung ausdifferenziert haben, sind

— *das politische System*, das — ungeachtet der jeweiligen politischen Grundnormen eines Systems, ob nun parlamentarisch-demokratisch oder sozialistisch-kommunistisch — eine Instanz darstellt, die in der Lage und berechtigt ist, alle für die Gesellschaft verbindlichen Werte autoritativ zuzuteilen<sup>3)</sup>;

— *das ökonomische System*, das häufig in der Lage ist, die Bedingungen gesellschaftlicher und staatlicher Entwicklung massiv zu beeinflussen. Diese Aussage gilt bei aller Unterschiedlichkeit der Zuordnung des ökonomischen Sektors in einem marktwirtschaftlichen wie in einem planwirtschaftlichen ökonomischen System. Eine andere Frage ist es, inwieweit ökonomische Prozesse selbst Politik gestalten oder umgekehrt im Rahmen von politischen Entscheidungen steuerbar und kontrollierbar bleiben.

Mit diesen letzten Bemerkungen wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Inhalte des aufzuzeigenden vergleichenden Systemmodells durch spezifische, inhaltlich bestimmte Strukturen und deren Funktionen zu belegen sind. Die Strukturen und Funktionen in Verbindung mit der formalen Systemanordnung bestimmen also maßgeblich das offizielle Selbstverständnis und Normensystem des jeweiligen Systems.

---

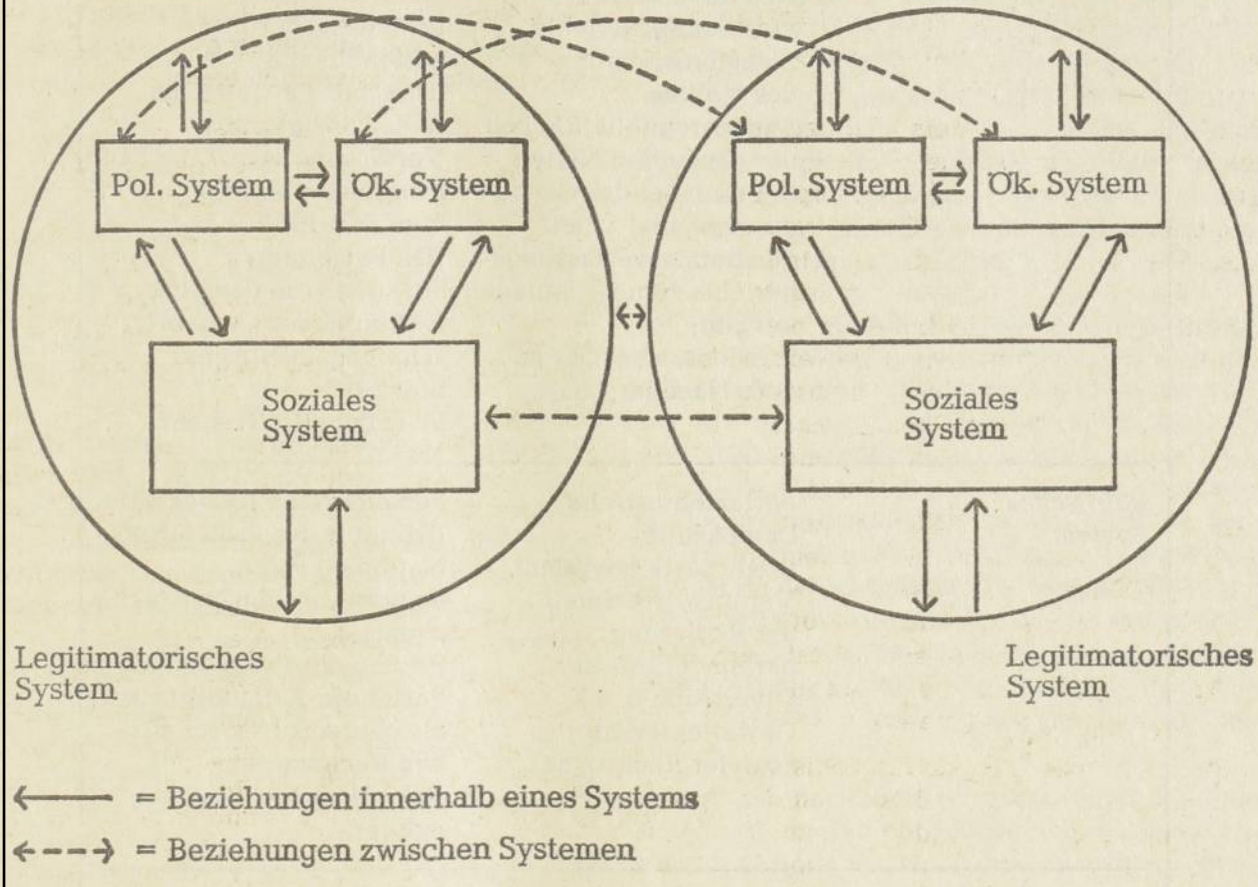
<sup>3)</sup> David Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, New York 1965.



# Vergleichendes Systemmodell:

Bundesrepublik  
Deutschland

Deutsche  
Demokratische  
Republik



## II. Legitimitätsgrundlagen in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Wie bereits zuvor dargelegt, würde der Versuch eines ausschließlich formalen Vergleichs der Systeme Bundesrepublik Deutschland — Deutsche Demokratische Republik bei scheinbarer Wertabstimmigkeit der Unterschiedlichkeit beider Systeme nicht gerecht werden. Dies ist durch die folgende Tabelle zu belegen, die versucht, über das formale Vergleichsmodell hinaus Legitimitätsgrundlagen in der Bundesrepublik und DDR aufzuzeigen, wobei deren Unvereinbarkeit deutlich wird. Absicht der anschließenden Tabelle ist es nicht, einer affirmativ-funktionalen Bewertung von Bundesrepublik und DDR das Wort zu reden. Hiermit soll lediglich dargestellt werden, nach wel-

chen offiziell akzeptierten und praktizierten Normen und Begriffen die beiden Systeme funktionieren. Daß in der Bundesrepublik eine Reihe der anschließend aufgeführten Begriffe in der öffentlichen Diskussion umstritten ist, sei der Vollständigkeit halber hinzugefügt. Gleiches gilt für legitimatorische Grundpositionen in der DDR, die allerdings offiziell ausschließlich durch die SED und ihr Sozialismusverständnis interpretiert werden<sup>4)</sup>.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu W. Behr, Bundesrepublik Deutschland — Deutsche Demokratische Republik, a. a. O., S. 45 ff.



Legitimitätsgrundlagen in der Bundesrepublik Deutschland  
und der Deutschen Demokratischen Republik

	<i>Bundesrepublik Deutschland</i>	<i>Deutsche Demokratische Republik</i>
<i>Gesamtsystem (allgemein)</i>	Westliche Demokratie; Grundgesetz; Urteile des Bundes- verfassungsgerichts; Selbstbestimmung des Volkes; Bundesrepublik als Teil der deutschen Nation lt. Präambel des Grund- gesetzes und Urteil des Bundesverfassungs- gerichts zum Grundlagen- vertrag; Friedenssicherung und gute Nachbarschaft.	Ideologie des Marxismus- Leninismus, im Zusam- menhang damit: Proletarischer Inter- nationalismus, sozia- listischer Patriotismus, realer Sozialismus; Verfassung vom 7. 10. 74; Programm der SED vom Mai 1976 (IX. Parteitag); Sozialistische deutsche Nation in der Gemein- schaft sozialistischer Staaten; Friedliche Koexistenz.
<i>Politisches System</i>	Parlamentarische Demokratie (Mehrparteiensystem, Verantwortlichkeit der Regierung, parlamentarische Opposition u. a.); Gewaltenteilung; Sozialer Rechtsstaat.	Sozialistische Demokratie (Diktatur des Proletariats, Nationale Front, demokratischer Zentra- lismus u. a.); Prinzip der Parteilichkeit; Partei der Arbeiterklasse als oberstes Herrschafts- und Rechtsorgan (sozialistische Gesetz- lichkeit).
<i>Soziales System</i>	Offene pluralistische Gesellschaft (Parteien und Verbände als Mittler der gesellschaftlich- politischen Willens- bildung; Informations- und Pressefreiheit; Koalitionsfreiheit).	Entwickelte sozialistische Gesellschaft (Vollendung der sozialistischen Gesellschaft durch die politische Macht der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten).
<i>Ökonomisches System</i>	Soziale Marktwirtschaft.	Sozialistische Planwirt- schaft (Ökonomisches System des Sozialismus).



# 1. Legitimitätsgrundlagen der Bundesrepublik Deutschland

## a) Allgemeine Legitimitätsgrundlagen

Das legitimatorische System der Bundesrepublik wird theoretisch im Rückgriff auf das Grundgesetz ermittelt, praktisch durch die tatsächliche Funktionsweise des Systems in bezug auf diese Legitimitätsgrundlage<sup>5)</sup>.

Zentral sind hierbei die „Würde des Menschen“ (Art. 1 GG) und daraus unmittelbar folgend das „Recht auf freie Entfaltung“ der Persönlichkeit (Art. 1 [1]) und die „Gleichheit vor dem Gesetz“ (Art. 3 [1] GG). Diese Passagen des Grundgesetzes verdeutlichen, daß die Verfassung der Bundesrepublik grundlegende Verhaltenserwartungen und Wertvorstellungen für das menschliche Zusammenleben und die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland angibt. Derartige Bestimmungen lassen keine Beliebigkeit ihrer Auslegung zu, wohl aber im Einzelfall Konflikte darüber, wie in concreto Menschenwürde, Menschenrechte, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Gleichberechtigung von (z. B. politischen) Anschauungen zu bewerten sind, inwieweit sie gewährleistet sind und wo ihre Grenzen liegen. Davon unberührt bleibt der generelle Schutz der Grundrechte, der nur zu garantieren ist durch die umfassende Einhaltung der Verfassung überhaupt durch parlamentarische Kontrolle, Verfassungsgerichtsbarkeit, Gewaltenteilung, Widerstandsrecht u. a.<sup>6)</sup>. Dies bedeutet die Bejahung von Pluralismus und Interessenkonflikt bei gleichzeitigem Zwang zu einem Minimalkonsensus, um den Zusammenhalt des gesamten Systems zu gewährleisten.

Diese wichtige Legitimitätsgrundlage des Systems Bundesrepublik, für die Artikulierung und Durchsetzung menschlicher Bedürfnisse und Nöte offen zu sein<sup>7)</sup>, zeigt allerdings mindestens zwei Problemkreise in der Realität, die der umfassenden Umsetzung legitimatorischer Funktionen im Wege stehen:

<sup>5)</sup> Vgl. hierzu methodisch und didaktisch Winand Breuer, Walter Gagel, Hans Graf, Hans-Jörg Lengemann, Dieter Menne, Peter Ost, Zum Selbstverständnis der Bundesrepublik. Beispiel: Das politische System, in: Rolf Schörken (Hrsg.), Curriculum „Politik“, Opladen 1974, S. 107—131.

<sup>6)</sup> Vgl. Dimitris Th. Tsatsos, Einführung in das Grundgesetz. Grundbegriffe — Grundprobleme, Stuttgart 1976, S. 161 f.

<sup>7)</sup> Vgl. hierzu das „Konzept der fundamentalen menschlichen Nöte“ in: Wolf-Dieter Narr/Frieder Naschold, Theorie der Demokratie. Einführung in die moderne politische Theorie, Teil III, Stuttgart 1971, S. 51—59, insbes. S. 52 ff.

1. Der durch Umfragen zu belegende Anteil nicht demokratisch engagierten politischen und sozialen Verhaltens in der Gesellschaft<sup>8)</sup>.

2. Es bestehen in der Bundesrepublik Deutschland ungleiche Chancen bei der Verwirklichung von Menschenwürde, freier Entfaltung der Persönlichkeit und damit bei der Wahrnehmung von Lebenschancen, was sich mit der stärkeren Durchsetzbarkeit der Interessen von Mitgliedern der Ober- und Mittelschicht im Vergleich zu Angehörigen der Unterschicht dokumentieren läßt. Dies ist nicht ausschließlich damit zu begründen, daß sich das Eigentum an Produktionsmitteln in der Bundesrepublik primär in privater Hand befindet. Auch bildet sich dadurch keine einheitliche Machtelite heraus<sup>9)</sup>.

Im Rahmen unserer Begriffsbestimmung sind derartige Zustände und Entwicklungen allerdings solange als funktional in ihrem Verhältnis zu den Legitimitätsgrundlagen des Systems Bundesrepublik zu bezeichnen, als dadurch die allgemein legitimierten Zusammenhänge des Gesamtsystems und seiner Teilsysteme nicht gestört werden. Erst eine Unfähigkeit des ‚Systems Bundesrepublik‘, seine Legitimationsmuster funktional aufrechtzuerhalten, würde es zulassen, von einer dysfunktionalen Entwicklung zu sprechen, d. h. in diesem Falle würde sich die Bundesrepublik

— entweder von ihren Legitimitätsgrundlagen entfernen, so daß ein funktionaler Zusammenhang nur noch begrenzt oder überhaupt nicht mehr vorhanden wäre,

— oder die Legitimitätsgrundlagen würden nicht ausreichen, um neuen Herausforderungen an das System zu genügen.

In ihrer Wirkungsweise hängen beide Möglichkeiten eng miteinander zusammen. So entscheidet sich die Funktionalität des Systems Bundesrepublik in komplexen Entwicklungsprozessen primär durch die Rolle von Parlamenten und Parteien: bei der Sicherung von Arbeitsplätzen, in der Rentenversicherung, bei der Dämpfung der Kosten für das Gesundheitswesen, in der Familien- und Bil-

<sup>8)</sup> Vgl. hierzu Bernhard Blanke, Theorien zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Zum Problem der Legitimation politischer Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft, in: Bernhard Blanke/Ulrich Jürgens/Hans Kastendiek, Kritik der Politischen Wissenschaft 1, Frankfurt/New York 1975, S. 126—221, insbes. S. 126 ff.

<sup>9)</sup> Vgl. Klaus von Beyme, Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland, München 1971, S. 206 f.



dungspolitik, in der Energieversorgung, bei wirtschaftlichem Wachstum und Umweltschutz, in der politischen Praxis der inneren Sicherheit, im Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie in den vielfältigen Beziehungen zwischen West und Ost mit dem damit verknüpften Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR. Im weitesten Sinne geht es hierbei um die Zuordnung von Produktions- und Lebensbedingungen, also die Wechselwirkungen zwischen ökonomisch-technologisch-wissenschaftlichen Bedingungen und den Beziehungen der Menschen hierzu und untereinander. Aufgabe der Politik in der Bundesrepublik Deutschland ist es, diesen zentralen Problembereich — ausgehend von den gegebenen Legitimationsgrundlagen — funktional zu bewältigen. Praktisch geschieht dies durch das permanente Bemühen von Regierungen, Parlamenten und Parteien, die bestehende Ordnung zu stabilisieren und möglichst dauerhaft zu sichern.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes stellt in systemtheoretischer Sicht ein als Verfassung fixiertes ‚Systemüberlebensmodell‘ (A. Etzioni, F. Naschold) dar, das bestimmte Werte und Normen setzt, ohne den Auftrag zu teilen, diese zu optimieren. Das Grundgesetz hat damit keinen Prozeßcharakter, sondern legt Bedingungen — im weitesten Sinne Maßstäbe — für das gesellschaftliche und politische Zusammenleben fest, wobei es von der gesellschaftlichen Entwicklung und den mit ihr verbundenen Konflikten abhängt, diese Rechtssätze in einer bestimmten Bandbreite zu interpretieren und zu gestalten. Damit überläßt das Grundgesetz es den gesellschaftlichen Gruppen, Einzel- und Systemziele auf der Grundlage von Partikular- und Mehrheitsinteressen zu formulieren. Es gibt ihnen damit die Möglichkeit, diese Interessen und Ziele im Rahmen der legalen Bestimmungen oder durch deren verfassungsmäßige Änderung durchzusetzen. Eine besondere Rolle fällt hierbei den politischen Parteien zu in ihrer Doppelfunktion

— als vermittelnde Subsysteme zwischen dem politischen und den anderen Teilsystemen;

— als gesellschaftliche Gruppen, aus denen sich primär die politische Elite rekrutiert.

#### b) Parlamentarische Demokratie und pluralistische Gesellschaft

Der Typus der parlamentarischen Demokratie beinhaltet

1. Repräsentativverfassung in Übereinstimmung mit dem gesellschaftlichen mehrheitlichen Willen;

2. die staatlichen Organe müssen sich gegenseitig kontrollieren (System der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung);

3. mindestens Zwei-Parteien-System;

4. Kandidatenaufstellung für die Repräsentativorgane nach demokratischen Grundsätzen;

5. Mehrheitsprinzip bei Entscheidungen;

6. verfassungsmäßig garantierte Rechte der Opposition;

7. größtmögliche Öffentlichkeit für alle politischen Entscheidungsprozesse und Entscheidungen.

Zwischen diesem Legitimitätsanspruch und der politisch-sozialen Wirklichkeit entsteht insofern ein Dilemma, als der mit dem Typus „parlamentarische Demokratie“ bejahte *gesellschaftliche Pluralismus* und seine Umsetzung in das politische System notwendigerweise des permanenten *Konsenses* bedarf, um unüberbrückbare Entscheidungsblockaden in Gesellschaft und Staat möglichst nicht aufkommen zu lassen. Der Staat muß entscheidungsfähig sein und soll hierbei die Vielfalt gesellschaftlicher Interessen so berücksichtigen, daß sie sich zu mehrheitlich getragenen repräsentativen Entscheidungen verdichten. Hierzu dient das dualistische Prinzip von Regierung und Opposition sowie das System der Gewaltenteilung. Das Funktionieren von Regierung, Opposition und Gewaltenteilung setzt allerdings voraus, daß keine gesellschaftliche und politische Gruppe die Alleinherrschaft anstrebt, sondern bereit ist, sich in den pluralistisch bestimmten Grundkonsensus — bei aller Wahrung und Durchsetzung eigener Interessen — einzuordnen.

Doch wie wird dieser pluralistische Grundkonsensus bestimmt? Auch ein eher konservativer Politologe wie Kurt Sontheimer, der keine überzeugende politische Alternative zur Theorie des Pluralismus sieht<sup>10)</sup>, räumt ein, daß durch die Kritik „einer stärker marxistisch orientierten Sozialwissenschaft“<sup>11)</sup> „das Verständnis des Pluralismus als eines schlecht proportionierten gesellschaftlichen Machtsystems geweckt (wurde), in dem bestimmte Gruppen viel mächtiger sind als andere, obgleich deren Interessen ebenso legitim sind“<sup>12)</sup>. Im einzelnen identifiziert sich

<sup>10)</sup> Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München 1976<sup>5</sup>, S. 142.

<sup>11)</sup> Ebd., S. 140.

<sup>12)</sup> Ebd., S. 141.



Sontheimer mit folgenden Kritikpunkten am bestehenden Pluralismus in der Bundesrepublik:

1. Der etablierte Pluralismus ist ein festgefügtes, relativ starres Machtsystem, das gesellschaftlichen Veränderungen großen Widerstand entgegensetzt.
2. Die pluralistischen Interessen in der Gesellschaft haben unterschiedliche Chancen, sich politisch durchzusetzen (Beispiel: das Interesse der Unternehmer besitzt in dieser Gesellschaft in der Regel größere Durchschlagskraft als das der Arbeitnehmer).
3. Die Verbände stellen nur in sehr engen Grenzen Institutionen dar, in denen sich die Willensbildung demokratisch vollzieht und echte Partizipationschancen für die Mitglieder bestehen.
4. Es gibt wichtige allgemeine Interessen, wie z. B. das Interesse an der Volksgesundheit, die relativ unberücksichtigt bleiben, weil es keine machtvollen Interessenvertretungen dafür gibt.
5. Das öffentliche Interesse zieht wegen der Gesamtmacht der Verbände und deren Vielfalt und Stärke bei der Vertretung privater Interessen meist den kürzeren<sup>13)</sup>.

Die wichtigste vermittelnde Rolle zwischen dem pluralistisch-gesellschaftlichen und parlamentarisch-politischen System unter den Bedingungen des Legitimitätsanspruchs des Grundgesetzes spielen in der Bundesrepublik die politischen Parteien<sup>14)</sup>.

Die verstärkte Wirksamkeit von Bürgerinitiativen läßt aber die Vermutung aufkommen, daß es sich hierbei nicht mehr nur um ergänzende partizipatorische Maßnahmen zu parlamentarisch legitimierten Entscheidungsakten handelt, sondern um Versuche, politische Leerstellen aufgrund von Versäumnissen oder Fehleinschätzungen von Parteien und Parlamenten zu besetzen, um dadurch notwendige Bestimmungen und Überprüfungen von politischen Perspektiven und Handlungen zu erzwingen. Die dadurch hervorgerufenen Konflikte signalisieren „ungelöste und unreflektierte Probleme des politischen Systems und seiner Legitimierungsleistungen“<sup>15)</sup>.

Offensichtlich sind in dieser Situation weder das politische System der Bundesrepublik als

ganzes noch einzelne Subsysteme wie Parlamente und Parteien in der Lage, von den gegebenen Legitimitätsgrundlagen her jene Funktionalität sicherzustellen, die

erstens in einem konservativen Sinne bestandserhaltend in einer Weise wirkt, daß systemkonformen Erwartungen unterschiedlicher Gruppen in der Gesellschaft der Bundesrepublik entsprochen wird;

zweitens in einem systementwickelnden Sinne entsprechende Erwartungen von unterschiedlichen Gruppen befriedigt, gegebenenfalls weckt und koordiniert.

Es ist zu betonen, daß direkte Formen von Demokratie in der Bundesrepublik legitim sind, solange sie nicht die zentrale politische Grundstruktur des parlamentarischen Systems mindern oder gar außer Kraft setzen. Immerhin zeigen aber Bürgerinitiativen unterschiedlicher Richtungen und Anliegen gestörte oder enttäuschte Erwartungshaltungen gesellschaftlicher Gruppen auf, die diese im allgemeinen mit Parlamenten und Parteien und nicht gegen sie durchsetzen möchten. Insofern ist die Funktionalität parlamentarischer Demokratie in der Bundesrepublik zu erhöhen, um Gruppenkonflikte in der Gesellschaft sowie zwischen politischem, gesellschaftlichem und ökonomischem System abzubauen und zu regeln. Denn die in der Gegenwart der Bundesrepublik vorhandene legitime Funktionalität des Systems gerät dann an die Grenzen zu Dysfunktionalitäten, wenn gesellschaftlich-politische Gruppenkonflikte die parlamentarische Entscheidungskompetenz in Frage stellen oder — im Gegenzug — Gruppenkonflikte unterdrückt werden, um formal parlamentarisch, letzten Endes aber autoritär unter dem Deckmantel demokratischer Legitimation administrativ zu entscheiden.

#### *c) Technokratische Sachzwänge und demokratische Entscheidungskonflikte*

Gesellschaft und Wirtschaft in der Bundesrepublik versuchen, Prioritäten zu bestimmen; Entscheidungen fällt verbindlich der Staat. Die Dringlichkeit der zur Entscheidung für den Staat anstehenden Probleme wird durch einzelne gesellschaftliche bzw. ökonomische Gruppen mitbestimmt. Claus Offe stellt hierzu fest, es gebe ein „konzentrisches Prioritätenschema von gesellschaftlichen Bedürfnissen und Problembereichen“, wobei diejenigen in der Prioritätenskala oben stehen, die bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche am ehesten garantieren können, daß fundamentale Stabilitätsbedingungen des bestehenden Sy-

<sup>13)</sup> Ebda., S. 141 f.

<sup>14)</sup> Vgl. hierzu unter methodisch-didaktischen Gesichtspunkten Carl Deichmann, Die „Input“-Funktion politischer Parteien, in: *Gegenwartskunde* 2/1975, S. 177—192.

<sup>15)</sup> Heinrich Bußhoff, *Systemtheorie als Theorie der Politik*, Pullach b. München 1975, S. 130.



stems nicht gefährdet, sondern eher gefestigt werden <sup>16)</sup>.

Die Festlegung und Wahrung von Positionen in der Prioritätenskala beinhaltet teilweise massive gesellschaftliche Konflikte. Der Prozeß der Ökonomisierung aller Lebensbereiche unter den Bedingungen des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik zwang zu der Entwicklung des gegenwärtigen Sozial-, Interventions- und Wohlfahrtsstaates, um systemgefährdende Widersprüche infolge der Bildung von ökonomischer Konzentrationsmacht unter Kontrolle zu halten und zu regulieren. Dies führte und führt zu verstärkt verflochtenen Interdependenzen zwischen politischem, gesellschaftlichem und ökonomischem System, wobei kein Einzelsystem die anderen dominiert, wohl aber einzelne Subsysteme besser in der Lage sind, ihre Interessen gesamtgesellschaftlich durchzusetzen als andere. Ein gewisser Interessengegensatz besteht hierbei zwischen technischem und ökonomischem Fortschritt (verbunden mit privaten Gewinninteressen) auf der einen Seite und Verbesserungen der allgemeinen gesellschaftlichen Lebensbedingungen, Abbau von Abhängigkeiten und Unterprivilegierung sowie Herstellung von Chancengleichheit auf der anderen Seite. Der Staat und die ihm zugeordneten politischen Organisationen und Institutionen übernehmen hierbei die Aufgabe, ökonomisch-technische Funktionstüchtigkeit und Massenloyalität zu garantieren, indem sie sowohl technologische Forschung und Entwicklung finanziell unterstützen als auch für die Qualifizierung von Arbeitskräften Sorge tragen.

Hinzu kommen politisch-ökonomische Strategien des Staates, die dazu beitragen, bestehende Strukturen abzusichern, zu steuern und systemkonform zu entwickeln. Weite Sektoren des ökonomischen Bereichs unterliegen unmittelbarer staatlicher Nachfrage oder werden zur Steuerung von Konjunkturen oder wirtschaftlichen Strukturschwächen mittels staatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik genutzt. Hierzu gehören die Erhaltung und Entwicklung von Straßenbau und Verkehr, die Bildungsplanung, die Stadtplanung, die Erschließung von Gewerbegebieten, die Landes-, Regional-, Stadt- und Gemeindeplanung u. a. Dies alles führt zu jenem Sozial- oder Interventionsstaat, der im Auftrag und mit Zustimmung der demokratisch-pluralistischen Ge-

<sup>16)</sup> Claus Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: Gisela Nress/Dieter Senghaas (Hrsg.) Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt 1975, S. 135—164, 158 f.

sellschaft seine Verwaltungs- und Daseinsvorsorgefunktionen ständig erweitert, sich zum Planungsstaat entwickelt und somit eine Rolle als permanenter Krisenregulator gegenüber Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt spielt.

Die Legitimitätsgrundlagen des Systems Bundesrepublik werden dabei solange nicht außer Kraft gesetzt, als die staatlichen Entscheidungen demokratisch-parlamentarisch bestimmt und kontrolliert werden. Gesehen werden muß in diesem Zusammenhang allerdings die Tendenz sich stets weiter ausbreitender Bürokratisierung, die demokratische Entscheidungsprozesse behindert, wenn nicht sogar verhindert. Das komplexe System der Bundesrepublik verlangt — vergleichbar dem entsprechenden Entwicklungsstadium anderer Industriegesellschaften — sicherlich einen funktionsfähigen Verwaltungsapparat. Die Problematik des Wirkens demokratischer Repräsentativorgane — wie etwa der Parlamente — wird dabei allerdings offenkundig, da die staatliche Bürokratie verstärkt Planungs-, Lenkungs- und Kontrollaufgaben wahrnimmt. Bürokratisierung in Verbindung mit ökonomisch-sachzwangartigen Entscheidungen führen zu jenem technokratischen Syndrom, das — wie im Falle der Diskussion um die weitere Errichtung von Kernkraftwerken — über seine systemstabilitätsgarantierenden Funktionen hinaus erhebliche dysfunktionale Nebenfolgen offenbart. Solange bei diesen oder vergleichbaren Problemstellungen (z. B. Bildungspolitik) die Parlamente die ihnen zustehenden Entscheidungs- und Kontrollkompetenzen nicht voll wahrnehmen, weist das System Legitimitätsdefizite auf. Die Tendenz zu einem technokratischen Staat wird sichtbar, der zwar formal demokratischer Legitimation durch Wahlen, Wechsel von Regierung und Opposition und der Kontrolle durch Rechtsprechung genügt, der sich jedoch material zu einem bürokratisch-ökonomisch bestimmten Planungsstaat fortentwickelt, der außer Kontrolle der demokratisch verfaßten Gesellschaft geraten kann.

Solche Entwicklung führt zu jenem „effizienten Staat“, zu „Sachzwang“ und einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, von denen vor Jahren Helmut Schelsky schrieb. Diese Begriffe meinen einen technokratischen Staat,

<sup>17)</sup> Vgl. hierzu Siegfried Jenkner/Gerd Stein (Hrsg.), Zur Legitimationsproblematik bildungspolitischer Entscheidungen, Saarbrücken 1976; zur allgemeinen bildungspolitischen Legitimationsproblematik in diesem Band vgl. Lutz-Rainer Reuter, Legitimation durch Verfassung? (S. 52—107) und Wolfgang Behr, Staatliche Bildungspolitik und gesellschaftliche Mitbestimmung (S. 29—51).



der unter den Bedingungen des „Sachzwangs“ versucht, sog. „Sachentscheidungen“ demokratischen Entscheidungen vorzuordnen, wobei ökonomische Interessen gegebenenfalls den Vorrang vor gesellschaftlichen Bedürfnissen erhalten. Eine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ kommt unter diesen Bedingungen nur insofern zustande, als sich die Mehrzahl der Menschen in einem derartigen System den technokratischen Sachzwängen beugt und damit eine Nivellierung auf Kosten ihrer autonomen Interessen- und Bedürfnisartikulationen hinnimmt.

Hier sind wir auch am Kern der Überlegungen zu den Legitimitätsgrundlagen der Bundesrepublik: Wenn sich diese Legitimität nur im Sinne der Rechtfertigung eines technokratisch-bürokratischen Staates und dessen Zusammenwirken mit ökonomischen Sachzwanginteressen realisiert — wobei die demokratische Legitimitätsgrundlage der Bundesrepublik formal nicht aufgegeben wird —, so haben wir es mit der „routinierte(n) Pflege ideologischer Orientierungen“<sup>18)</sup> zu tun. Solche Entwicklung ist nicht zwangsläufig und alternativlos, sie verlangt zu ihrer Änderung allerdings die Praktizierung der *parlamentarisch-demokratischen* und *gesellschaftlich-pluralistischen* Legitimitätsanforderungen der Bundesrepublik. Dadurch entstehen Konflikte zwischen sachzwanghafter und demokratischer Rationalität von Entscheidungsprozessen.

#### d) Soziale Marktwirtschaft und gesellschaftliche Disparitäten

Das politische System der Bundesrepublik hat die mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft grundlegend verbundenen Problembereiche zu bewältigen, und zwar auch unter erschwerten Bedingungen, wie den konjunkturellen und strukturellen ökonomischen Krisensituationen mit ihren Höhepunkten 1966/67 und in den siebziger Jahren bis zur Gegenwart. Zu berücksichtigen ist, daß es sich hierbei jeweils um systemimmanente Probleme handelt, die — solange die Effektivität des Gesamtsystems Bundesrepublik auf seinen Legitimitätsgrundlagen gesichert ist — als funktional zu bezeichnen sind. Ein Übergang zu Dysfunktionalitäten ist dann zu konstatieren, wenn

— die legitimen Grundlagen des Gesamtsystems Bundesrepublik oder seiner einzelnen

<sup>18)</sup> Niklas Luhmann, Wahrheit und Ideologie. Vorschläge zur Wiederaufnahme der Diskussion, in: ders., Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Bd. 1, Opladen 1972<sup>3</sup>, S. 54—65, 64.

Systeme nicht ausreichen, um Funktionalität dauerhaft zu sichern;

— durch Interessen und Aktionen gesellschaftlicher, politischer und/oder ökonomischer Gruppen politische Veränderungen eintreten, die sich nicht mehr auf die bestehenden Legitimitätsgrundlagen berufen können oder dies vielleicht auch gar nicht wollen<sup>19)</sup>.

Im Rahmen der bestehenden legitimen Ordnung in der Bundesrepublik und in bezug auf die Interessenkonflikte zwischen technisch-ökonomischem Fortschritt und humanen Verbesserungen („Lebensqualität“) wird die Funktionalität, d. h. die systemadäquate Problembewältigung, im Bereich der Arbeitsplatzsicherung, der allgemeinen und beruflichen Bildung, des Umweltschutzes, der Energieversorgung, der Sicherung von Absatzmärkten, der Schaffung von günstigen Infrastrukturbedingungen u. a. auf die Probe gestellt.

Die legitime Funktionalität der Bundesrepublik ist dabei zu bemessen nach den Fähigkeiten:

— normale Alltagssituationen erfolgreich zu bewältigen;

— mit den Herausforderungen neuer Problemstellungen und Krisen fertig zu werden.

Problemstellungen und Krisen vermögen zu belegen, daß die bestehenden ökonomischen Machtstrukturen politisch-gesellschaftliche Konflikte und auch deren Regelung maßgeblich bestimmen. Es ist eine starke Koppelung von Interessen des technisch-ökonomischen Fortschritts mit Kapitalinteressen festzustellen, wobei sich die Arbeitnehmer im allgemeinen mit tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen, Arbeitsplatzsicherung und mehr Sozialleistungen zufrieden geben und mehr an Stabilität und Wachstum des bestehenden (primär ökonomischen) Systems als an der Durchsetzung spezifischer gesellschaftlicher Interessen gegen die Kapitaleigner interessiert sind. Staatliche Entscheidungen und Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern sichern in der Bundesrepublik den je neu festzulegenden Interessenausgleich zwischen mächtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen.

<sup>19)</sup> Vgl. hierzu etwa die Auseinandersetzung zwischen Wolfgang Müller/Christel Neusüß und Claus Offe: W. Müller/Ch. Neusüß, Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Sozialistische Politik, Juni 1970; C. Offe, Dokumentation: ‚Wortmeldung‘ — eine Gegenpolemik, in: ders., Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972, S. 169—188.



Neue Problemstellungen der Gegenwart bedeuten zugleich neue Herausforderungen an das System Bundesrepublik und seine Legitimitätsanforderungen. Hierfür sind die Beispiele Arbeitslosigkeit und Kernkraftwerke heranzuziehen. Die Diskussionsfronten verlaufen in diesen Fällen quer durch Regierungen, Parlamente, Parteien, Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften. Relevant sind bei den vielfältigen Ansätzen zur Lösung dieser Probleme weniger klassenspezifische Standpunkte, als vielmehr status- und standortbezogene Interessen. Die „Disparität zwischen den verschiedenen Problembereichen und Bedürfnissphären des gesellschaftlichen Lebens“<sup>20)</sup> in der Bundesrepublik ist ein Faktum. Versuche, diese Disparitäten zu ändern, sind — solange sie sich im Rahmen des Grundgesetzes halten — legitim. Diese Änderungs- und Einwirkungsmöglichkeiten auf pluralistisch-demokratischer Grundlage unterscheiden die Legitimitätsgrundlagen der Bundesrepublik sowohl von der Ideologie des Klassenkampfes wie der Technokratie des Sachzwanges. Entscheidend bleibt die legitime Entscheidungs- und Kontrollkompetenz der Parlamente, deren dysfunktionale Veränderung tendenziell autoritären, bürokratisch-technokratischen Interessen Vorschub leistet.

## 2. Legitimitätsgrundlagen der Deutschen Demokratischen Republik

### a) Allgemeine Legitimitätsgrundlagen

Im Unterschied zu dem legitimatorischen System der Bundesrepublik stellt das der DDR ein Systemzielmodell dar, d. h., nach eigener Interpretation ist die Systementwicklung darauf ausgerichtet, über einzelne Entwicklungsstufen den Übergang von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen und schließlich einer kommunistischen Gesellschaftsordnung zu leisten. Diese Entwicklung begann mit der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ 1945—1949, die verbunden war mit der Enteignung der Großindustrie und der Bodenreform. Zwar war die Politik der KPD in den Besatzungszonen der ersten Nachkriegszeit gesamtdeutsch orientiert; dies änderte sich jedoch rasch in dem Maße, in dem erkennbar wurde, daß eine antifaschistisch-demokratische Politik im Sinne der KPD für alle Besatzungszonen nicht verbindlich gemacht werden konnte. In der sowjetisch besetzten Zone bildete sich am 14. Juli 1945 die von der KPD initiierte Einheitsfront antifaschistisch-demokratischer Parteien, der je fünf Vertreter

der KPD, der SPD, der CDU und der LDPD angehörten<sup>21)</sup>.

Systemziel der KPD und — nach der Vereinigung von KPD und SPD — der SED war und ist es, die welthistorische Gesetzmäßigkeit des historischen Materialismus zu realisieren, an deren Ende die kommunistische Gesellschaftsordnung stehen soll. Grundlage für die Bestimmung einer je bestehenden Gesellschaftsformation ist demnach die jeweils praktizierte Produktionsweise. Entscheidende normative Prämisse für die Zuordnung von Produktionsweise und Gesellschaftsformation ist der Charakter der Arbeit. Durch die Macht ergreifung der Arbeiterklasse soll deren Abhängigkeit von kapitalistischer Ausbeutung überwunden werden. Durch die Ablösung der antagonistischen Klassengesellschaft soll die Arbeiterklasse in die Lage versetzt werden, den Sozialismus und später den Kommunismus als eine Gesellschaftsformation aufzubauen, „die mit dem größten Aufschwung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit die allseitigste Entwicklung des Menschen sichert“<sup>22)</sup>.

In diesem Sinne werden die den Grundrechten in der Bundesrepublik Deutschland *formal* entsprechenden Begriffe der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit in der Verfassung der DDR vom 7. 10. 1974 bestimmt. So sind „Achtung und Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit ... Gebot für alle staatlichen Organe, alle gesellschaftlichen Kräfte und jeden einzelnen Bürger“ (Art. 19 (2)). „Frei von Ausbeutung, Unterdrückung und wirtschaftlicher Abhängigkeit hat jeder Bürger gleiche Rechte und vielfältige Möglichkeiten, seine Fähigkeiten in vollem Umfange zu entwickeln und seine Kräfte aus freiem Entschluß zum Wohle der Gesellschaft und zu seinem eigenen Nutzen in der sozialistischen Gemeinschaft ungehindert zu entfalten. So verwirklicht er Freiheit und Würde seiner Persönlichkeit. Die Beziehungen der Bürger werden durch gegenseitige Achtung und Hilfe, durch die Grundsätze sozialistischer Moral geprägt“ (Art. 19 [3]). Der Gleichheitsgrundsatz soll in der DDR verwirklicht werden durch das sozialistische Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ (Art. 2 [3]). Darüber hinaus hat „jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ... das Recht, das politische, wirtschaftli-

<sup>21)</sup> Rüdiger Thomas, Modell DDR, 1973<sup>3</sup>, S. 12 f.

<sup>22)</sup> Karl Marx, Brief an die Redaktion der „Otechestwennyje Sapiski“, Marx/Engels: Werke, Bd. 19, Berlin (Ost) 1962, S. 111, zit. bei: Alfred Kosing, Unser realer Humanismus und seine Grundlagen, in: Einheit 2/77, S. 140.

<sup>20)</sup> C. Offe, Politische Herrschaft, a. a. O., S. 159.



che, soziale und kulturelle Leben der sozialistischen Gemeinschaft und des sozialistischen Staates umfassend mitzugestalten. Es gilt der Grundsatz „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ (Art. 21 [1]). Erich Honecker geht über die Verfassungsbestimmung sogar noch hinaus, wenn er betont, daß „in unserer sozialistischen Gesellschaft . . . die Achtung der Würde des Menschen oberstes Gebot (ist)“<sup>23)</sup>.

Das neue Programm der SED<sup>24)</sup> verdeutlicht hingegen die Einbindung von Menschenrechten, Freiheit und Gleichheit in den genannten ideologischen Zusammenhang. Der entsprechende Abschnitt „Die sozialistische Lebensweise“ findet sich erst zu Beginn des letzten Drittels der SED-Programms. Zuvor werden der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und im Rahmen der Ausführungen über die Gestaltung der ‚entwickelten sozialistischen Gesellschaft‘ in der Deutschen Demokratischen Republik die ökonomische Politik, die Sozialstruktur, die politische Organisation der ‚entwickelten sozialistischen Gesellschaft‘ sowie Wissenschaft, Bildungswesen und Kultur behandelt. Nach dem Hinweis darauf, daß die sozialistische Lebensweise in der sozialistischen Produktionsweise begründet sei, wird die Arbeiterklasse unter Führung der SED als die entscheidende politische Kraft hervorgehoben, die den sozialen, politischen und ideologischen Inhalt der sozialistischen Lebensweise entsprechend ihren Klasseninteressen bestimme, im Maßstab der ganzen sozialistischen Gesellschaft durchsetze und ständig vertiefe. Durch die Beseitigung aller Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gebe es in der sozialistischen Gesellschaft Beziehungen zwischen den Menschen, die „Beziehungen wahrer Gleichberechtigung, Freiheit und sozialer Sicherheit“ seien. Voraussetzung hierfür sei allerdings, „daß jedes Mitglied der Gesellschaft aktiv am sozialistischen Aufbau mitwirke und dabei bewußt Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft übernimmt“. Die so zu entwickelnde sozialistische Persönlichkeit sei in ihrem Denken und Handeln gleichzeitig vom sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus gekennzeichnet, verbunden mit dem „Eintreten für die revolutionäre Sache der Arbeiterklasse, Treue zum Sozialismus und (der) Bereitschaft, seine Errungen-

schaften zu schützen und zu verteidigen“<sup>25)</sup>.

In ausdrücklichem Bezug auf das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird in SED-Publikationen nach dem IX. Parteitag betont, daß „die Freiheit im Sozialismus . . . keine quantitative Ausdehnung oder Erweiterung bürgerlicher Freiheiten (ist)“<sup>26)</sup>. Die „neue und höhere Qualität der Freiheit im Sozialismus“ wird vielmehr an „die revolutionäre Beseitigung der ökonomischen und politischen Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie auf dem Wege des Klassenkampfes“<sup>27)</sup> gebunden. Freiheit, Menschenwürde und Gleichheit kommen im Sinne eines „sozialistischen Humanismus“ in dem Recht auf Arbeit, auf soziale Sicherheit, Freizeit und Erholung, Gesundheitsfürsorge, Hilfe und Unterstützung bei Krankheit und Alter, im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem, der wachsenden Befriedigung kultureller Bedürfnisse und der Gleichberechtigung der Frau zum Ausdruck<sup>28)</sup>.

Diesen in der Verfassung der DDR fixierten Rechten entspricht ideologisch das Klassenrecht der Diktatur des Proletariats<sup>29)</sup>. Damit soll die überwiegende Mehrzahl der Menschen in der DDR entsprechend der Leninschen „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ im Besitz der Produktionsmittel sein<sup>30)</sup>. Sie sind jedoch als Produzenten insofern nicht frei, als ihr sozialistisches Klassenrecht — entgegen entsprechenden Bestimmungen der Verfassung — nicht durch sie, sondern durch die Parteiherrschaft der SED und die staatliche Planungsbürokratie wahrgenommen werden. Die SED nutzt ihre Legitimitätsgrundlage dazu, in der DDR einen repressiv-zentralisierten bürokratischen Staatssozialismus unter ihrer Führung zu praktizieren. Sie benutzt den Marxismus-

<sup>25)</sup> SED-Parteiprogramm 1976, Abschnitt II, E.

<sup>26)</sup> Herbert Steininger, Freiheit — für wen und wozu?, in: Einheit 1/77, S. 87—93, 88.

<sup>27)</sup> Ebda.

<sup>28)</sup> Vgl. hierzu Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), DDR Handbuch, Köln 1975, Art. „Verfassung“, insbes. S. 891 f.; DDR-Verfassung, Art. 24—29, 30, 32—37, 38—40; zu den Einschränkungen dieser Rechte vgl. DDR-Verfassung Art. 27—29, 31; vgl. Ulrich Lohmann (Hrsg.), Verfassung und Programm der DDR, Berlin/New York 1977. Das Programm der SED sagt erstaunlicherweise nichts Zusammenhängendes über diese Rechte und führt vereinzelt nur wenige auf. Vgl. weiter Alfred Kosing, Unser realer Humanismus und seine Grundlagen, in: Einheit 2/77, S. 139—148, insbes. S. 141.

<sup>29)</sup> Vgl. Hermann Klenner, Menschenrechte im Klassenkampf, in: Einheit 2/1977, S. 156—165, 156.

<sup>30)</sup> Ebda., S. 158.

<sup>23)</sup> Erich Honecker, Zu aktuellen Fragen unserer Innen- und Außenpolitik nach dem IX. Parteitag, Berlin (Ost) 1976, S. 14. — Hervorhebung durch Verf.

<sup>24)</sup> Abgedruckt in: Deutschland Archiv, 7/1976, S. 744—779.



Leninismus als Legitimationsgrundlage und interpretiert ihn im Sinne einer Herrschaftsideologie. Sie ist dadurch die wahre Besitzerin der Produktionsmittel, die verstaatlicht sind und durch die Rolle des Staates als Instrument der Partei tatsächlich deren Verfügungsgewalt unterliegen. Dies ist im folgenden zu belegen.

#### b) Parteilite und Arbeiterklasse

Die Regelung und Lösung von Interessenkonflikten in der DDR läßt sich unter Rückgriff auf Lenin scheinbar mühelos vollziehen: „Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt das eine sein: die Diktatur des Proletariats.“<sup>31)</sup> Als Legitimitätsgrundlage für das Wirken der SED reicht dies zunächst aus. Der Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und der privaten Aneignung ihrer Produkte ist insofern aufgehoben, als die SED in der Definition ihrer Rolle als Avantgarde der Arbeiterklasse die sozialistisch legitime Diktatur des Proletariats ausübt und sich hierzu des Staates bedient. Die Partei zeigt allerdings bisher keine Bereitschaft, dieses nur vorübergehend wahrzunehmende Mandat der Arbeiterklasse wieder an diese zurückzugeben, d. h. die politische Macht nicht parteiautoritär zu nutzen und einzusetzen, sondern für eine Vergesellschaftung des Staates durch die Arbeiterklasse und im Interesse der Arbeiterklasse Sorge zu tragen.

Zu beachten ist hierbei, daß die Änderung des ökonomischen Planungssystems in der DDR 1963 (Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft = NOSPL) auf Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz durch *Verbesserung der einzelwirtschaftlichen Rentabilität* ausgerichtet war, was erweiterte Entscheidungsspielräume und verbesserte materielle Anreize für die einzelnen Betriebe beinhaltete. Die zu leistende Koordinationsaufgabe zwischen zentral festgelegten gesamtgesellschaftlichen (sozialistischen) und einzelbetrieblichen (betriebswirtschaftlichen) Erfordernissen würde an sich eine stärkere direkte Beteiligung der Produzenten, d. h. der Arbeiterschaft, an den betrieblichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglichen. Dies scheiterte allerdings an massiven Interessengegensätzen zwischen den einzelnen Betrie-

ben. So kann auch dies — zusätzlich zu der Sicherung der Parteiherrschaft — als Indiz dafür genommen werden, daß die Aufgabe der zentralen Globalplanung und -leitung durch die SED niemals zur Disposition stand. Wirksame Bemühungen oder Ansätze für eine Vergesellschaftung in der DDR sind nicht feststellbar<sup>32)</sup>. Es dominiert die Herrschafts- und Machtelite der SED.

Der Wechsel der politisch-ökonomischen Organisationsformen in der DDR von 1961 bis heute (NOSPL, Ökonomisches System des Sozialismus = OSS und darauf aufbauend eine erneute Rezentralisierungsperiode seit 1971) hat „wenig mit einer tendenziellen Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse, soweit diese auf dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik, ihrer Anwendung im Produktionsprozeß und des gesellschaftlichen Bewußtseins möglich erscheint, zu tun“<sup>33)</sup>. Auch sozialistische Kritiker dieser durch Parteiherrschaftsansprüche hervorgerufenen Stagnation sozialistischer Entwicklungsmöglichkeiten in der DDR und anderen sozialistischen Systemen stellen eher resignierend als strategisch planend fest, daß eine Veränderung der erzwungenen gesellschaftlichen Verhältnisse nur durch „ein Zerschlagen der gesamten politischen Strukturen“ möglich sei, da die „bürokratische Herrschaftselite“ nicht freiwillig auf ihr Machtmonopol verzichte<sup>34)</sup>. Diesen hier kritisch vorgetragenen Sachverhalt versucht Stefan Doernberg, stellvertretender Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft in Berlin (Ost), am Beispiel internationaler Konflikte — allerdings übertragbar auf jeden anderen Bereich, wie er sinngemäß sagt — in sozialistischen Staaten ideologisch zu legitimieren: Da in sozialistischen Systemen ohnehin die Arbeiterklasse die herrschende Klasse sei, sei ein Begriff wie „Machtelite“ hier nicht an-

<sup>31)</sup> W. I. Lenin, Werke, Berlin (Ost) 1956 ff., Bd. 25, S. 425.

<sup>32)</sup> Vgl. Georg Fülberth, der dies von einer marxistischen Position her festgestellt (G. Fülberth, Zum Verhältnis von institutionalisierter Norm und Realisierung sozialistischer Demokratie in der DDR, unter besonderer Berücksichtigung der VEB und des kommunalen Bereichs, in: Das Argument 76, S. 751—169). Weiterhin: Renate Damus, Planungssysteme und gesellschaftliche Implikationen — am Beispiel der Planungssysteme in der DDR, in: Peter Hennicke (Hrsg.), Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, Frankfurt 1973, S. 239 ff.; dies., Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft, Frankfurt 1973, S. 61 u. ö.

<sup>33)</sup> R. Damus, Entscheidungsstrukturen, a. a. O., S. 241.

<sup>34)</sup> So Jirí Kosta, Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis, Opladen 1974, S. 86 f.



wendbar<sup>35)</sup>. So ist an dieser Stelle die Frage zu klären, ob die Arbeiterklasse in der DDR tatsächlich die herrschende Klasse ist und wie sich dies gesellschaftlich und politisch nachweisen läßt.

Eine Fülle von Gesellschaftsanalysen der DDR von unterschiedlichsten theoretischen Grundpositionen her vermag nachzuweisen, daß die Arbeiterklasse in der DDR entgegen ideologischen und legitimatorischen Ansprüchen nicht als die herrschende Klasse bezeichnet werden kann. Die tatsächliche Herrschaft und Macht ausübende Führungsgruppe in der DDR wird auch von marxistischen Kritikern mit unterschiedlichen Kennzeichnungen, jedoch in der Sache gleich beschrieben als „Gruppe der Bürokratie“, „bürokratische Monopolbourgeoisie neuen Typs“, „Staatsbourgeoisie“, „privilegierte Schicht“, „neue bürgerliche Klasse“<sup>36)</sup>. Zwar hatte Kurt Hager 1971 erneut die Arbeiterklasse zur Hauptproduktivkraft erklärt<sup>37)</sup>, jedoch wurde und wird der ideologische Gehalt dieses Anspruchs durch eine kaum verhüllte Kritik auf der Grundlage von soziologischen Forschungsergebnissen in der DDR deutlich<sup>38)</sup>.

So begreifen sich etwa die Arbeiter in der DDR nicht als Eigentümer der Produktionsmittel und treten nicht als primär mobilisierende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung in Erscheinung. Die Werktätigen drängen weder auf Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, noch werden

sie dadurch von seiten der SED, des Staates oder der Massenorganisationen ermutigt.

Zugrunde liegt dem allen die in der bisherigen Entwicklung sowjetisch-sozialistischer Staaten fragwürdig gewordene Konzeption Lenins von der beschränkten Einsichtsfähigkeit der Arbeiterklasse, die es nötig mache, daß eine Avantgarde stellvertretend ihre Ansprüche wahrnimmt und sich aus den historischen Gesetzmäßigkeiten legitimiert<sup>39)</sup>. Zwar fordert Lenin von dieser Avantgarde, daß sie den Produzenten, d. i. die Arbeiterklasse, durch Erziehungs- und Qualifikationsprozesse das Bewußtsein zur Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaft vermittelt<sup>40)</sup>, er nimmt damit jedoch bewußt in Kauf, daß durch die unterstellte Trennung von Klassenbewußtsein und Arbeiterklasse die Avantgarde sich als diktatorisch regierende Gruppe nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern im Sinne einer Erziehungsdiktatur mit entsprechender Legitimation auch gegen die Arbeiterklasse richtet. Dies ist die Situation, in der sich SED und Arbeiterklasse in der DDR befinden. Gleichzeitig wird damit die Kapitalherrschaft auf die SED verlagert, die den Kapitaleinsatz als ausschließlich am Wohle der Arbeiter und Bauern und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR orientiert zu legitimieren versucht.

### c) Ideologie und Systemfunktionalität

Durch diese Legitimation unterwirft sich die SED bestimmten ideologischen Zwängen, die ihre und die gesamten Funktionen des DDR-Systems beeinflussen, um Selbstverständnis und Stabilität des Systems in diesem Sinne garantieren zu können. Das Verhältnis von SED und Arbeiterklasse ist somit theoretisch nicht antagonistisch. Die SED räumt aber selbst ein, daß es *Widersprüche* in der Gesellschaft der DDR und auch zwischen gesellschaftlichen Gruppen und der Partei gibt. Die soziologische Forschung in der DDR hat ermittelt, daß es nicht nur nach wie vor soziale Ungleichheit in der DDR gibt, sondern daß sie sich auch ständig reproduziert. Ein Abbau von Ungleichheiten in manchen gesellschaftlichen Bereichen wird durch die Herausbildung neuer sozialer Unterschiede in anderen Bereichen wieder ausgeglichen, was auf die dynamische Strukturentwicklung der DDR als Industriegesellschaft zurückzuführen ist. Soziologisch einleuchtend erklärt dies Hansgünter Meyer: „Eine be-

<sup>35)</sup> Stefan Doernberg, Friedliche Koexistenz und die Widersprüche zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, in: Wilfried von Bredow (Hrsg.), Zum Charakter internationaler Konflikte. Studien aus West- und Osteuropa, Köln 1973, S. 152—159, 154 f.

<sup>36)</sup> Vgl. Peter Schenk, Politische, ökonomische und ideologische Kategorien der Übergangsgesellschaft und ihr Charakter in der Gesellschaftsformation der DDR, Gaiganz 1975, S. 95. Vgl. weiterhin meine ausführliche Auseinandersetzung mit verschiedenen Revisionismuskritikern der DDR in: Bundesrepublik Deutschland — Deutsche Demokratische Republik, a. a. O., S. 25—45.

<sup>37)</sup> Kurt Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, Berlin (Ost) 1971.

<sup>38)</sup> Vgl. Soziologie im Sozialismus, Berlin (Ost) 1970; E. Hahn, Objektive Gesetzmäßigkeit und bewußtes Handeln im Sozialismus, Berlin (Ost) 1975; von westdeutscher Seite hierzu referierend und kritisch kommentierend: Peter Christian Ludz (Hrsg.), Soziologie und Marxismus in der DDR, Neuwied 1972; Sozialstruktur und Sozialplanung in der DDR, Sonderheft des Deutschland Archiv 1975, hierin insbes. die Beiträge von Horst Röder und Ernst Richter; ferner Emil Schmickl, Probleme und Ergebnisse der Sozialstrukturforschung in der DDR nach 1971, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/76, S. 23—37.

<sup>39)</sup> Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin (Ost) 1966, Bd. 1, S. 166, 174, 211, 234.

<sup>40)</sup> Ebda., Bd. 1, S. 166, 174, 211, 234; Bd. 3, S. 296, 410 ff., 461.



stimmte Differenzierung ist heute ein notwendiges Korrelat zum Entwicklungsniveau der materiellen Produktivkräfte.“<sup>41)</sup> Wenn wir davon ausgehen, daß gesellschaftliche Differenzierung und Komplexität sich in einer entsprechenden Komplexität differenzierter Interessen niederschlägt, die ihre Ursachen nicht nur im ökonomischen, sondern auch im politischen Bereich, d. i. dem Zugang zu Macht und Herrschaft, haben, so ist die DDR von der durch die SED beanspruchten Zielerreichung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft so weit entfernt wie eh und je<sup>42)</sup>, ja, es bestehen Anzeichen dafür, daß sie sich in ihrem Kurs davon wegentwickelt.

Die entscheidende Frage hierbei ist, wieweit die SED ihre Legitimitätsgrundlage im Sinne ihrer Herrschafts- und Machtansprüche interpretieren kann, wie lange und unter welchen Bedingungen sie ihre „führende Rolle“ einseitig beibehalten oder gar erweitern kann. Sie stößt zunehmend auf komplexe Interessen in der DDR-Bevölkerung, die zeigen, daß die praktizierte permanente Einschränkung von Menschen- und Grundrechten nicht dauerhaft unter Hinweis auf die marxistisch-leninistische Legitimitätsgrundlage konfliktfrei oder konfliktkontrollierend gehandhabt werden kann. Die SED ist bis heute den Beweis schuldig geblieben, daß sie in der Lage ist, auch von den Menschen in der DDR als wesentlich erkannte gesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen zu befriedigen, z. B. Freizügigkeit, Koalitionsfreiheit, Meinungsfreiheit u. a. Von der Legitimitätsgrundlage der DDR her wird zwar verständlich, daß sich diese Freiheiten auf andere Systembedingungen und -ziele beziehen als etwa in der Bundesrepublik. Es wird aber nicht verständlich und kann von den Legitimitätsgrundlagen auch auf Dauer nicht belegt werden, warum in der DDR diese im mühsamen Prozeß der Aufklärung, durch Revolutionen und Systemverän-

---

<sup>41)</sup> Hansgünter Meyer, Theoretische Probleme und empirische Ergebnisse soziologischer Untersuchungen der Struktur der Arbeiterklasse, in: Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, Berlin (Ost) 1974, S. 55—89, 62; vgl. auch Manfred Lötsch, Über die Entwicklung der Klassenstruktur und der Struktur der Arbeiterklasse beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: ebda., S. 40 ff.

<sup>42)</sup> Vgl. hierzu aus einer Vielzahl marxistischer Revisionismuskritiker Walter Lindner, Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration? Zur Analyse der Wirtschaftsreformen in der DDR und der CSSR, in: Josef Esser/Frieder Naschold/Werner Vöth (Hrsg.), Gesellschaftsplanung in kapitalistischen und sozialistischen Systemen, Gütersloh 1972, S. 133—159, 158.

derungen erkämpften Grundrechte derart rigoros durch eine bürokratische Parteidiktatur beschnitten werden, die zudem keinen Weg aufzuzeigen vermag, wie und unter welchen Bedingungen sich dieser Zustand in der DDR in absehbarer Zukunft ändern ließe.

Es ist die Angst einer Partielite, die keinen Ausweg aus ihrer Situation im Sinne von mehr Offenheit des Systems weiß und die sich hinter einer Ideologie als herrschaftslegitimierendem Instrument, massiven innenpolitischen Sanktionen zum Zwecke der Herrschaftssicherung und dem außenpolitischen, außenwirtschaftlichen und militärischen Bündnis mit der Sowjetunion versteckt. In diesem Sinne geht es der SED — und primär ihren Führungskadern — um Sicherung und Erhaltung der eigenen Herrschaft und Macht.

Eine Politik zugunsten der Arbeiterklasse dient ihr zur Legitimation; sie geht in dieser ‚proletarischen‘ Politik allerdings nur so weit, wie es die Sicherung der bestehenden Herrschaftspositionen nach innen erlaubt. Ein Abbau von gesellschaftlichen Disparitäten wird zwar in diesem Rahmen versucht, er dient jedoch nicht — wie es die marxistisch-leninistische Ideologie fordert — als Systemzwischenziel zur Erreichung einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft, sondern erneut in erster Linie der Legitimierung und Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsordnung und ihrer Funktionsfähigkeit. Hierbei rangiert die politisch-administrative und ökonomische Funktionsfähigkeit vor komplexen gesellschaftlichen Interessen und wichtigen humanen Grundrechten.

#### d) Parteiherrschaft und System des Sozialismus

Die autoritäre Parteiherrschaft der SED in der DDR geht so weit, daß sie es sich vorbehält, „die Aufmerksamkeit auf die große Bedeutung einer unvoreingenommenen, sachlichen Kritik und Selbstkritik in den Kollektiven, auf die verstärkte Auseinandersetzung mit Fehlverhalten und Mängeln wie der Vergeudung von Arbeitskraft, Material und Zeit, nachlässigem und verantwortungslosem Umgang mit gesellschaftlichem und persönlichem Eigentum“<sup>43)</sup> zu lenken. Zugrunde liegt dem allen eine bewußt dialektisch konzipierte Legitimität, die es in der politischen und gesellschaftlichen Praxis — hier allerdings bisher ausschließlich undialektisch — zuläßt, daß

---

<sup>43)</sup> SED-Parteiprogramm 1976, Abschnitt II. E.



die SED kraft ihrer Führerrolle als Avantgarde der Arbeiterklasse in der DDR sich als von der Gesellschaft im Außenverhältnis nicht kontrollierte, initiiierende, überwachende und sanktionierende Zentralinstanz betätigt. Lediglich im Innenverhältnis der SED wäre ein dialektischer Prozeß von Herrschaftsausübung und Herrschaftskontrolle möglich, wenn nicht die praktizierten Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der Parteilichkeit dazu führen würden, daß Initiativen auf mittlerer und unterer Parteiebene kanalisiert und gegebenenfalls blockiert werden, sobald sie den Vorstellungen der Parteiführungsgremien hinsichtlich der Leitung und Planung des Systems des Sozialismus in der DDR nicht entsprechen.

Sicherheit im Sinne der Erhaltung des bestehenden Systems des Sozialismus in der DDR und dessen Weiterentwicklung auf dieser Grundlage wird damit zum entscheidenden Legitimitätsanfordernis der SED-Parteiherrschaft, die dies wiederum für das gesamte System verbindlich zu machen sucht. SED, Staat und Arbeiterklasse in der DDR bilden nach der Legitimitätsinterpretation der SED eine wesentlich stärkere Einheit, als dies unter den Bedingungen von Legitimitätsanfordernissen wie Gewaltenteilung und pluralistischer Gesellschaft in der Bundesrepublik erforderlich ist. Die SED bestimmt ausschließlich, was als „Diversion“, „Subversion“ und „Abweichung“ zu gelten hat und befindet sich damit im Einklang mit der KPdSU<sup>44)</sup>. Was hierbei auffällt, ist der in erheblichem Umfang defensive Charakter, der für die Darstellung der ideologischen Positionen durch die SED kennzeichnend ist, seit die Regierung Brandt/Scheel die neue Ost- und Deutschlandpolitik einleitete<sup>45)</sup>.

Gegenwärtig und auf absehbare Zeit sind weder KPdSU noch SED bereit oder in der Lage, Auswirkungen der Menschenrechtsdiskussion in ihren Systemen zuzulassen, da dadurch diese Systeme — die DDR weit mehr als die Sowjetunion — offensichtlich elementar in ihrem Bestand bedroht wären. Die DDR-Führung, die ohnehin seit dem Beginn der neuen Deutschlandpolitik verstärkt das Prinzip der

„Abgrenzung“ vertritt, nimmt eher jede Art von Stagnation<sup>46)</sup> oder auch auf anderen Gebieten Rückschläge hin, als daß sie die durch sie interpretierte Souveränität und Sicherheit der DDR durch Abbau repressiver Herrschaftsmethoden gefährden ließe. Gerade in der Menschenrechtsdiskussion zeigen sich in naher Zukunft nicht überschreitbare Grenzen deutsch-deutscher Annäherung und Normalisierung.

Diese Fähigkeit der SED, in engem Einvernehmen mit den anderen kommunistischen Parteien des sowjetisch-osteuropäischen Bereichs durch Krisenmanagement manifest werdende Konflikte in der eigenen Gesellschaft zu bekämpfen, kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die sowjetische Interpretation und Praxis des Marxismus-Leninismus in der DDR und mehreren sozialistischen Systemen Osteuropas in einer Anpassungskrise befindet. Es spricht jedoch nichts dafür, daß sich dadurch die Herrschaftsstruktur der SED in der DDR ändert. Wohl aber lassen sich Belege dafür benennen, daß auch der Herrschaftsapparat der SED nicht auf Dauer unkritisiert versuchen kann, die eigene Politik durch eine Ideologie zu legitimieren, die behauptet, die DDR sei der Bundesrepublik um eine historische Epoche voraus, während gleichzeitig in der Bundesrepublik selbstverständlich gewährte Menschenrechte für die DDR nicht gelten und — da die SED keine entscheidende qualitative Verbesserung ihres Systems im Vergleich zur Bundesrepublik garantieren kann — noch für lange Zeit nicht gelten sollen. Krisenerscheinungen können nicht dauerhaft mit ideologisch begründeten Slogans verschleiert werden, wie: „Das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und dem ganzen Volke wird immer enger“ und „Wir alle gemeinsam werden, fest verbunden mit unserem sozialistischen Vaterland, der Deutschen Demokratischen Republik, planmäßig vorwärtsgehen, und niemand kann uns aufhalten.“<sup>47)</sup>

Herrschaftsstruktur und System des Sozialismus in der DDR sind mögliche, aber nicht ausschließliche Bedingungen und Auswirkungen der Legitimitätsgrundlagen und Funktionalität des Systems der DDR. Es zeigt sich vielmehr ein Legitimitätskonflikt, der zwar durchaus in der sozialistischen Ideologie dialektisch begründet ist, der jedoch von der

<sup>44)</sup> Vgl. hierzu Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.), Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, Wesen und Kriterien — Kritik revisionistischer Konzeptionen, Berlin (Ost) 1973.

<sup>45)</sup> Peter Christian Ludz bezeichnet dies als „offensiv aus der Defensive“ (P. Ch. Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft. Bundesrepublik und DDR in der Welt von morgen, München 1974, S. 70).

<sup>46)</sup> Vgl. hierzu für die KPdSU „Scharfe Kritik Brechnews an Präsident Carter“, in: FAZ 22.3.77, S. 1.

<sup>47)</sup> Neues Deutschland (ND) 21.3.77.



SED undialektisch-einseitig entschieden wird. In dem Konflikt: gleiche und gerechte Freiheit versus technisch-ökonomischer Fortschritt sieht die SED die Sicherheit von Partei, System und Sozialismus durch die Repression von Freiheit und durch Förderung des technisch-ökonomischen Fortschritts am ehesten garantiert.

Die Spitze der SED ist derzeit offensichtlich der einzige Ort in der DDR, wo systementscheidende gesellschaftliche, ökonomische, politische und ideologische Konflikte ausgeglichen werden können. Ohne auf Spekulationen zurückzugreifen und in Ermangelung ausreichenden empirischen Materials ist dies theoretisch folgendermaßen zu begründen: Die Praktizierung des Sozialismus in der DDR hat ein in vieler Hinsicht geschlossenes System hervorgebracht, das, von Ausnahmen abgesehen, in sich selbst unfähig geworden ist, Konflikte aufzugreifen, zu regeln und damit das System — durchaus im Sinne seiner sozialistischen Legitimation — weiterzuentwickeln. Die für eine komplexe Industriegesellschaft typischen Konflikte sind damit allerdings für die DDR — trotz ihrer im Vergleich zur Bundesrepublik andersartigen Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsordnung — nicht verschwunden. Sie müssen also ausgeglichen werden. In Ermangelung gesellschaftlicher Orte des Konfliktaustrags wird dies in die Partei und gemäß den Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der Parteilichkeit in die Spitze der Partei verlagert.

Es ist auf die Rolle einer kommunistischen Partei und ihren Anspruch, Avantgarde der Arbeiterklasse zu sein, zurückzuführen, daß Konflikte in der Parteiführung nach Möglichkeit nicht nach außen dringen, da die Parteilinie die optimale Ausführung historischer Gesetzmäßigkeit sein soll. Offene Konflikte in der Parteiführung bergen die Gefahr des Aufbrechens von Konfliktpotentialen in der Gesellschaft in sich, die wiederum dem Herrschaftsanspruch der Partei zuwiderlaufen.

Das Herrschaftsmodell des Sozialismus in der DDR bringt es mit sich, daß die Form des Konfliktaustrags in der Parteispitze analog für die anderen Führungsgremien gilt: für die Spitzen des Staates und der Massenorganisationen. Das Prinzip der Parteilichkeit und die radikale Ablehnung des Prinzips der Gewaltenteilung bewirken zum einen die führende

Rolle der SED (und auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus hier der Parteispitze) gegenüber Staat und Massenorganisationen, zum anderen die Entlastung des unmittelbaren Parteiapparates auch in bezug auf Legitimationsaufgaben gegenüber der Gesellschaft. Somit ist die SED zwar der unbestrittene Entscheidungs-, Führungs- und tatsächliche Herrschaftsapparat in der DDR, nach außen treten jedoch für verschiedene Kompetenzen die Massenorganisationen (z. B. FDGB, FDJ u. a.) und der Staat auf.

Entscheidender Dreh- und Angelpunkt dieser Herrschaftsstruktur ist das Zentralkomitee der SED, in dem sich in Personalunionen die Führungsspitzen von Partei, Staat und Massenorganisationen vereinen. Praktisch bringen es die Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der Parteilichkeit mit sich, daß das Zentralkomitee erheblich unter dem Einfluß der Führungsspitze der SED steht. *Der Führungsblock der SED ist allerdings keineswegs monolithisch, sondern einziger maßgeblicher Konfliktaustragungsort im gesamten DDR-System.* Die Grundstruktur von Konflikten bewegt sich hier in dem Spannungsverhältnis von rational-planerischen Anforderungen eines hochindustrialisierten Systems, ideologisch legitimierten Herrschaftsansprüchen des bürokratischen Parteiapparates und gesellschaftlichen Bedürfnissen und Interessen. Die Ablösung von Ideologie und Herrschaft der SED durch pragmatisch-sachrationale Planung ist dabei nicht erkennbar <sup>48)</sup>.

### 3. Legitimität und politische Realität in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Die Analyse der Legitimitätsgrundlagen in der Bundesrepublik und der DDR und ihr Vergleich mit der politischen Realität in beiden Systemen ergibt ein Bild, das sich tabellarisch anhand exemplarischer Beispiele folgendermaßen darstellen läßt:

<sup>48)</sup> Vgl. zu dieser Problemstellung auch Rainer Waterkamp, Herrschaftssysteme und Industriegesellschaft BRD — DDR, Stuttgart 1972, S. 52 ff.; Peter Christian Ludz, Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln und Opladen 1970<sup>3</sup>; ders., Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, in: Rüdiger Thomas (Hrsg.), Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR, München 1971.



Exemplarische Vergleiche von Legitimität und politischer Realität in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik

Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Demokratische Republik

Legitimität

Politische Realität

Legitimität

Politische Realität

Allgemeine Legitimitätsgrundlagen

Die Würde des Menschen, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Gleichheit vor dem Gesetz werden geschützt und garantiert durch die Einhaltung des *Grundgesetzes* in seiner Gesamtheit.

Es bestehen *ungleiche Chancen* bei der Verwirklichung von Menschenwürde, freier Entfaltung der Persönlichkeit und damit bei der Wahrnehmung von Lebenschancen insgesamt.

Entwicklung von Kapitalismus über *Sozialismus* zum Kommunismus. Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit sind abhängig von dieser Entwicklung.

Es besteht eine *repressiv-zentralistische Partei- und Staatsherrschaft*, die die politische und gesellschaftliche Entwicklung in ihrem *Interesse* auch gegen allgemeine gesellschaftliche Bedürfnisse (Grund- und Menschenrechte) steuert.

Politisches System

Das Verhältnis der staatlichen Gewalten (Legislative, Exekutive, Judikative) regelt sich nach dem Prinzip der *Gewaltenteilung*.

Die *parlamentarische (legislative) Entscheidungs- und Kontrollkompetenz* wird durch Verflechtung und Macht der Exekutive (Regierung, Verwaltung) und ökonomische Interessen beeinträchtigt.

*Diktatur des Proletariats*, wahrgenommen durch die *führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse*. *Demokratischer Zentralismus*. *Prinzip der Parteilichkeit*.

*Herrschaftssicherung von Partei und Staat* statt Vergesellschaftung.

Austragung von politischen Konflikten nur in den obersten Parteigremien. Zentralkomitee und Parteitag akklamieren. Staat und Massenorganisationen führen aus.

Ausschließliche Interpretation und Handhabung der sozialistischen Ideologie durch die Parteiführung.

Politisches und gesellschaftliches System

Allen Mitgliedern der *Gesellschaft* stehen die *verfassungsmäßig* gegebenen Möglichkeiten offen, ihre Interessen *pluralistisch* wahrzunehmen und über das *politische System* verbindlich durchzusetzen.

Die wichtigste vermittelnde Rolle zwischen dem *pluralistischen System der Gesellschaft* und dem *parlamentarischen System des Staates* spielen die *politischen Parteien*.

Die pluralistischen Interessen in der Gesellschaft haben *unterschiedliche Chancen*, Macht auszuüben und sich politisch durchzusetzen.

*Versäumnisse und Fehleinschätzungen von Parlamenten und Parteien* führen zu verstärkter Wirksamkeit von Bürgerinitiativen.

*Arbeiterklasse als herrschende Klasse*. Da die Arbeiterklasse nur beschränkt einsichtsfähig ist (Lenin), übt die Avantgarde der Partei der Arbeiterklasse stellvertretend für die Übergangszeit bis zur *Vollendung der sozialistischen Gesellschaft* die Herrschaft aus.

*Partei- und Staatsbürokratie* verfügen über die Produktionsmittel und üben politische Herrschaft aus. Sie richten ihre Diktatur auch gegen Interessen der Arbeiterklasse (z. B. Freizügigkeit, Koalitionsfreiheit, Meinungsfreiheit).



Bundesrepublik Deutschland		Deutsche Demokratische Republik	
Legitimität	Politische Realität	Legitimität	Politische Realität
<b>Politisches und ökonomisches System</b>			
Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft bestimmt sich nach den Prinzipien der <i>sozialen Marktwirtschaft</i> .	Das politische System sichert die bestehenden ökonomischen Strukturen ab und versucht, sie systemkonform weiterzuentwickeln ( <i>Interventionsstaat</i> ).	<i>Diktatur des Proletariats</i> . Abbau sozialer Ungleichheiten.	Die Partei (SED) sichert die gesamtwirtschaftliche Effizienz zentralistisch und ohne Versellschaftung.  Es findet eine <i>Reproduktion sozialer Ungleichheiten</i> statt.
	Das politische System läßt ökonomische Konzentrationsbewegungen und Bildung ökonomischer Macht in privater Hand zu.		
<b>Gesellschaftliches und ökonomisches System</b>			
Das Verhältnis von Gesellschaft und Wirtschaft bestimmt sich nach den Interessen des gesellschaftlichen <i>Pluralismus</i> und den Prinzipien der <i>sozialen Marktwirtschaft</i> .	Die bestehenden <i>ökonomischen Machtstrukturen</i> bestimmen maßgeblich politisch-gesellschaftliche Konflikte und deren Regelung.	Die <i>Arbeiterklasse</i> ist im Besitz der <i>Produktionsmittel</i> .	<i>Partei und Staat verfügen über die Produktionsmittel</i> und gestehen keine Vergesellschaftung mit politischer Interessenwahrnehmung durch die Arbeiterklasse zu.



Legitimität und politische Realität von Bundesrepublik und DDR im politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bereich verdeutlichen, daß beide Systeme zum einen unter den Gesichtspunkten ihrer jeweiligen normativen Ansprüche, zum anderen ihrer politischen Praxis zu bestimmen sind. Als systemtheoretischer Bezug kann für beide Systeme das Modell einer Industriegesellschaft mit ihren spezifischen Problemstellungen dienen.

Die Entwicklung der Bundesrepublik in den letzten Jahren läßt erkennen, daß eine Politik der Problemlösung von Fall zu Fall unter den Bedingungen von Energieverknappung, Grenzen des Sozialstaats, Wirtschaftskonzentration, Ausweitung bürokratischer Apparate, Arbeitslosigkeit, Bildungsproblem, Umweltschutz und entsprechend artikulierter Unzufriedenheit gesellschaftlicher Gruppen zunehmend neue Probleme aufwirft. Der Versuch, Systemlegitimität und Planung unter Einbeziehung Betroffener miteinander zu verbinden, ist nicht weit gediehen.

Für die DDR besteht das Dilemma zwischen der Systemzielperspektive der SED und der Wirklichkeit. So versucht die DDR-Führung zwar immer wieder, Fortschritte des Systems im Rahmen der angegebenen Systemziele nachzuweisen, gerät dabei jedoch in einen permanenten Konflikt zwischen politischen Herrschaftsansprüchen und ökonomischen Zwängen auf der einen Seite, gesellschaftlicher Entwicklung und Entfaltung kreativer sozialistischer Persönlichkeiten auf der anderen Seite. Der ideologische Rahmen bindet das legitimatorische System, das es der politischen Elite erlaubt, die Entwicklung als gesetzmäßig zu deklarieren, wobei die enormen Defizite in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft als einer Gesellschaft, die zunehmend Mitbestimmung und Dezentralisierung zulassen sollte, verschwiegen werden.

Für beide Systeme läßt sich nachweisen, daß sie erheblich unter dem Druck ökonomischer und technologischer Zwänge stehen, die sich aus der weltweiten wirtschaftlichen Konkurrenz und der Notwendigkeit einer extrem hohen Leistungsfähigkeit für Arbeitsplatzsicherung, hohes Einkommen und Befriedigung der Konsumbedürfnisse in der Gesellschaft ergeben. Zweifellos ist im ökonomischen Sektor eine Übereinstimmung zwischen beiden Systemen insofern zu sehen, als beide nach einer Maximierung von Effektivität, Rationalität und Produktivität verbunden mit den politisch anvisierten Systemzielen Stabilität, Sicherheit und Wachstum<sup>49)</sup> streben. Untersu-

<sup>49)</sup> Wolf-Dieter Narr bezeichnet mit diesem „Begriffsdreigestirn“ das „post-Keynesianische Legiti-

chungen der offiziellen Verlautbarungen in beiden Systemen zur Wirtschaftspolitik vermögen zu zeigen, daß tatsächlich ökonomische Fragen den höchsten Stellenwert in der praktischen Politik des Alltags haben; dies allerdings nie losgelöst von bestimmten Legitimitätsstandpunkten, die weniger mit den Grundrechten und mehr mit der Gesamtstabilisierung der beiden Systeme zu tun haben. So ist in der Bundesrepublik die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte weder bei der Bundesregierung noch bei der Mehrzahl der Arbeitnehmer ein Thema mit hoher Priorität. In der DDR murren die Werktätigen ebenfalls nicht, wenn die gesetzlich vorgeschriebenen Mitbestimmungsmöglichkeiten in Betrieben dahingehend praktiziert werden, daß sich Betriebsleitungen und staatliche Planungsbürokratie durch Mitbestimmung die Zusage zu Planungsvorhaben holen, die sie bereits vor Ingangsetzung der Mitbestimmungsprozedur so durchzuführen planten.

Was für beide Systeme primär wichtig erscheint, ist die Absicherung des erreichten Standes ökonomisch-technischer Leistungsfähigkeit und deren Weiterentwicklung bei gleichzeitiger Garantie, daß „die normativ festgeschriebene Verteilung der Chancen legitimer Bedürfnisbefriedigung auf einem tatsächlichen Konsensus der Beteiligten ruht. Sobald darüber Dissens entsteht, kann in den Kategorien des jeweils geltenden Deutungssystems die ‚Ungerechtigkeit‘ der Repression verallgemeinerungsfähiger Interessen zu Bewußtsein kommen. Das Bewußtsein von Interessenkonflikten ist in der Regel ein hinreichendes Motiv, wertorientiertes Handeln durch ein interessengeleitetes Handeln zu ersetzen.“<sup>50)</sup> In mehrfacher dialektischer Verschränkung weisen in dieser Hinsicht die Systeme Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik teils gleiche, teils unterschiedliche manifeste und latente Legitimationsprobleme und Legitimitätskonflikte auf, wobei hier deren Außenwirkung von dem einen System auf das jeweils andere interessiert.

In der Bundesrepublik ist die manifeste Wahrnehmung von Interessen in erheblich weiterem Umfang legitimiert als in der DDR, wo durch die SED-Interpretation und -Handhabung des Sozialismus gravierende Ein-

mationssyndrom“, wobei er dies auf westlich-demokratische/marktwirtschaftliche Systeme bezieht (Narr/Naschold, a. a. O., S. 118 f.). Es läßt sich allerdings nachweisen, daß — angewandt auf die entsprechenden Verhältnisse — ein vergleichbares Legitimationssyndrom in der DDR besteht.

<sup>50)</sup> Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973<sup>3</sup>, S. 157.



schränkungen von Interessen erfolgen. In der DDR werden Menschenrechte als abhängig von Klassenrechten definiert. Die Legitimität des DDR-Systems wird durch Versuche der Anwendung der Menschenrechtsbestimmungen in der KSZE-Schlußakte von Helsinki im Innenverhältnis und nach außen problematisiert. Zum Zwecke ihrer Bestandserhaltung reagieren SED und Staat in der DDR verschärft repressiv nach innen und außen: Biermann-Ausbürgerung, Loewe-Ausweisung, Kontrollen vor der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Verhaftungen und Hausarrest für sozialistische Systemkritiker (Havemann u. a.), Visazwang für Ausländer, Straßengebühren für Pkw-Fahrten von West- nach Ost-Berlin, im Einvernehmen mit

der UdSSR Auslegung des Berlin-Abkommens der Vier Mächte als ausschließlich auf West-Berlin bezogen, Zurückweisung von Reisenden aus der Bundesrepublik, Ausweisungen und Ausreisegenehmigungen für Systemkritiker (ohne Rückreisegenehmigung), Schließung der Redaktionsvertretung des „Spiegel“ in Ost-Berlin u. a.

Die Legitimitätsgrundlagen der Bundesrepublik erlauben ein offeneres Gesellschaftssystem, das im Verhältnis zur DDR auf vergleichbare Repressionsmaßnahmen verzichten kann. Offensichtlich besteht in der Bundesrepublik ein stärkerer Konsens über die Chancen legitimer Bedürfnisbefriedigung als in der DDR.

### III. Koexistenz zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

#### 1. Das Prinzip der „friedlichen Koexistenz“

Die Bedeutung der Legitimitätsgrundlagen der Systeme Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik sowie deren je system- und herrschaftssichernde Funktion wird für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander zusätzlich erkennbar, wenn wir sie mit einer grundlegenden Aussage des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, konfrontieren, die dieser auf dem IX. Parteitag der SED im Mai 1976 machte: „Unsere Haltung ist klar und wird von prinzipiellen Positionen bestimmt: Weil wir uns von den Grundinteressen des Sozialismus und Kommunismus leiten lassen, ist unser konsequentes Eintreten für die Politik der friedlichen Koexistenz nicht taktischer Natur. Die Menschheit braucht den Frieden. Darum setzen wir uns mit aller Energie für die Festigung des Friedens ein ... Die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz ist notwendig für alle Völker. Wir bekunden nachdrücklich, daß sie von Vorteil ist für die Entfaltung des Kampfes der antiimperialistischen Kräfte gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die sozialen und nationalen Interessen der Völker in den Ländern des Kapitals und der Dritten Welt ... Für uns Kommunisten bedeutet friedliche Koexistenz Frieden zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten und die Entwicklung einer gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit. Friedliche Koexistenz bedeutet aber niemals Klassenfrieden

zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Friedliche Koexistenz bedeutet weder die Aufrechterhaltung des sozialökonomischen Status quo noch eine ideologische Koexistenz.“<sup>51)</sup> Diese wichtige Aussage über den Inhalt von friedlicher Koexistenz, wie er von allen sozialistischen Staaten Osteuropas seit der Ära Chruschtschow und unter Rückgriff auf Lenin vertreten wird, läßt sich auf der Grundlage des obigen vergleichenden Systemmodells wie folgt darstellen:

Da die SED unter friedlicher Koexistenz keine ideologische Koexistenz versteht, sondern im Gegenteil unter den Bedingungen vertraglicher Regelungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu verstärkter ideologischer Wachsamkeit und Kampfbereitschaft aufruft, ist keine normative Änderung durch Einwirkungen von seiten der Bundesrepublik zu erwarten. Das gleiche gilt umgekehrt für die Bundesrepublik, die zwar seit Ende der sechziger Jahre in intellektuellen Teilen ihrer Gesellschaft eine Krise ihres Selbstverständnisses durchmacht, diese jedoch durch eine „Tendenzwende“, verbunden mit der ohnehin vorhandenen Stabilität des bestehenden Systems, so in den Griff bekam, daß von dieser Seite Änderungen im Inneren des Systems ebenfalls nicht zu erwarten sind. Das bedeutet für den ideologisch-normativen Vergleich der beiden Systeme, daß ihr Verhältnis zwar

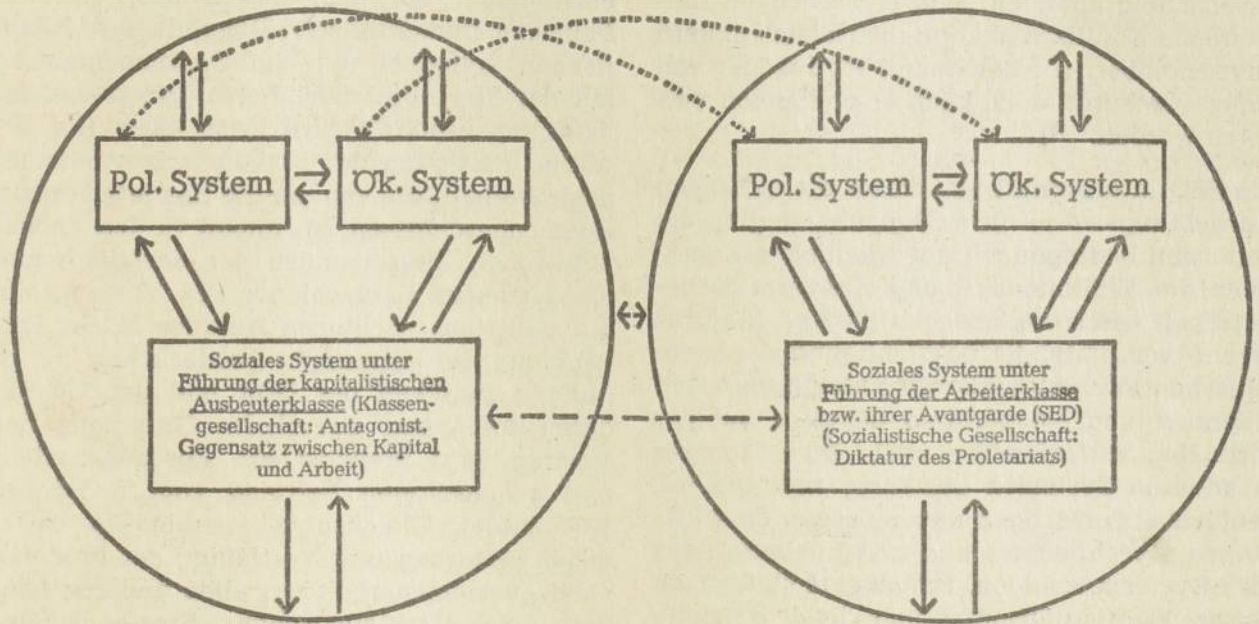
<sup>51)</sup> Zit. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1976, S. 701.



# „Friedliche Koexistenz“ (Darstellung der Interpretation durch die SED)

Bundesrepublik  
Deutschland

Deutsche  
Demokratische  
Republik



Ideologie

Ideologie

- ← = Beziehungen innerhalb eines Systems
- ↔ = Friedliche Beziehungen zwischen den Systemen
- ⋯ = Revolutionärer/konterrevolutionärer Konflikt zwischen den Systemen

von unterschiedlichen Prämissen ausgeht und entsprechend anders geartete politische Strategien und taktische Verhaltensweisen nach sich zieht, es bedeutet aber für beide Systeme gleichermaßen, daß sie sich auf je eigene Art normativ gegen das andere absichern und gleichzeitig versuchen, ihre eigenen Normen in den Bereich des anderen hineinzutragen.

## 2. Menschenrechte und proletarischer Internationalismus

Die Dialektik im Verhältnis der beiden Systeme zueinander wird verdeutlicht, wenn die Bundesrepublik die Menschenrechte der UNO-Menschenrechtscharta und der KSZE-Schlußakte von Helsinki im Sinne ihrer Legitimierung von Freiheit auf das System der DDR anwendet. Die DDR weist diese Betrachtungsweise zurück und verweist auf die Prio-

rität von Klassenrecht gegenüber Menschenrecht, wie es in der DDR mit dem Sieg der Arbeiterklasse verwirklicht sei. Gleichzeitig betont die DDR ihr Recht, sozialistische Gedanken in der Bundesrepublik zu propagieren und ihnen nach Möglichkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Offizielle DDR-Auffassung: „So kann man zwischen imperialistischer Hetze und Wühlätigkeit und der Verbreitung der fortschrittlichen humanistischen Ideen des Sozialismus kein Gleichheitszeichen setzen.“<sup>52)</sup>

Von dieser Grundlage her bestimmen sich auch die Interpretationen der DDR hinsichtlich der internationalen Verträge, die sie eingegangen ist. Verträge sind Teile der Real-

<sup>52)</sup> Paul Markowski, Friedliche Koexistenz und Klassenkampf, in: Einheit 3/76, S. 364—371, 370.



sierung objektiver Gesetzmäßigkeiten des historischen Prozesses. Sie dienen dazu, revolutionäre Prozesse in kapitalistischen Ländern im Sinne der Steigerung der antagonistischen Widersprüche zwischen Kapitaleignern und Arbeiterklasse zu vertiefen, um diese letztlich durch die Machtergreifung der Arbeiterklasse zu überwinden. Da diese Prozesse nach der ideologischen Auffassung der DDR-Führung gesetzmäßig ablaufen, sind entsprechend tiefgreifende Konflikte in kapitalistischen Ländern unvermeidbar. „Dieser Kampf wird weder von außen gesteuert, noch kann er von außen verboten werden.“<sup>53)</sup>

Die SED interpretiert aus dieser dialektischen Betrachtungsweise ihre Doppelstrategie, die unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz die Weltoffenheit und Kooperationsbereitschaft des sozialistischen Staates der DDR betont, was unter Berücksichtigung der ideologischen Prämissen allerdings heißt, daß sich Offenheit und Kooperation lediglich auf gesetzmäßig verlaufende sozialistische Prozesse in anderen Systemen beziehen, während gegenüber andersartigen ideologischen Entwicklungen Abschließung und „Abgrenzung“ des DDR-Systems erfolgen. Umgekehrt stellt nach dieser Legitimitätsauffassung jede offizielle Kritik an den Verhältnissen in der DDR von außen eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR dar, da es sich hierbei nach DDR-Auffassung um Versuche handelt, die Objektivität des historischen Prozesses zu negieren und rückständiges Denken herrschender Klassen von kapitalistischen Systemen auf die sozialistische Ordnung der DDR zu übertragen.

Die DDR integriert diese innere Legitimitätsgrundlage in ihr immer wiederkehrendes Bekenntnis zum *proletarischen Internationalismus*, gewissermaßen als äußere Legitimationsgrundlage. Diese Verbindung von innerer und äußerer Legitimität auf der Grundlage objektiver historischer Gesetzmäßigkeiten bewirkt hinsichtlich des Verhältnisses zur Bundesrepublik eine scharfe Absage an den Fortbestand der Einheit der deutschen Nation: „Der sozialistische Patriotismus und proletarische Internationalismus verlangen zugleich den Kampf gegen den bürgerlichen Nationalismus...“<sup>54)</sup> Dem gemeinsamen Feindbild nach außen entspricht die Identifizierung der Interessen von DDR und Sowjetunion im Rahmen der „sozialistischen Staatengemein-

schaft“. Das neue Programm der SED<sup>55)</sup> führt hierzu aus: „In ihrer gesamten außenpolitischen Tätigkeit läßt sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands von der historischen Wahrheit leiten, daß die Lebensinteressen der Deutschen Demokratischen Republik als sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern mit den Interessen der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft übereinstimmen. Sie geht davon aus, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre historischen Aufgaben nur im Zusammenwirken mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern lösen kann. Die allseitige Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft, die eng um die Sowjetunion zusammengeschlossen ist, nimmt in den außenpolitischen Zielsetzungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den Vorrang ein. Sie sieht ihre wichtigste Aufgabe in der Entwicklung der allseitigen brüderlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, deren feste und dauerhafte Grundlage der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 7. Oktober 1975 bildet. Gleichzeitig erstrebt die Partei die Erweiterung und Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit mit allen anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft.“<sup>56)</sup>

Diese äußere Legitimitätsleitlinie verdeutlicht die Funktionsweise des proletarischen Internationalismus im Rahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft. Betont wird hierbei die unauflösliche Bindung der DDR an die UdSSR und die allgemeinverbindliche ideologische Perspektive der KPdSU. Der Begriff des „proletarischen Internationalismus“ stellt eine Chiffre dar, die „einen qualitativ neuen Typus zwischenstaatlicher Beziehungen“<sup>57)</sup> zum Ausdruck bringen soll. Diese Beziehungen „beruhen auf den sozialökonomischen, politischen und ideologischen Gemeinsamkeiten und auf den Gesetzmäßigkeiten des Aufblühens und der Annäherung sozialistischer Nationen“<sup>58)</sup>.

Prinzipiell bedeutet dies kein Novum in der Außenlegitimierung der DDR. Die Verfassung der DDR in der neuesten Fassung vom 7. 10. 1974 bestimmt in Art. 6: „Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet... Die Deutsche

<sup>53)</sup> Markovskij, S. 371.

<sup>54)</sup> Hager, ND, 26. 11. 76, S. 3.

<sup>55)</sup> Einstimmig angenommen auf dem IX. Parteitag (18.—22. 5. 1976), abgedruckt in: Deutschland Archiv 7/76, S. 744—779.

<sup>56)</sup> SED-Programm E. III.

<sup>57)</sup> Ebda.

<sup>58)</sup> Ebda.



Demokratische Republik ist untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft" (Art. 6 [2]). Inhaltlich bringt damit die Verfassung der DDR in diesen beiden Passagen genau zum Ausdruck, was der Begriff des „proletarischen Internationalismus“ meint. Dieser Begriff ist von seiner taktischen Funktion her zu verstehen. Er soll dazu dienen, die seit Jahren auseinandertreibenden sozialistischen und kommunistischen Bewegungen im Weltmaßstab unter der Führung der Sowjetunion zu einen, ohne durch zu starke Hervorhebung dieser sowjetischen Strategie kommunistischen Parteien in westlichen Systemen ihre politische Arbeit zu erschweren.

Nach dem Bruch mit der Volksrepublik China versuchte die Sowjetunion — und in ihrer Gefolgschaft die DDR —, wenigstens den bestimmenden Einfluß auf maßgebliche kommunistische Parteien in Westeuropa nicht zu verlieren. Im Rahmen des sogenannten Eurokommunismus kamen allerdings Tendenzen zum Vorschein, die die Führungsrolle der Sowjetunion ablehnen und entsprechend dem Begriff des „proletarischen Internationalismus“ als Kennzeichnung einer derartigen Zusammenarbeit sozialistischer und kommunistischer Parteien auf der KP-Konferenz in Ost-Berlin 1976 nicht zustimmten. Auf ihrem Treffen in Madrid Anfang März 1977 verabschiedeten die KP-Chefs von Spanien, Frankreich und Italien ein Kommuniqué, in dem sie vereinbarten, „für den Aufbau einer neuen Gesellschaft in der Pluralität der politischen und gesellschaftlichen Kräfte, in der Achtung, Gewährleistung und Entwicklung aller kollektiven und persönlichen Freiheiten (zu) wirken: der Gedanken- und Redefreiheit, der Presse- und Versammlungsfreiheit, der Freiheit, Vereinigungen beizutreten, der Demonstrationsfreiheit, der Bewegungsfreiheit der Menschen in ihren eigenen Ländern und im Ausland, der gewerkschaftlichen Freiheit, der Unabhängigkeit der Gewerkschaften und des Streikrechts, der Unverletzbarkeit des Privatlebens, der Respektierung des allgemeinen Wahlrechts und der Möglichkeit des demokratischen Wechsels der Mehrheiten, der religiösen Freiheiten, der kulturellen Freiheit und der Freiheit der verschiedenen Strömungen und Meinungen auf philosophischer, kultureller und künstlerischer Ebene“<sup>59</sup>).

<sup>59</sup>) Dieses Kommuniqué wurde vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ als einziger Zeitung des Ostblocks im vollen Wortlaut abgedruckt (ND, 4. 3. 77). Hervorhebung durch Verf. Vgl. hierzu und zu Einstellungen in der DDR-Bevölkerung zum Eurokommunismus „Ostberlin gewährt den Eurokommunisten zusätzliche Publizität“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 5. 3. 77.

Diese neuen Rollen kommunistischer Parteien unter den Bedingungen westlicher Industriesysteme bleiben als mögliche Alternativen zu der Legitimierung und Funktionsweise kommunistischer Parteien in Osteuropa zu beachten, was in der DDR-Bevölkerung offensichtlich geschieht<sup>60</sup>). Zumindest vermögen sie zu verdeutlichen, daß die Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus nicht ausschließlich den Methoden der KPdSU folgen müssen, sondern daß sich unter unterschiedlichen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen unterschiedliche Wege herausbilden. Dies bedeutet weltweit keine Absage an die Verwirklichung von Sozialismus und Kommunismus durch diese Parteien, wohl aber die Absage an eine imperialistische Großmachtrolle der Sowjetunion. Die angeblich universell und objektiv gültigen gesetzmäßigen Perspektiven und Programme der KPdSU und der SED werden damit fragwürdig. Je länger und erfolgreicher andere kommunistische Parteien ihre Auffassungen durchzusetzen vermögen (Beispiel: Volksrepublik China) und damit ihre Systeme in der Art ihres spezifischen Sozialismus und Kommunismus prägen, während die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten Osteuropas ihren eigenen ideologischen Ansprüchen nicht genügen, um so deutlicher werden diese als verbindlich gültigen, angeblich universellen und objektiven Gesetzmäßigkeiten in der Realität widerlegt.

Was dann noch bleibt, ist die Legitimierung der Führungen der KPdSU und der SED als politische Herrschaftseliten, die den Marxismus-Leninismus, den sozialistischen Internationalismus, die sozialistische Staatengemeinschaft und den proletarischen Internationalismus dazu benutzen, ihre Legitimitätsgrundlage weltweit abzusichern und offensiv zu vertreten. Für das Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR würde dies heißen, daß es der SED zunächst defensiv um die Erhaltung und Sicherung ihres Bestandes in der DDR geht, darüber hinaus — zu gegebener Zeit — um die Übertragung ihrer Ordnung auf die Bundesrepublik, wobei weniger „die Überwindung der antagonistischen Klassengesellschaft in der Bundesrepublik“ entscheidende Motivation des politischen Handelns ist als vielmehr das Bemühen, den eigenen Herrschaftsbereich zu erweitern.

### 3. Legitimitätskonflikte und Koexistenz

Die Bedeutung des Bezugs von Legitimität und Koexistenz zwischen beiden deutschen

<sup>60</sup>) Vgl. FAZ, a. a. O.



Staaten wird auf unterschiedliche Weise in ihren gegenseitigen Ansprüchen deutlich. Die offizielle Deutschlandpolitik der Bundesrepublik argumentiert mit dem Begriff der deutschen Nation und behält sich damit — vor allem vor dem Hintergrund des entsprechenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts — die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsangehörigkeit und einer Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten vor. Die DDR-Führung wendet sich gegen diese Bestimmung der deutschen Nation, die in erster Linie von subjektiven, gefühlsmäßigen und psychologischen Momenten ausgehe, während doch eine Nation von objektiv-materiellen, ökonomischen, sozialen und politischen Faktoren bestimmt werde. Demgegenüber habe sich in der DDR eine sozialistische deutsche Nation herausgebildet, die fest und unwiderruflich in der Gemeinschaft sozialistischer Nationen verankert sei <sup>61)</sup>. Die SED beruft sich dabei auf die völkerrechtsverbindliche Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates, die in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hervorgehoben wird <sup>62)</sup>. Umgekehrt beansprucht die DDR das Recht, „fortschrittliche und sozialistische Kräfte“ in nichtsozialistischen Ländern zu unterstützen und begründet dies mit den „objektiven Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen Prozesse“ auf der Grundlage des historischen Materialismus. Die Bundesrepublik Deutschland begegnet damit einer dialektisch bestimmten Doppelstrategie in der Außen- und Innenpolitik der DDR: Einerseits keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und damit Beanspruchung der ungehinderten Funktionsweise der Legitimität der DDR. Andererseits Anspruch der SED auf Klassenkampf nach außen gegenüber kapitalistischen und imperialistischen Staaten, um dort die Verhältnisse zugunsten des Sozialismus zu verändern. Diese innenaußenpolitische Doppelstrategie kombiniert die DDR-Führung mit vertraglichen Regelungen in jenen Sektoren, in denen Abkommen im beiderseitigen Vorteil möglich sind. Dies betrifft insbesondere den politischen und ökonomischen Bereich, wie dies aus dem Grundlagenvertrag und einigen Folgeverträgen (z. B. Transitabkommen) hervorgeht.

Wichtig ist, daß in beiden Systemen die Legitimitätsgrundlagen zur Rechtfertigung staatlichen und ökonomischen Handelns herangezogen werden. Unter den gegebenen Bedingungen

<sup>61)</sup> Rede von Kurt Hager auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler der DDR, in: Neues Deutschland, 26. 11. 1976, S. 3.

<sup>62)</sup> Helsinki, 1. 8. 75, Teil VI.

gen findet das Klassen- und Klassenkampfkonzept der SED in der Bundesrepublik keine nennenswerte gesellschaftliche Basis. Umgekehrt werden Normen der Bundesrepublik in der DDR nicht politisch wirksam, solange der Herrschaftsapparat von SED und Staat dies einerseits zu verhindern vermag, andererseits sich durch spezifische Sozialisationsbedingungen ein DDR-Selbstverständnis im Bewußtsein der DDR-Gesellschaft entwickelt, das bei aller kritischen Einstellung gegenüber der Herrschaft der SED doch nicht generell die Übertragung der Verhältnisse in der Bundesrepublik auf die DDR wünscht <sup>63)</sup>.

Beide Systeme sind in der Realität als so stabil zu bezeichnen, daß Änderungen des einen Systems durch das andere auf absehbare Zeit als ausgeschlossen gelten können. Die unterschiedliche Legitimität und die reale Stabilität beider Systeme schließen allerdings vertragliche Regelungen von Angelegenheiten, an denen gemeinsame Interessen bestehen, nicht aus.

Vertragliche Vereinbarungen dienen im Gegenteil dazu, potentielle oder tatsächliche Probleme oder Krisenerscheinungen in beiden Systemen abzuschwächen oder zu verhindern. Diese beziehen sich einerseits auf den Wirtschaftsverkehr, andererseits auf den Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Hierbei vertreten beide Seiten unterschiedliche Interessen. Die Bundesregierung wünscht die Verbesserung der Reisebedingungen zwischen der Bundesrepublik, Berlin (West und Ost) und der DDR. SED-Führung und DDR-Regierung sind an einer Verstärkung menschlicher Kontakte über ein notwendiges Mindestmaß an Zugeständnissen gegenüber der Bundesrepublik und der eigenen Bevölkerung hinaus nicht interessiert. Andererseits weiß die SED die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik zu schätzen und stößt dabei auf wirtschaftliche Absatzinteressen in der Bundesrepublik.

Vor allem im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen erscheinen Legitimitätskonflikte zwischen der Bundesrepublik und der DDR trotz der unterschiedlichen ökonomischen Systeme und teilweise unterschiedlichen Vorstellungen über ökonomische Beziehungen regelbar. Für den gesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Bereich gilt dies nur mit Einschränkungen. *Eine grundlegende Änderung der teilweise gemeinsamen wirtschaftlichen, jedoch unterschiedlichen gesellschaftlich/zwischen-*

<sup>63)</sup> Vgl. hierzu Gebhard Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, Düsseldorf 1973.



*menschlichen Interessenlage zwischen beiden deutschen Staaten ist nicht abzusehen.*

Gefährdet werden kann die gegenwärtig praktizierte Politik der vertraglichen Regelungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR in Bereichen gemeinsamen Interesses und gemeinsamer Vorteile, wenn zu Interpretationsschwierigkeiten von Vertragstexten bereits während der Verhandlungen und stärker noch danach (was ursächlich mit zentralen Legitimitätskonflikten zwischen beiden Systemen zu tun hat) Grundeinstellungen eines der beiden Vertragspartner oder beider Vertragspartner hinzukommen sollten, wie sie etwa Kurt Hager, Mitglied des SED-Politbüros und einer der einflußreichsten Männer in der SED, zum Grundlagenvertrag artikuliert. Ausgehend von den unterschiedlichen Auffassungen zur Einheit der deutschen Nation in der Bundesrepublik und der DDR unterstellte er den Verfechtern der „These vom Offenhalten der deutschen Frage“ ... , daß (sie) die Hoffnung nicht aufgegeben haben, eine Wiedervereinigung Deutschlands in ihrem Sinne herbeizuführen — d. h. nach dem Modell der Bundesrepublik Deutschland — oder anders gesagt, mit dem Ziel der Wiederherstellung des imperialistischen deutschen Staates in den Grenzen von 1937. Sie bedeutet ferner, daß der Grundlagenvertrag und andere Verträge, in denen die BRD die Souveränität und territoriale Integrität der DDR anerkannte, für die Verfechter dieser These nur Papier sind, das bei erster bester Gelegenheit zerrissen wird. Das ist reinster Revanchismus.“<sup>64</sup>) Falls derartige Äußerungen und entsprechende Einstellungen politikbestimmend sein oder werden sollten, würden die tiefgreifenden ideologischen Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und der DDR die gesamten Systembeziehungen überlagern. Ein Rückfall in Verhältnisse des Kalten Krieges mit friedensgefährdenden Konsequenzen wäre die mögliche Folge. Es gibt allerdings trotz aller Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten zwischen der Bundesrepublik und der DDR *keine Hinweise dahingehend, daß grundlegende Positionen der seit 1969 eingeleiteten Deutschlandpolitik verlassen werden.* Indizien hierfür sind im Vergleich zu der Hager-Rede gewichtigere Äußerungen von SED-Chef Honecker und entsprechende Stellungnahmen der Bundesregierung.

Die Bundesregierung und die DDR haben seit 1969 eine Politik der Verträge und Abkommen

<sup>64</sup>) Der IX. Parteitag und die Gesellschaftswissenschaften. Aus der Rede von Kurt Hager auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler in der DDR, in: Neues Deutschland 26. 11. 76, S. 3.

eingeleitet, deren Auswirkungen für die Bundesrepublik und ihre Legitimitätsgrundlagen unproblematisch sind, für die DDR und das Legitimitätsverständnis der SED dagegen mehr und mehr dysfunktional wurden. Nicht die Legitimitätsgrundlagen haben sich deswegen in den beiden deutschen Systemen geändert, sondern die Art und Weise ihrer Handhabung. Die Bundesrepublik konnte auf der Basis des Grundlagenvertrags und der KSZE-Schlußakte ihr Legitimitätsprinzip menschlicher Freiheit gegenüber der DDR offensiv vertreten und fand in der Gesellschaft der DDR mehr Resonanz, als es der praktizierten Herrschaftsideologie der SED und ihrer Legitimation entsprach. Die Konsequenz ist eine Politik der DDR, die darauf ausgerichtet ist, defensiv die Legitimitätspositionen des Status quo ante wiederzugewinnen.

Daß auf der Grundlage gemeinsamer Interessen eine Politik der Außenwirkung der Legitimitätsgrundlagen der Bundesrepublik gegenüber der DDR stärker vertreten werden kann als umgekehrt von Seiten der DDR gegenüber der Bundesrepublik, haben die vergangenen Jahre gezeigt. Das Problem für die DDR und damit für das Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik besteht darin, daß eine über gewisse Minima hinausgehende Einwirkung von Legitimitätsprinzipien der Bundesrepublik für die DDR-Führung zu einem unkalkulierbaren Risiko wird. *Es bleibt deswegen festzuhalten, daß sich die Grundlagen der Politik zwischen der Bundesrepublik und der DDR in den letzten Jahren nicht geändert haben.* SED und Staatsapparat der DDR ziehen sich allerdings immer wieder auf restriktive politische Auslegungen vertraglicher Vereinbarungen — insbesondere im Bereich zwischenmenschlicher Beziehungen — zurück. Ausgehend von dieser Situation ist das Verhältnis von Bundesrepublik und DDR auf der Grundlage unvermindert fortbestehender Legitimitätskonflikte nicht neu, sondern zeitgemäß zu bestimmen.

Signale von Seiten des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, liegen vor. So hat Honecker etwa gegenüber dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland und Ost-Berlin, Günter Gaus, anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1977 die Auffassung vertreten, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sollten sich unbeeinflusst von den politischen Schwierigkeiten gestalten. Auch die politischen Beziehungen seien „verbesserungsmöglich“<sup>65</sup>). Gleichzeitig betont Honecker immer

<sup>65</sup>) „Leipziger Frühjahrsmesse: ‚DDR‘ betont ihren ‚guten Willen‘“, in: Die Welt 14. 3. 1977, S. 11.



wieder, die Hauptsache sei, von der völkerrechtlich bereits verankerten Existenz zweier souveräner, voneinander unabhängiger deutscher Staaten auszugehen und die reale Wirklichkeit in Rechnung zu stellen, statt illusorischen Wunschträumen nachzuhängen<sup>66</sup>).

Grenzen für die Fortsetzung einer Deutschlandpolitik der gemeinsamen Interessen werden für die Bundesrepublik allerdings dort sichtbar, wo ihre eigenen Legitimitätsgrundlagen im Verhältnis zur DDR beschnitten werden, beispielsweise durch massive Beeinträchtigungen des Reiseverkehrs, die willkürliche Zurückweisung von Reisenden sowie die Beeinträchtigung journalistischer Berichterstattung trotz Grundlagenvertrag, Folgeverträgen und KSZE-Schlußakte. Hierdurch wird das legitime Selbstverständnis der Bundesrepublik derart tangiert, da es sich keine Bundesregierung oder Partei erlauben kann, dies auf Dauer ausschließlich protestierend hinzunehmen.

Zu berücksichtigen bleiben ferner die internationalen Einbindungen beider Systeme: Europäische Gemeinschaft und atlantische Beziehungen verbunden mit der Verflechtung und Zusammenarbeit westlicher Demokratien für die Bundesrepublik; Anerkennung und Praktizierung des proletarischen Internationalismus mit engster Zuordnung zur Sowjetunion für die DDR. Es sind nicht zuletzt diese internationalen Einbindungen beider deutscher Systeme, die einer Änderung ihrer Legitimitätsgrundlagen Grenzen setzen und damit zur Aufrechterhaltung der bestehenden Legitimitätskonflikte beitragen. Alternativen zur internationalen Einordnung von Bundesrepublik und DDR sind nicht sichtbar. Die deutsche Frage ist nicht so offen, wie dies eine neuere These — ausgehend von der internationalen Politik, letztlich aber unter Hinweis auf innere Entwicklungsmöglichkeiten der beiden deutschen Staaten — vorgibt<sup>67</sup>).

Eine grundlegende Änderung der Verhältnisse des jeweils anderen Systems kann kein realistisches Nahziel der Deutschlandpolitik beider deutschen Staaten sein. Arrangements im politischen und ökonomischen Sektor werden ungeachtet gravierender Unvereinbarkeiten getroffen, um überhaupt ein geregelt Nebeneinander zu sichern. Die Legitimitäts-

grundlagen beider Systeme sind allgemeine Maßstäbe ihres politischen Handelns, die für einzelne Maßnahmen Rechtfertigungen liefern sollen. Gleichartige Problemstellungen vermögen im Rahmen der jeweiligen Systemlegitimität durchaus normative Prioritätenverschiebungen zu bewirken, die sich etwa in beiden Systemen stärker an gesellschaftlichen und menschlich-individuellen Bedürfnissen und Interessen orientieren als an technokratisch orientierter Stabilität. Durch die mit der von beiden Seiten anerkannten Koexistenz zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Rahmen entsprechender Ost-West-Beziehungen (z. B. durch effektive und kontrollierte Abrüstungsmaßnahmen) zu erreichende Friedenssicherung rücken wichtige gesellschaftspolitische Problemstellungen in den Vordergrund deren Regelung unaufschiebbar notwendig erscheint.

Die aktuellen Problemstellungen für die Bundesrepublik und die DDR sind vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Legitimität unterschiedlich: In der Bundesrepublik stehen die Probleme der Arbeitslosigkeit, des Baus von Kernkraftwerken und sozialstaatlicher Maßnahmen wie der Rentenversicherung und der Eindämmung der Kosten im Gesundheitswesen gegenwärtig im Vordergrund. Sie weisen auf Konflikte im Bereich gesellschaftlich-ökonomischer Planung und Steuerung hin. Für die DDR ergeben sich neben allgemeinwiederkehrenden Schwierigkeiten bei der effizienten Planung ökonomischer Prozesse durch die zentrale Planungsbürokratie Grundprobleme bei der Realisierung jener gesellschaftlichen und menschlichen Errungenschaften, die den Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus auszeichnen sollen. Die Bundesrepublik und die DDR stehen trotz aller Unterschiedlichkeiten gegenwärtiger und allgemeingrunder Problemstellungen insofern vor einem vergleichbaren Dilemma, als sie unter Bezug auf ihre Legitimitätsgrundlagen entscheiden müssen, wie sie jenes Maß an freiheitlicher Demokratie (Bundesrepublik) bzw. sozialistischer Demokratie (DDR) gewährleisten und dauerhaft sichern können, das ihrer jeweiligen Legitimität entspricht und gleichzeitig ihre Stabilität und Entwicklungsfähigkeit garantiert. Ein gemeinsames Interesse beider Staaten an der Sicherung friedlicher Beziehungen im Sinne der Politik der Entspannung bzw. des Prinzips der „friedlichen Koexistenz“ kann dabei vorausgesetzt werden.

<sup>66</sup>) So Honecker vor dem Zentralkomitee der SED (ND, 18. 3. 77).

<sup>67</sup>) Curt Gasteyger, Die beiden deutschen Staaten in der Weltpolitik, München 1976, S. 9, 172 ff. u. ö.



# Geschichtsunterricht und Gesellschaftskunde in der Sowjetunion

## I. Zur Geschichte von Geschichtsunterricht und Gesellschaftskunde

Die Anfangsjahre der sowjetischen Bildungspolitik standen weitgehend im Zeichen der pädagogischen Reformbewegung der letzten Jahre des Zarenreiches, welche u. a. eine allgemeine Dezentralisierung des Bildungswesens und die Ersetzung der Typenschule durch die Stufenschule als freie Arbeitsschule anstrebte<sup>1)</sup>. In der frühsowjetischen Pädagogik kam es „fast“ zu „einer Amalgamierung reformpädagogischen und marxistischen Ideenguts“<sup>2)</sup>. Das Bildungswesen wurde dezentralisiert, Noten wurden abgeschafft, die Typenschule und die Einteilung der Lehrer in Kategorien wurden aufgehoben<sup>3)</sup>. Kennzeichnend für die Didaktik der Zeit war die Laboratoriumsmethode, die auch auf geschichtliche Stoffe angewendet wurde, und die Eingliederung des Faches Geschichte in ein neues Integrationsfach „Gesellschaftskunde“. Über dieses Fach ergab sich bald, gerade unter marxistischen Historikern, eine Diskussion, die noch heute große Aktualität besitzt<sup>4)</sup>.

Die Richtung der sowjetischen Bildungspolitik wurde im Zusammenhang der Fünfjahrespläne jedoch stark verändert. Es wurden viel mehr Mittel für Bildungspolitik aufgewendet als vorher und ein entschiedener Kampf gegen den Analphabetismus begonnen, zugleich wurden jedoch auch die Ansätze der Reformpädagogik ausgeschaltet — strenge Prüfungen wurden verordnet, Noten mußten gegeben werden, Frontalunterricht wurde wieder eingeführt und die Schüler wurden durch

Schulkleidung uniformiert<sup>5)</sup>. In diesem Zusammenhang wurde Geschichtsunterricht wieder als chronologischer Kurs angeordnet, der nicht mehr mit lokal erstellten Heften der Laboratoriumsmethode, sondern nach zentral erlassenen „stabilen“ Lehrbüchern zu unterrichten

### INHALT

- I. Zur Geschichte von Geschichtsunterricht und Gesellschaftskunde
- II. Geschichtsunterricht und Gesellschaftskunde heute
  1. Umfang, Nachbarfächer und allgemeiner Aufbau
  2. Methodik
  3. Die Aufgabe von Geschichtsunterricht und Gesellschaftskunde im weltanschaulichen Bereich
- III. Zur Analyse der Schulbücher
  1. Zu methodischen Fragen der Schulbuchanalyse
  2. Zum Verhältnis Fachwissenschaft-Schulbuch am Beispiel von Darstellungen deutscher Ostexpansion
  3. Beispiele von Schulbuchdarstellungen
    - a) Die Rußlanddeutschen
    - b) Die Arbeiterbewegung vor 1914
    - c) Die Kriegsschuldfrage 1914
    - d) Die neue Ostpolitik
    - e) Friedliche Koexistenz im Lehrbuch für Gesellschaftskunde
- IV. Zusammenfassende Bemerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. insgesamt Oskar Anweiler, Geschichte der Schule und Pädagogik in Rußland. Vom Ende des Zarenreiches bis zum Beginn der Stalinära, Berlin 1964; ders., Erziehungs- und Bildungspolitik, in: Kulturpolitik der Sowjetunion, hrsg. v. Oskar Anweiler u. Karl-Heinz Ruffmann, Stuttgart 1973, bes. S. 12 ff.

<sup>2)</sup> Ebd., S. 17.

<sup>3)</sup> Texte in deutscher Übersetzung bei: Die sowjetische Bildungspolitik seit 1917, hrsg. v. Oskar Anweiler u. Klaus Meyer, Heidelberg 1961 (im folgenden: Bildungspolitik I), hier S. 55 ff.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden: Hans-Heinrich Nolte, Geschichte von Geschichtsunterricht und Gesellschaftskunde in der UdSSR, erscheint in: Geschichtsdidaktik, Jahrgang 1978, Themenheft: Geschichtsunterricht im Ausland.

ten war. Die Freiheit der Kreise und autonomen Gebiete, selbst Schulbücher herzustellen, wurde auf ein Schulbuch für Heimatkunde beschränkt, für das jedoch ebenfalls die Zustimmung des Volkskommissariats für das Bildungswesen (Norkompros) einzuholen war<sup>6)</sup>.

<sup>5)</sup> Texte: Bildungspolitik I, S. 156 ff.; vgl. Anweiler, Bildungspolitik, a. a. O., S. 39—53; Michael Prokofjew, Bildungswesen in der UdSSR, Übers. Moskau (1970), S. 8 f.

<sup>6)</sup> Narodnoe Obrazovanie v SSSR, Sbornik dokumentov 1917—1973 gg., Sostaviteli: A. A. Abaku-



Zusammen mit der Einführung „stabiler“ Geschichtsbücher erfolgte eine inhaltliche Wendung von dem Wirtschaftsprozess betonenden Geschichtsbild der Anfangsjahre zum „Räte-Patriotismus“. Die Regierung nahm selbst auf die Ausarbeitung der Schulbücher Einfluß und sie trat u. a. ein für:

1. eine teilweise Wiederaufwertung der nationalrussischen Geschichte,
2. eine teilweise Wiederaufwertung der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte,
3. eine positivere Beurteilung der Rolle der Kirche<sup>7)</sup>.

Im Rätepatriotismus kam die in der Internationalen Politik der dreißiger Jahre erhöhte Bedeutung nationaler Entscheidungsprozesse sowie die innenpolitische Realität des „Sozialismus in einem Lande“ zu einem historischen Bewußtsein in der UdSSR. Dieses Bewußtsein war jedoch ohne ausreichende Differenzierungen gegen alle kapitalistischen Länder gerichtet und hatte eine deutliche Spitze gegen England und Frankreich. So waren die Absolventen der sowjetischen Schulen 1941 nicht durch historische Kenntnisse darauf vorbereitet, als Bündnisgenossen von Ländern kämpfen zu müssen, welche als „Zentren des Kapitalismus“ galten. Nach dem deutschen Überfall griffen die sowjetischen Propagandisten deshalb auf die Literatur panslawistischer Historiker aus dem Ersten Weltkrieg zurück,

der sie vor allem zwei Argumentationsketten entnahmen:

1. Wie und wann besiegte das russische Volk die deutschen Eroberer?
- und

2. der ewige Kampf der Slawen gegen die Deutschen<sup>8)</sup>.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden beide Argumentationsketten in die sowjetischen Geschichtsbücher aufgenommen — die erste ausführlicher als die zweite<sup>9)</sup>.

Die Erweiterung der Pflichtschulzeit auf zehn Schuljahre, die in der UdSSR seit 1964 intensiv vorangetrieben wird, wurde vor allem zugunsten einer Verstärkung des Anteils der allgemeinbildenden Fächer ausgenutzt<sup>10)</sup>. Durch diese Entscheidungen der Bildungspolitik der sechziger Jahre gewann gerade Geschichte als typisches Fach der Allgemeinbildung große Bedeutung. Inhaltlich wurde nach dem XX. Parteitag der Persönlichkeitskult verurteilt und die Rolle der Volksmassen in der Geschichte betont; die Bereitschaft zur Verteidigung der Heimat wurde wie vorher gefördert<sup>11)</sup>. Der seit 1934 gültige linear-chronologische Aufbau wurde in einen „konzentrischen“ geändert (1965), bei dem Themen der Weltgeschichte und solche der sowjetischen Geschichte ungefähr derselben Periode in derselben Klasse unterrichtet werden. Ein zeitweilig geplanter „zweiter Durchgang“ wurde nicht realisiert<sup>12)</sup>.

## II. Geschichtsunterricht und Gesellschaftskunde in der sowjetischen Gegenwart

### 1. Umfang, Nachbarfächer und allgemeiner Aufbau

In der UdSSR haben 1975 96,5 % der Absolventen der achtjährigen Pflichtschule ihre Ausbildung auf einem Schultyp der Sekundarstufe II fortgesetzt. Von diesen besuchten 73,9 % die Oberstufe (also die Klassen 9 und

10) der allgemeinbildenden Mittelschule, 8,8 % mittlere beruflich-technische Schulen

mov, N. P. Kuzin, F. I. Puzyrev, L. F. Litvinov, Moskva 1974, S. 164 f. (im folgenden: Narodnoe Obrazovanie).

<sup>7)</sup> Die Texte im Zusammenhang bei: Erwin Oberländer, Sowjetpatriotismus und Geschichte, = Dokumente zum Studium des Kommunismus 4, Köln 1967, S. 126 ff. Vgl. weiter Hans-Heinrich Nolte, „Drang nach Osten“, Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpansion, Köln 1976, S. 71 ff. (im folgenden: Nolte, „Drang nach Osten“).

<sup>8)</sup> Ebd., S. 129—158.

<sup>9)</sup> Der Stand der Lehrbücher von etwa 1960, jedoch mit Beispielen aus früherer Zeit: Hans-

Joachim Torke, Die deutsche Geschichte in den Lehrbüchern der Sowjetunion, Sonderdruck aus: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht (im folgenden: IJGGU) 9 (1963), Braunschweig 1963.

<sup>10)</sup> Die sowjetische Bildungspolitik von 1958 bis 1973, Dokumente und Texte, hrsg. v. Oskar Anweiler, Friedrich Kuebart u. Klaus Meyer, Berlin 1976 (im folgenden: Bildungspolitik II), S. 94 f.; Wolfgang Mitter, Die Verlängerung der Schulpflicht in der Sowjetunion im Spannungsfeld von Allgemeinbildung und Berufsbildung, in: Die Schulreform in den Industriestaaten, hrsg. v. Hermann Röhrs, Frankfurt/M. 1971, S. 153—176.

<sup>11)</sup> Friedrich Kuebart, Das Bild der Stalinära und die Formung des Geschichtsbewußtseins in der sowjetischen Schule, in: Osteuropa (im folgenden: OE) 17 (1967), S. 295—302.

<sup>12)</sup> Voprosy ideologičeskoj raboty KPSS, Moskva 1972, S. 349.



und 11 % mittlere Fachschulen<sup>13)</sup> — der Rest Spezialschulen, z. B. Kadettenanstalten<sup>14)</sup>. Auch im Stundenplan der beruflich-technischen Fachschulen sind Geschichte und Gesellschaftskunde als selbständige Fächer vorgesehen (diese Schüler würden sonst, da es nur einen „Durchgang“ gibt, keinen Unterricht in Geschichte der neuesten Zeit erhalten<sup>15)</sup>).

Vergleicht man die Wochenstunden je Jahrgangsklasse für die normale Mittelschule bis zur zehnten Klasse<sup>16)</sup>, so ergeben sich elf Stunden der Musterstudentenafel für das Fach Geographie — der Anteil der Geographie ist in der UdSSR also etwa gleich groß wie in der Bundesrepublik Deutschland. In der UdSSR sind jedoch nach der Studentenafel nur zwei Wochenstunden für Gesellschaftskunde vorgesehen, und zwar in der zehnten Klasse. In diesem Fach wird ein theoretischer Grundkurs in Marxismus-Leninismus gelehrt. Der Kurs setzt mit der Erklärung von Materie ein und kommt in der siebten und achten Stunde zum Abschnitt: „Das Bewußtsein — Eigenschaft der hochorganisierten Materie“. Dann folgt: materialistische Geschichtsauffassung, kapitalistische Produktionsweise und Sozialismus, schließlich Stellung der UdSSR beim „Hinüberwachen des Sozialismus in den Kommunismus“<sup>17)</sup>.

1975/76 ist in der achten Klasse ein neues Fach „Grundlagen des sowjetischen Staats und Rechts“ eingeführt worden — zusätzlich

zu den Stunden in Geschichte mit einer Wochenstunde. In diesem Fach sollen Informationen über die wichtigsten Rechtsnormen gegeben werden<sup>18)</sup>.

Nach den Musterstudentenafeln sind für die zehn Jahre der vollendeten Mittelschule dann 18 Wochenstunden Geschichte vorgesehen, etwa das Doppelte der Unterrichtszeit, die in der Bundesrepublik der Geschichte zugeordnet ist. Geschichtsunterricht hat in der UdSSR etwa eine doppelt so große Bedeutung wie bei uns, Gesellschaftskunde nur eine halb so große.

Der Geschichtsunterricht<sup>19)</sup> beginnt in der vierten Klasse — die altersmäßig unserer fünften Klasse entspricht — mit Erzählungen über den gesamten Geschichtsverlauf von der Frühgeschichte an. In der neunten Klasse sind vier, in den achten und zehnten Klassen jeweils drei Stunden Geschichte wöchentlich vorgeschrieben; Geschichte ist in den Abschlußklassen der Mittelschule bei dreißig Wochenstunden Unterricht insgesamt ein Hauptfach wie nur noch Literatur, Mathematik und Physik. Der Stoff der Geschichte ist in zwei Kurse aufgeteilt, in denen ungefähr synchron Geschichte der UdSSR und Weltgeschichte unterrichtet wird. Für jeden Kurs steht etwa die Hälfte der Unterrichtszeit zur Verfügung.

Im Kurs über Geschichte der UdSSR wird die Geschichte aller Nationen der heutigen UdSSR unterrichtet, ganz gleich, ob diese im Mittelalter oder im 19. Jahrhundert zum russischen Reich gehörten oder nicht. In dem Kurs wird also auch die Geschichte der Reiche Innerasiens und des Königreichs Georgien gelehrt, ebenso wie die Geschichte der Burjäten und Jakuten vor der russischen Eroberung und die Geschichte der baltischen Länder. Ereignisse der Weltgeschichte werden in dem Kurs für sowjetische Geschichte z. T. wiederholt, z. B. wird der Zweite Weltkrieg mit besonderer Beachtung der sowjetischen Armeen und der Rolle der UdSSR nochmals dargestellt.

In dem Kurs über Weltgeschichte gibt es nicht nur Darstellungen internationaler Geschichte im engeren Sinn wie „Geschichte der Kirche im Mittelalter“, „Geschichte der Arbeiterbewegung“ oder „Entwicklung der Technik im 19. Jahrhundert“, sondern auch

<sup>13)</sup> Friedrich Kuebart, Sowjetunion, in: Bildungspolitik in der Sowjetunion, der DDR und der Volksrepublik Polen, hrsg. v. d. Arbeitsstelle für vergleichende Bildungsforschung am Institut für Pädagogik der Ruhr-Universität, Bochum 1976, S. 11 f.

<sup>14)</sup> Erich F. Pruck, Das Militärschulwesen in der Sowjetunion, in: OE 27 (1977), S. 138—147, hier S. 138 zur Übernahme von Kadetten der Suworow- und Nachimov-Militärschulen in die höheren militärischen Schulen ohne Prüfung (im Gegensatz zu den Absolventen normaler Mittelschulen).

<sup>15)</sup> Studentenafel: Bildungspolitik II S. 378 f. Vgl. zu diesem Schultyp besonders: Uwe Zänker, Qualifikationsanforderungen und Sekundarschulreform in der UdSSR, in: Qualifizierung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt am Beispiel der Sekundarschulreform, Bd. 3, Ravensburg 1975, S. 131 bis 287.

<sup>16)</sup> Studentenafel: Bildungspolitik II S. 374. Vgl. zum folgenden allgemein: Hans-Heinrich Nolte, Geschichtsunterricht in Ost und West, Materialien zu einem Vergleich von Stellung, Gegenstand und Funktion des Geschichtsunterrichts in BRD, DDR und UdSSR, in: IJbGGU 16 (1975), S. 147—163.

<sup>17)</sup> Gesellschaftskunde in der sowjetischen Schule, Redaktion: A. W. Drushkova, Übers. Berlin 1972. Die Ausgabe: Izučenie obščestvovedenija v srednej škole, Redaktion: A. V. Družkova, Moskva 1975, unterscheidet sich hier nur geringfügig, u. a. durch ein neues Brežnev-Zitat.

<sup>18)</sup> Kuebart, a. a. O., S. 24.

<sup>19)</sup> Vgl. zu diesen Ausführungen: Hans-Heinrich Nolte, Deutsche Geschichte im sowjetischen Schulbuch, Göttingen 1972, S. 84 ff. (im folgenden: Nolte, Schulbuch). Eine Teilveröffentlichung erschien in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23. 1. 1971, S. 3—27.



regelmäßig Darstellungen der Geschichte der wichtigen Nationen, zu denen Deutschland, Frankreich, England, Indien, China und — von der Neuzeit an — die USA gerechnet werden. Der Schüler der UdSSR erfährt viel mehr über die Geschichte der USA als der Schüler der Bundesrepublik — von China oder Indien ganz zu schweigen. Aber auch über die Geschichte einiger kleinerer Nationen wie Polen wird im sowjetischen Geschichtsbuch einigermaßen regelmäßig berichtet. Über die Niederlande gibt es allerdings nur anlässlich des Aufstandes der Niederlande, der als erste erfolgreiche bürgerliche Revolution verstanden wird, ein Kapitel. Über die Länder der Dritten Welt wird vor allem im Rahmen der Zeitgeschichte berichtet; deren Anteil am gesamten Stoff hat in den letzten Jahren regelmäßig zugenommen. Insgesamt erfährt der Schüler der UdSSR viel mehr über die Geschichte fremder Nationen als der Schüler der Bundesrepublik, deren Geschichtsunterricht im Vergleich zum sowjetischen provinziell und europazentrisch wirkt.

Die Aufteilung des Stoffs auf die Perioden unterscheidet sich nicht wesentlich von der in neueren Richtlinien bei uns üblichen:

- 2 % Vor- und Frühgeschichte,
- 10 % Alte Geschichte,
- 16 % Mittelalter (bis 1500),
- 10 % Frühe Neuzeit (bis 1789),
- 30 % Neuzeit (bis 1917) und
- 31 % Neueste Geschichte.

Da insgesamt das doppelte Volumen an Unterrichtszeit aufgeteilt wird, bleibt für die Geschichte des Mittelalters in der UdSSR mehr Unterrichtszeit als selbst in jenen Bundesländern, in denen dem Mittelalter über 20 % der Gesamtzeit gewidmet sind <sup>20)</sup>.

## 2. Methodik

Wenn in der UdSSR überwiegend von Methodik des Geschichtsunterrichts gesprochen wird und nicht von Didaktik, dann ist das Wissenschaftsverständnis korrekt ausgedrückt: am Anfang steht eine objektive, Ergebnisse erzielende Wissenschaft, und es ist die Aufgabe der Methodik, in einem zweiten Schritt diese Ergebnisse den Schülern zu vermitteln. Dabei geht es jedoch nicht um das Lernen bloßer Fakten, sondern um die großen Zusammenhänge: „Die Methodik der Geschichte sucht nach Wegen, die den Schülern, wenn sie sich neue Stoffe aneignen, dabei

<sup>20)</sup> Die Belege für die vergleichenden Aussagen bei Nolte, *Geschichtsunterricht in Ost und West*, a. a. O.

helfen, die in diesen Stoffen enthaltenen Kenntnisse maximal auszunützen.“ <sup>21)</sup>

Dabei gelten eine große Zahl jener Entscheidungen weiter, die zu Beginn der Industrialisierungsperiode durchgesetzt worden sind: strenge Schuldisziplin, Schulkleidung, deutliche Hierarchie der Lehrer, Zentralisierung des Bildungswesens und z. B. zentrale Genehmigung von Schulbüchern. Frontalunterricht überwiegt auch bei Vorführstunden vor Besuchern aus dem Westen <sup>22)</sup>.

Diese ältere Methodik ist jedoch schon seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nicht mehr unbestritten, insbesondere wurde die zentrale Stellung des Lehrervortrags kritisiert. Neue Methoden wie der Einsatz von Schulfernsehen wurden gefördert <sup>23)</sup>, das Anschauungsmaterial sollte durch Geschichtskabinette — im wesentlichen stehende Ausstellungen mit Bibliothek — erweitert werden <sup>24)</sup>. Allerdings wurde die Kritik an den alten Methoden zu einem großen Teil in der Form aufgenommen, daß der Lehrervortrag zu verbessern sei <sup>25)</sup>. Die Schüler sollen sich den Lernstoff nach dem Schulbuch zu Hause einprägen und in der Schulstunde soll mit dem Schulbuchtext gearbeitet werden: „Hauptsächlich soll das selbständige Arbeiten mit dem Buch gelehrt werden, das selbständige Herausziehen der historischen Begriffe aus dem Buch und das Umgehen mit dem Material, das in dem Lehrbuch enthalten ist.“ <sup>26)</sup> Dabei soll der Lehrer Fragen stellen, „die zum Denken zwingen und es ermöglichen, vorhandenes Wissen anzuwenden“ <sup>27)</sup>. Hierbei sollen auch die Hausaufgaben überprüft werden. Neben den Fragen des Lehrers werden als Mittel zur Aktivierung der Schüler genannt: die Auf-

<sup>21)</sup> N. V. Andreevskaja, A. I. Popova, N. V. Speranskaja, T. S. Šabalina, *Metodika prepodavanija istorii v vos'miletnej skole*, Moskva 1970, S. 3. Auch in der UdSSR gibt es eine Diskussion um das Verhältnis von Didaktik und Methodik: Vagin, a. a. O., S. 3 ff.

<sup>22)</sup> *Die Sowjetunion und ihr Bildungswesen*, Bericht einer Studienreise, hrsg. v. Christian Graf v. Krockow, Joachim Leuschner u. Albert Levi, Göttingen 1965.

<sup>23)</sup> Martin Herzig, *Zur Entwicklung des Schulfernsehens für den Geschichtsunterricht in der Sowjetunion*, in: *Jahrbücher für Geschichte der sozialistischen Länder* (Im folgenden *JbGSL*) 14/1 (1970), S. 169—177.

<sup>24)</sup> A. S. Zavad'e, *Kabinet istorii i obščestvovedenija v škole*, Posobie dlju učitelej, Moskva 1975.

<sup>25)</sup> Texte bei Nolte, *Schulbuch* S. 94 ff.

<sup>26)</sup> A. A. Vagin, *Metodika prepodavanija istorii v srednej škole*, Učenie o metodach, Moskva 1968, S. 267.

<sup>27)</sup> *Schöpferische Aktivität der Schüler im sowjetischen Geschichtsunterricht*, hrsg. v. Sieglinde Müller u. Hans Wermes, Übers. Berlin 1971; Zitat S. 45.



zeichnung des Gelernten, die Nacherzählung des Lehrervortrags und der Vortrag eines Schülers zu einem Spezialproblem. Bei der Ausarbeitung des Schülervortrags ist der Lehrer mehrfach einzuschalten. Eine andere Geschichtsmethodik schlägt „logische Aufgaben“ zur Aktivierung der Selbsttätigkeit der Schüler vor — Interpretationsübungen zum Lehrervortrag, zu Dokumenten, zu Illustrationen und zu Schulfilmen <sup>28)</sup>.

Aus diesen Texten zur „schöpferischen Aktivität der Schüler“ <sup>29)</sup> wird deutlich, daß die Methodiker des Geschichtsunterrichts mit der Art der Aneignung des im Lehrplan vorgeschriebenen Stoffes befaßt sind und nicht mit der Kritik des Stoffes. Selbständigkeit der Schüler bedeutet entsprechend zur Zeit nicht Erziehung der Schüler zur Kritik an der Meinung des Lehrers, geschweige denn Erziehung zu kritischem Verhalten gegenüber den Inhalten des Lehrplans oder Lehrbuchs. Selbständigkeit soll die Aktivität des Schülers sichern, um „die Motivation des Lernens ... wirksamer“ werden zu lassen <sup>30)</sup>, zugleich deswegen, weil bloße Reproduktion als Denkschulung nicht ausreicht. Welchen Charakter Denkaufgaben in dieser Methodik haben, läßt sich aus dem Bericht über eine veröffentlichte Vorführstunde zum Juli-Aufstand 1848 erkennen. Der gesamte Stoff der Stunde war in 22 Punkte aufgeteilt. Die Lehrerin „las den längeren Text vor, zuweilen kommentierte sie ihn kurz. Das Redetempo war gemäßigt. Die Darbietung des Materials von 18 Punkten nahm 27 Minuten in Anspruch. Das Material des 19. Punktes wurde nicht vorgetragen. Die Schüler mußten selbständig die Ursachen der Niederlage feststellen. Für den Abschluß dieser Arbeiten wurde ihnen drei Minuten bewilligt. Danach stellte „die Lehrerin eine neue Aufgabe, die die Bedeutung des Aufstandes betraf; und im verlangsamten Tempo bot sie das Material der Punkte 20, 21 und 22 in neun Minuten dar.“ Die Kritik am Unterricht über dasselbe Thema in einer Parallelklasse läuft darauf hinaus, daß die Lehrer mit der Zeit nicht genau auskamen <sup>31)</sup>.

Die pädagogische Forschung in der Sowjetunion untersucht jedoch Fragen der Selbständigkeit der Schüler im Unterricht in mehreren Forschungsprojekten, u. a. in langfristigen Schulversuchen, sowie in Zusammenarbeit mit Methodikern der DDR <sup>32)</sup>. Dabei gehen ei-

nige Forscher davon aus, „daß es objektiv nicht eine einheitliche Organisation des entwickelnden Geschichtsunterrichts geben kann“, und streben danach, „in dieser Etappe der Forschung ... die starken und schwachen Seiten jedes in verschiedenen Klassen erprobten Weges festzustellen, damit Lehrer und Studenten künftig praktische Empfehlungen erhalten können“ <sup>33)</sup>. Im Zentrum der Forschungen steht dabei „die entwicklungsfördernde Rolle der rationell organisierten selbständigen Arbeit der Schüler. Im Verlauf selbständiger Arbeit eignen sich die Schüler effektiv notwendige Denkweisen an, sie lernen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich bei der Aneignung komplizierten Lehrmaterials ergeben, sie lernen das dialektisch-materialistische Herangehen an die Erscheinungen der Wirklichkeit ...“ Von dieser Moskauer Gruppe der Methodiker werden Versuche, Geschichtsunterricht zu formalisieren, abgelehnt <sup>34)</sup>.

Die beschriebenen Unterrichtsversuche waren meistens nach dem Schema aufgebaut, den für einen Jahrgang vorgeschriebenen Stoff in „Kontrollklassen“ in einer „reproduzierenden Variante“ von Lernverfahren, d. h. vor allem anhand des Lehrbuchs, zu unterrichten. Diesem Unterricht wurden in „Versuchsklassen“ jeweils „schöpferische Varianten“ von Lernverfahren gegenübergestellt — d. h. ein Unterricht, in dem die selbständige Teilnahme der Schüler durch Problemaufgaben, Transferleistungen etc. stärker gefördert und gefordert wird <sup>35)</sup>. Hierbei wird Gruppenarbeit betont <sup>36)</sup>.

Auch diese pädagogischen Versuche bleiben im Rahmen der Methodik. Sie stellen z. B. nicht in Frage, was „das Wesentliche des historischen Stoffes“ ist <sup>37)</sup>; sie untersuchen vielmehr, welche Methoden — enger am Lehrbuch oder stärker in der Freiheit der Lehrer — bei unterschiedlichen Bedingungen den

---

in der Reihe: Beiträge zum Geschichtsunterricht. Der Sammelband berichtet über Arbeiten des Lehrstuhls für Methodik des Geschichtsunterrichts und der Gesellschaftskunde des Moskauer Pädagogischen Lenin-Instituts.

<sup>28)</sup> P. W. Gora, Einleitung ebda., S. 8.

<sup>29)</sup> P. W. Gora, Wege zur Entwicklung der Erkenntnisaktivität und Selbständigkeit der Schüler, in: Wege ..., a. a. O., S. 11—22, Zitat S. 11.

<sup>30)</sup> L. I. Jegorowa, Die Herausbildung von Lernverfahren im Geschichtsunterricht der 5. Klasse, in: Wege ..., a. a. O., S. 23—35, Zitat S. 24, dort auch der Terminus Transfer.

<sup>31)</sup> A. I. Nasarez, Die Befähigung der Schüler der 7. Klasse zum Studium historischer Dokumente, in: Wege ..., a. a. O., S. 36—47, hier S. 43.

<sup>32)</sup> S. M. Barinowa, Die Befähigung der Schüler der 7. Klasse, das Wesentliche des historischen Stoffes zu erfassen, in: Wege ..., a. a. O., S. 48—65.

<sup>28)</sup> Andreevskaja u. a., a. a. O., S. 8.

<sup>29)</sup> Vgl. den in Anm. 27 zitierten Titel.

<sup>30)</sup> Ebda., S. 26.

<sup>31)</sup> Ebda., S. 27.

<sup>32)</sup> Wege zur Erhöhung der Erkenntnisaktivität der Schüler, hrsg. v. P. W. Gora, dt. Berlin 1976



meisten Erfolg versprechen, dieses bekannte Wesentliche zu vermitteln. Infolgedessen kann das Ergebnis der Untersuchungen dadurch herausgefunden werden, daß dieselbe Arbeit in Versuchs- und Kontrollklassen geschrieben wird. Bei den Antworten auf die Frage nach den „Ursachen der feudalen Zersplitterung im altrussischen Staat“ wurden in einem solchen Vergleich die „Anzahl der Sachverhalte, die in den Antworten der Schüler enthalten waren, und ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Sachverhalte“ berechnet und auf den Durchschnitt der drei Klassen bezogen, in denen parallel, aber mit verschiedenen Methoden unterrichtet worden war. Dies ergab beim Unterricht anhand des Lehrbuchtexes einen Erfüllungsgrad von 67 %; bei mündlicher Darstellung mit Stellen von Umwandlungsaufgaben 75 %; bei problemhaftem Darbieten durch den Lehrer 78 %<sup>38)</sup>. Die Tendenz der Autoren fördert offensichtlich das problemhafte Darbieten<sup>39)</sup>.

Über den Rahmen von Methodik im engen Sinn führen eigentlich nur Ansätze zur Arbeit in solchen Abschlußklassen (Klassen 9 und 10) hinaus, in denen — wie es seit 1966 gesetzlich möglich ist — der Anteil des Geschichtsunterrichts um insgesamt drei und der Anteil der Gesellschaftskunde um eine Wochenstunde erhöht wird. In diesen fakultativen Kursen gibt es in der 9. Klasse sechs, in der 10. Klasse vier Wochenstunden Geschichte und drei Wochenstunden Gesellschaftskunde<sup>40)</sup>. Dem Unterricht liegen die üblichen Schulbücher zugrunde. Es werden jedoch nicht nur zusätzlich Materialien herangezogen, Probleme gründlicher besprochen und Klassiker des Marxismus-Leninismus gelesen, sondern: „Die Rolle der selbständigen Arbeit der Schüler wurde erhöht. Das geschah speziell durch Anwendung der seminaristischen Formen des Unterrichts, durch umfassende Anwendung verschiedener Formen der Problemaufgaben sowie in einzelnen Fällen durch das Ausarbeiten von Referaten und Informationen durch die Schüler.“ In den beschriebenen Unterrichtsversuchen haben

<sup>38)</sup> Ebda., S. 61.

<sup>39)</sup> Die Validität der Untersuchung läßt sich nicht nachvollziehen, da die pädagogischen Ausgangsbedingungen der drei Klassen nicht dargelegt werden.

<sup>40)</sup> Die Verordnung in: Bildungspolitik II, S. 128 bis 135. Vgl. L. N. Bogoljubow, Die Entwicklung von Fähigkeiten und Interessen der Schüler im erweiterten Geschichtsunterricht der Oberstufe, in: Wege ..., a. a. O., S. 66—96. Dem Niveau historisch-politischer Kenntnisse, das in diesen Kursen erreicht werden kann, läßt sich in der Bundesrepublik Deutschland nichts gleichsetzen, und auch in Leistungskursen der Klassen 12 und 13 dürfte es schwer zu erlangen sein.

die Schüler die Lehrbücher selbständig durch Material — z. B. Pravda-Artikel — ergänzt. Über die Heranziehung kontrastierenden, z. B. aus kapitalistischen Ländern stammenden Materials wird allerdings nicht berichtet<sup>41)</sup>.

So begrenzt die Ziele solcher Versuche sind, ihre praktische Bedeutung im Schulalltag dürfte noch geringer sein. In einer 1973 erschienen Arbeit über die Bildung der kommunistischen Weltanschauung im Geschichtsunterricht ist jede Schulstunde nach dem Text des Schulbuchs aufgebaut<sup>42)</sup>. Problemaufgaben sind hier z. B. Fragen nach den „weltanschaulichen Ideen, die tief auf dem Grund des genau bestimmten Systems von Fakten verborgen sind“, wie dies im Geschichtsbuch wiedergegeben wird<sup>43)</sup>. Die selbständige Arbeit der Schüler der Abschlußklassen wird hier als notwendiger Bestandteil der Bildung der kommunistischen Weltanschauung beschrieben. Sie wird jedoch entsprechend den Intentionen des Lehrbuchs gelenkt, z. B. durch die Heranziehung von Zeitungsartikeln zur Ergänzung der Ausführungen des Gesellschaftskundelehrbuchs über Arbeitsbedingungen in sozialistischen und kapitalistischen Ländern<sup>44)</sup>. Ein Mädchen, dessen Mutter einer Sekte angehört und das dem Komsomol nicht beitrifft, erhält die Aufgabe, im Rahmen einer Kollektivarbeit der Klasse über Religion „eine kleine Mitteilung über Sekten nach dem Material von Zeitungen zu verfassen. Die Notiz wurde nicht zu Hause, sondern in der Schulbibliothek fertiggestellt.“<sup>45)</sup> Die Ausschließung der nicht konformen Informationen des Elternhauses ist hier also auch räumlich organisiert worden, was als nachahmenswert berichtet wird.

In einer anderen, 1975 erschienenen Kollektivarbeit über kommunistische Erziehung im Geschichtsunterricht wird die Rolle des Lehrers und des Lehrervortrags betont. Den Schülern werden Wiederholungsaufgaben und Problemaufgaben gestellt, z. B. beim Unterricht über die Oktoberrevolution: „... die Grundbedingungen der leninschen Lehre über die Voraussetzungen der sozialistischen Revolution wiederholen, und danach erklären, welche dieser Bedingungen im Lande nach dem Sieg der Februarrevolution bestanden (wenn das

<sup>41)</sup> Bogoljubow, a. a. O., S. 79 ff.

<sup>42)</sup> I. V. Sysoenko, Formirovanie kommunističeskogo mirovoztrenija u učaščichsja staršich klassov, Moskva 1973, S. 14 ff.

<sup>43)</sup> Ebda., S. 16.

<sup>44)</sup> Ebda., S. 79.

<sup>45)</sup> Ebda., S. 88 f. Die Aufgabe gilt als erfolgreich gelöst, da die Kritik der Religion in dem so erstellten, z. T. publizierten Text eindeutig ist. Das Mädchen tritt dem Komsomol bei.



nötig ist, nennt der Lehrer die Voraussetzungen selbst). In Experimentalklassen wird der Anteil der vom Schüler geforderten Antworten erhöht, „aber oft werden sie auch vom Lehrer selbst formuliert“<sup>46)</sup>. Weiter wird empfohlen, den Unterricht durch zum Lehrbuch zusätzliche Texte „emotionell zu unterstützen“; z. B. wird vorgeschlagen, deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus an einem Gedicht von Gerhart Hauptmann und nationalsozialistische Verbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung an der Vernichtung des weißrussischen Dorfes Katyn zu illustrieren<sup>47)</sup>.

Das Schulbuch ist für die beschriebenen Stunden immer zentrales Unterrichtsmittel. Es wird auch an einem Beispiel gezeigt, wie mit Kritik am Schulbuch umzugehen ist. Eine — schon erwachsene — Schülerin der Abendschule antwortet auf eine Lehrerfrage mit der Gegenfrage: „Wie soll ich antworten — nach dem Schulbuch, oder was ich denke?“ Daß die Schülerin zu einer solchen Frage kommt, wird mit ihren persönlichen, ungünstigen Lebensumständen erklärt. Der Lehrer antwortet, ihn interessiere nicht, was sie denke, sondern was sie wisse. Nach der dann gegebenen richtigen Antwort über ihr Wissen erhält die Schülerin eine „vier“ als Note. Dieses Verhalten des Lehrers wird kritisiert — so erziehe man Heuchler. Statt dessen hätte der Lehrer ausführlich auch über die Meinung der Schülerin berichten lassen sollen. „Im Vorgang der Antwort wäre klargeworden, daß die Schülerin nur einen Teil der Fakten kennt und wesentliche Grund-Folge-Zusammenhänge ausläßt.“ Die Schülerin hätte eine „drei“ erhalten sollen, um ihre zutreffenden Kenntnisse richtig zu beurteilen<sup>48)</sup>. Das intensivere Eingehen auf die abweichende Meinung bedeutet also den Versuch, eine tiefere Überzeugung zu erreichen; Abweichen des Schülers vom Schulbuch ist nur aus mangelnder Kenntnis erklärbar.

Gegen Tendenzen, einen Teil des Geschichtsunterrichts für einen selbständigeren Umgang mit dem Material zu verwenden, richtet sich die Kritik des angesehenen Geschichtsmetho-

dikers A. A. Vagin. Er kritisiert die geringe Faktenkenntnis der Schüler — z. B. kannten nur 18 % einer untersuchten achten Klasse die Schlacht bei Cannae, nur 28 % einer untersuchten siebten Klasse die Schlacht bei Salamis<sup>49)</sup>. Er plädiert für strengere laufende Prüfungen und schlägt Lochkartensysteme zur Leistungskontrolle sowie andere formalisierte Unterrichtsverfahren vor<sup>50)</sup>. Für die Erarbeitung zusätzlichen Materials bleiben nach Vagins Vorschlag vom Lehrer organisierte Tätigkeiten außerhalb der Klasse, z. B. Arbeitsgruppen, Clubs junger Historiker etc.<sup>51)</sup>.

In Gesellschaftskunde — die ja nur in der Abschlußklasse unterrichtet wird — führt man neuerdings ebenfalls über den üblichen Grad von „Selbständigkeit“ hinaus. Die allgemeine Zuordnung des Unterrichts ist zwar ähnlich: „Die selbständige Arbeit der Schüler im Zyklus bezieht sich vor allem auf die vom Lehrer vorgegebenen Problemfragen (Einzelfragen oder Systemfragen) und auf die relativ selbständige Formulierung von Schlußfolgerungen aus einer logischen Reihe von Urteilen.“<sup>52)</sup> Aber die Vorschläge für die Unterrichtspraxis führen weiter. Nicht nur Antworten in „logisch zusammenhängenden Fragereihen“<sup>53)</sup> werden gefordert, sondern auch „die Fähigkeit, einen beweisführenden Streit in Konfliktsituationen zu führen, wenn wenigstens zwei entgegengesetzte Standpunkte bestehen“<sup>54)</sup>. Die Schüler sollen lernen, Fragen zu stellen und eigene Forschungsarbeiten durchzuführen — Hypothesenbildung, Forschungsplan und Prozeß der Forschung werden besprochen. „Es muß erreicht werden, daß alle Schüler der Klasse während des Studiums im Fach Gesellschaftskunde wenigstens eine selbständige Arbeit durchführen, in der ihre Fähigkeit, auf der Grundlage verschiedener Informationsquellen Fragen aufzuwerfen und zu lösen, zum Ausdruck kommt. Eine solche Arbeit ist gleichzeitig ein Beweis dafür, ob der Absolvent der Schule zur politischen Selbstbildung befähigt ist.“<sup>55)</sup> In der Ausgabe von 1975 schlagen die Autoren darüber hinaus vor, im Schuljahr fünf bis sieben Stunden „vom Laboratoriums-Typ“ durchzuführen. In diesen Stunden stellt der Lehrer lediglich das Material bereit. Die Schüler organisieren ihr

<sup>46)</sup> O. E. Lebedev, K. M. Nikonova, B. M. Rubežova, *Voprosy kommunističeskogo vospitanija na urokach istorii*, Moskva 1975, Zitate S. 134 f., S. 187.

<sup>47)</sup> Ebda., S. 100 ff. Als Bericht aus Žukovs Erinnerungen wird z. B. über Stalins Reaktion beim deutschen Überfall berichtet, S. 113. Überhaupt ist die sowjetische Vorbereitung auf einen deutschen Angriff sehr ausgiebig Thema des Buches.

<sup>48)</sup> Lebedev u. a., a. a. O., S. 99.

<sup>49)</sup> Vagin, *Metodika Obučenija* (1972), a. a. O., hier S. 108.

<sup>50)</sup> Ebda., S. 152 ff.

<sup>51)</sup> Ebda., S. 303 ff.

<sup>52)</sup> *Gesellschaftskunde in der sowjetischen Schule*, a. a. O., S. 15.

<sup>53)</sup> Ebda., S. 16.

<sup>54)</sup> Ebda., S. 18.

<sup>55)</sup> Ebda., S. 21.



Vorgehen eigenständig und diskutieren die Ergebnisse im Kollektiv <sup>56)</sup>).

Daß die technische Entwicklung, die „Wissenschaftlich-technische Revolution“, es zu einer ökonomischen Notwendigkeit macht, die Schüler zu Selbständigkeit zu erziehen, ist in der UdSSR anerkannt. L. I. Breschnjew hat am 24. Februar 1976 im Rechenschaftsbericht an den 25. Parteitag ausdrücklich festgestellt: „Es ist wichtig, die Menschen dazu zu befähigen, selbständig ihre Kenntnisse zu vervollständigen und sich in dem anschwellenden Strom der wissenschaftlichen und politischen Informationen zurechtzufinden.“ Er hat jedoch auch im gleichen Atemzug vor „unnötigen radikalen Veränderungen oder überstürzten Entscheidungen“ gewarnt <sup>57)</sup>.

In diesem vorsichtigen Vorgehen der sowjetischen Bildungspolitik kommt ein Zielkonflikt zum Ausdruck, der mutatis mutandis der bundesdeutschen Bildungspolitik nicht fremd ist. Einerseits scheint eine Milderung der straffen Schulpolitik und der rigiden, einzelne Stundenverläufe vorschreibenden Lehrpläne gefordert, um mehr Kreativität und spontane Aktivität unter den Schülern zu fördern. Wie die Gesellschaftskunde belegt, werden Positionen der Reformpädagogik wieder interessant. Unterstützt wird diese Tendenz dadurch, daß das Lernen in der Freizeit auch in der sowjetischen Gesellschaft an Bedeutung gewinnt <sup>58)</sup>. Andererseits aber soll sichergestellt bleiben, daß das Ergebnis eines selbständigeren Lernens, um wieder Breschnjew zu zitieren, „eine bewußte Einstellung zur gesellschaftlichen Pflicht“ ist <sup>59)</sup>; man braucht mehr Selbständigkeit und scheut zugleich das Risiko, das damit notwendig verbunden ist.

### 3. Die Aufgabe von Geschichte und Gesellschaftskunde im weltanschaulichen Bereich

Die Aufgabe der sowjetischen Schule im Bereich der Weltanschauung (mirovozrenie) ist gesetzlich festgelegt. In dem am 19. Juli 1973

erlassenen Rahmengesetz der Union über die Volksbildung heißt es, daß zu den Hauptaufgaben der Mittelschule u. a. gehört: „die Formung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung bei der jungen Generation, ihre Erziehung zum sozialistischen Internationalismus, sowjetischen Patriotismus und zur Bereitschaft, das sozialistische Vaterland zu verteidigen“ <sup>60)</sup>.

„Der Zyklus Gesellschaftskunde ist ein wichtiges Mittel der kommunistischen Erziehung“, heißt es entsprechend in der Methodik des Faches; die KPdSU überwacht die Einhaltung solcher Zweckbestimmungen und sorgt sich z. B. um die kommunistische Ausbildung von Geschichts- und Gesellschaftskundelehrern <sup>61)</sup>. Dabei fällt der Geschichte die Anwendung der Gesetze des Dialektischen Materialismus auf konkret historische Ereignisse, der Gesellschaftskunde der Unterricht über diese Gesetze „unter dem Aspekt der Allgemeingültigkeit als Gesetz“ zu <sup>62)</sup>.

„Die allgemeine Aufgabe der sowjetischen Schule ist die kommunistische Erziehung der Schüler. Die Geschichte als eine Sozialwissenschaft spielt eine ungewöhnlich große Rolle in der Bildung, Erziehung und Entwicklung der Schüler, in der Formung ihrer kommunistischen Überzeugung. Das ist der Grund, desentwegen die Bedeutung der Methodik für das Lehren der Geschichte so groß ist. Die Methodik bestimmt, welcher Stoff, welches Verfahren und welches Mittel des Unterrichts ausgewählt wird, um die Schüler mit der Kenntnis der historischen Fakten und dem Verständnis der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Gesellschaft zu bewaffnen.“ <sup>63)</sup>

In diesem Punkt gibt es keine Differenzen zwischen den sowjetischen Geschichtsmethodikern. Jedes Fach hat seinen Platz in der Herausbildung der kommunistischen Weltanschauung, aber Geschichte und Gesellschaftskunde verdienen besondere Beachtung <sup>64)</sup>.

<sup>56)</sup> Izučenie obščestvovedenija, a. a. O., S. 8 f. Die Dekrete zur Einheits-Arbeitsschule von 1918 sind den sowjetischen Pädagogen leicht zugänglich, z. B. in dem in einer Auflage von 34 000 Stück veröffentlichten Narodnoe Obrazovanie, S. 133 bis 144.

<sup>57)</sup> Übersetzt bei Kuebart, a. a. O., S. 31—40, Zitat S. 39. Zu dieser Frage vgl. Zänker, a. a. O., S. 160 ff.

<sup>58)</sup> L. A. Gordon, E. W. Klopow, T. B. Petrow, Die Entwicklung des Alltags der sowjetischen Arbeiter, Übers. in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 29 (1976), S. 1276—1290, hier S. 1286 f. Auch Lebedev u. a., a. a. O., S. 51, stellen die Bedeutung der Bildung in der Freizeit heraus.

<sup>59)</sup> Bei Kuebart, a. a. O., S. 39.

<sup>60)</sup> Bildungspolitik II, S. 354.

<sup>61)</sup> Gesellschaftskunde in der sowjetischen Schule, a. a. O., S. 9.

<sup>62)</sup> Voprosy ideologičeskoj raboty, a. a. O., S. 485—491, S. 497—504, hier S. 500.

<sup>63)</sup> Gesellschaftskunde in der sowjetischen Schule, a. a. O., S. 15.

<sup>64)</sup> Andreevskaja u. a., a. a. O., S. 3.

<sup>65)</sup> Sysoenko, a. a. O., S. 6. In diesem Sinn auch A. I. Piskunow, Zur Heranbildung der kommunistischen Weltanschauung bei Schülern der sozialistischen Schule, in: Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten. Erfahrungen und Erkenntnisse, hrsg. von einem Redaktionskollegium unter der Leitung von Gerhart Neuner, Berlin 1976, S. 150—157, hier S. 154 f.



Ein Autorenteam kritisierte 1975, daß einige Lehrer die erzieherischen Aufgaben des Geschichtsunterrichts auf die sittliche Erziehung zum sowjetischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus beschränken. Die Aufgabe des Geschichtsunterrichts gehe auch nicht darin auf, geschichtliche Gesetzmäßigkeit zu vermitteln; er müsse vielmehr darüber hinaus den klassenbezogenen, parteiübergreifenden Standpunkt betonen: „Die Parteilichkeit des historischen Materialismus fällt mit der wissenschaftlichen Objektivität zusammen.“<sup>66)</sup> Zu den Zielen des Geschichtsunterrichts gehört weiter die Erziehung zur „Hingabe für den Kommunismus“<sup>67)</sup>.

Die spezifisch rätepatriotische Ausformung des Marxismus-Leninismus wird in der Aufgabe der sowjetischen Schule deutlich, die Verteidigungsbereitschaft zu fördern: „Nicht wegzudenken aus der kommunistischen Erziehung der gegenwärtigen Etappe (erg.: der historischen Entwicklung) ist die militärisch-patriotische Erziehung der aufwachsenden Generation. Die militärisch-patriotische Erziehung umfaßt die geistige und moralisch-politische Erziehung der Schüler, ihre physische, militärtechnische und paramilitärische Vorbereitung.“<sup>68)</sup> Geschichte und Gesellschaftskunde sind — neben Sport, Literatur, Erdkunde — nur zwei der Fächer, die zur

„militärisch-patriotischen Erziehung“ beitragen. Insbesondere die Geschichte des Zweiten Weltkriegs ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema, und wo es mit Heimatkunde verbunden werden kann, wird diese Geschichte an konkreten Beispielen unterrichtet. So gibt es in „Tausenden von Schulen“ „Schulmuseen des Schlachtenruhms“, es werden Geländespiele nach militärhistorischen Themen veranstaltet, Heroen des Krieges besuchen die Schulen und die Schulen besuchen Denkmale<sup>69)</sup>. Auch mittelalterliche Militärgeschichte wird, wenn sie von der Verteidigung der Heimat handelt, als Beispiel zur Erziehung bewußt eingesetzt<sup>70)</sup>.

Wie genau solche allgemeinen ideologischen Zuordnungen im Unterricht realisiert werden, ist kaum zu beurteilen. Faktisch bietet der Geschichtsunterricht in der UdSSR durch die Konkretheit und den Umfang der Darstellungen Platz für viele Informationen, deren Zuordnung zum Marxismus-Leninismus nicht unmittelbar einsichtig wird, z. B. Informationen über amerikanische Gewerkschaften oder über mittelalterliche Dome. Darin unterscheidet sich der Geschichtsunterricht von der Gesellschaftskunde in der UdSSR. Der sowjetische Geschichtsunterricht unterscheidet sich aber auch von dem in der DDR, der straffer auf die Thesen und das Periodenschema des Marxismus-Leninismus bezogen ist<sup>71)</sup>.

### III. Zur Analyse der Schulbücher

#### 1. Zu methodischen Fragen der Schulbuchanalyse

Für den Unterricht in der UdSSR hat das Schulbuch, dem üblichen Stundenaufbau und der Bedeutung des Lehrervortrags entsprechend, zentrale Bedeutung — vermutlich auch deswegen, weil das Schulbuch dem Lehrer Sicherheit gibt, denn es ist in jedem Fall ein anerkannter Text, vor allem aber, weil die Fachmethodiken dem Schulbuch eine ausschlaggebende Rolle zuweisen. Selbst die Methodik des Gesellschaftskundeunterrichts von 1975 begrenzt die Zahl der Stunden, für die vorgeschlagen wird, mit „Laboratoriumsmethode“ zu arbeiten, auf ein Minimum. Die Bedeutung des Schulbuchs wird weiter dadurch erhöht, daß es für jede Jahrgangsklasse zwischen Wladiwostok und Kaliningrad nur einen

Text gibt. Die prägende Kraft dieses Textes ist auch deshalb groß, weil er konkurrenzlos ist.

Die Analyse der sowjetischen Schulbücher kennt also einige jener Schwierigkeiten nicht, welchen die Schulbuchforschung in westeuropäischen Ländern ausgesetzt ist<sup>72)</sup>. Insbesondere ergibt sich nicht das Problem, das in

<sup>66)</sup> Ebda., Zitate S. 79 (mit Fotos S. 79 f.).

<sup>70)</sup> Andreevskaja u. a., a. a. O., S. 5.

<sup>71)</sup> Nolte, Geschichtsunterricht in Ost und West, a. a. O.

<sup>72)</sup> Vgl. die Textsammlung: Studien zur Methodenproblematik wissenschaftlicher Schulbucharbeit, hrsg. v. H. E. Schallenger, Kastellaun 1976, und Wolfgang Hug, Das Schulbuch in der Unterrichtspraxis, in: Geschichtsdidaktik 1977, 1/ S. 64—74, sowie als schon fast klassische Einführung: Wolfgang Marienfeld, Geschichte im Lehrbuch der Hauptschule = Anmerkungen und Argumente 3, Stuttgart 1972. Vgl. auch zu einem hier wichtigen Zusammenhang: Udo Arnold, Der Deutsche Orden im Schulbuch der Bundesrepublik Deutschland, in: IJbGGU16 (1975) S. 276—291. Zur deutsch-sowjetischen Schulbuchkritik s. u. Abschnitt 4.

<sup>66)</sup> Lebedev u. a., a. a. O., S. 7 ff., Zitat S. 13.

<sup>67)</sup> Ebda., S. 15.

<sup>68)</sup> Izučenie materialov o Velikoj Otečestvennoj Vojne v srednej škole, Pod redakcij: P. V. Ivanov, Moskva 1975, S. 5.



einem Land mit einem freien Markt für Schulbücher besteht, nämlich wie man die Aussagen verschiedener Schulbücher mit jeweils unterschiedlichen Auflagen gewichten soll, um zu einem zusammenfassenden Urteil zu gelangen<sup>73</sup>). Die sowjetischen Schulbücher für Geschichte und Gesellschaftskunde bilden jeweils einen insgesamt gegliederten Zusammenhang. Die Gültigkeit der Texte ist präzise bestimmbar — alle Kinder eines Schuljahrgangs lesen diesen Text für den Unterricht. Da der Schulbuchtext dem Lehrplan entspricht, läßt sich die Wichtigkeit der einzelnen Abschnitte in Unterrichtsstunden ausdrücken<sup>74</sup>). Es ist kaum problematisch, einzelne Beispiele zu interpretieren, da deren Platz im Gesamttext genau bestimmbar ist. Wenn zusätzliches Material hinzugezogen wird, dann soll es ergänzenden, nicht kontrastierenden Charakter haben<sup>75</sup>). Und da das Medium Schulbuch zwar in sich durch Bilder und Dokumentenauszüge differenziert, insgesamt aber ein geschlossenes Buch ist, ergeben sich auch keine Interpretationsschwierigkeiten wie bei Loseblattsammlungen oder bei Unterrichtshilfen, die mit dem Kopiergerät hergestellt sind. Solche Schwierigkeiten der Interpretation hätten sich auch gegenüber den Arbeitsheften oder Geschichtslaboren der frühsowjetischen Periode ergeben; sie würden sich wieder ergeben, wenn solche didaktischen Ansätze erneut an Bedeutung gewinnen<sup>76</sup>). Es ist im wesentli-

<sup>73</sup>) Hans-Joachim Lißmann, Hans Nicklas, Anne Ostermann, Feindbilder in Schulbüchern, in: Friedensanalysen 1 = edition suhrkamp 784, Frankfurt 1975, S. 37—62; dieselben und Hans-Jobst Krauthaus in: Friedensanalysen 3 = edition suhrkamp 847, Frankfurt 1976, S. 172—196. Eine mit quantifizierenden Methoden arbeitende Analyse der Schulbuchdarstellungen über die UdSSR wird z. Z. in Hannover von Klaus Füllberg-Stolberg erstellt.

<sup>74</sup>) Z. B. berechnet in Vagin, *Metodika* (1968), a. a. O., S. 30.

<sup>75</sup>) Vgl. dagegen Hans-Heinrich Nolte, Kontrastierendes Lesen als Methode der Vorurteilspädagogik, in: *Materialien zur politischen Bildung* 1974/3, S. 58—65, ein erweiterter Nachdruck in: E. Horst Schallenberg, Gerd Stein, *Das Schulbuch — zwischen staatlichem Zugriff und gesellschaftlichen Forderungen*, Kastellaun 1977. Der Gedanke, Schulbuchtexte kontrastierend einander gegenüberzustellen, ist seit längerer Zeit verbreitet und auch schon in das Aufbauprinzip einiger Schulbücher bzw. Begleitbände eingegangen: Fragen an die Geschichte, hrsg. v. Heinz Dieter Schmid, Frankfurt 1974 ff.; *Problemorientierter Geschichtsunterricht*, hrsg. v. Hans Heumann, Frankfurt/M. 1975 ff. Vgl. auch Hug, a. a. O., S. 70 ff.

<sup>76</sup>) Zu dem Verhältnis „stabiles“ Lehrbuch — Arbeitsbuch vgl. Margarete Dörr, *Das Schulbuch im Geschichtsunterricht — Kriterien für seine Beurteilung*, in: *Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit*, Festschrift K. D. Erdmann, hrsg. v. E. Jäkel u. E. Weymar, Stuttgart 1975, S. 294—309.

chen angemessen, die sowjetischen Schulbücher als einen geschlossenen Korpus von Texten mit den klassischen Mitteln der Hermeneutik zu interpretieren. (In einem Überblick wie dem hier vorgelegten kann das selbstverständlich nicht geleistet werden<sup>77</sup>.) Mit welchem Eifer, welcher Motivation dieser Korpus von Texten im Unterricht der UdSSR rezipiert wird, ist kaum zu beurteilen. Sicher ist jedoch, daß nach diesen Texten in den beiden Fächern gelernt wird.

## 2. Zum Verhältnis Fachwissenschaft — Schulbuch am Beispiel von Darstellungen deutscher Ostexpansion

In der Sowjetunion beteiligen sich Universitätsprofessoren in stärkerem Maße als bei uns an der Erarbeitung der Geschichtslehrbücher. Das hängt auch damit zusammen, daß schon im vorrevolutionären Rußland die Abwendung der Fachhistoriker von dem Gedanken, daß die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit bildungspolitische Bedeutung haben würden, nicht so radikal war wie in der zünftigen Wissenschaft Deutschlands. Außerdem war die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Rußland vor 1917 schon relativ stark vertreten<sup>78</sup>). Die starke Stellung der Gesellschaftskunde in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland ist wohl auch ein Reflex der Tatsache, daß die Geschichtswissenschaft in Deutschland in der Gründungsperiode der Sozialwissenschaften die Gegenstände dieses Faches so wenig zum Thema der Forschung gemacht hat.

Trotz der Beteiligung von Hochschulprofessoren an der Erarbeitung der Lehrbücher gibt es auch in der Sowjetunion eine deutliche Differenz zwischen dem „Stand der Forschung“ und dem Inhalt der Schulbücher — allerdings gibt es eben auch Differenzen zwischen dem, was in verschiedenen Forschungsrichtungen als „Stand der Forschung“ angesehen wird. Die wissenschaftlichen Richtungen, die sich

<sup>77</sup>) Weitere Darstellungen seit Nolte, *Schulbuch: Peter Schulz-Hageleit, Geschichtsbewußtsein und Menschenbild*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 46/74 v. 16. 11. 1974, S. 35—53 (Französische Revolution im sowjetischen Schulbuch); R. Damerau, *Polnische Geschichte in sowjetischen Schulbüchern*, in: *OE* 24 (1974), S. 419—433; Friedrich Heupel, Peter Wörster, *Russische Geschichte in sowjetischen Schulbüchern*, in: *OE* 26 (1976), S. 449—464; Nolte, *Geschichtsunterricht in Ost und West*, a. a. O., S. 151—156. Eine Analyse des gesamten Korpus der sowjetischen Schulbücher zu Geschichtsunterricht und Gesellschaftskunde ist nur als kooperative Arbeit möglich.

<sup>78</sup>) Anatole G. Mazour, *Modern Russian Historiography*, Princeton/NJ. 1958<sup>2</sup>, S. 98 ff.



mit deutscher Geschichte befassen, lassen sich in fünf Gruppen gliedern <sup>79)</sup>:

1. Die dem Militär nahestehenden Historiker. In der UdSSR gibt es eigene militärhistorische Institute, in denen sich Wissenschaftler z. B. auch mit den mittelalterlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Orden und Rußland befassen. In den Arbeiten dieser Historiker überwiegt die negative Darstellung der deutschen Angreifer. Vor allem wird — was eigentlich marxistischem Anspruch entsprechen würde — eine Einordnung der deutsch-russischen Auseinandersetzungen in den übergreifenden Zusammenhang der Ausbreitung des Feudalismus fast überhaupt nicht versucht. Die militärgeschichtliche Darstellung russischer Siege steht im Vordergrund.

2. Auch einige der mit dem russischen Mittelalter befaßten Historiker schreiben über die deutsch-russischen Beziehungen. Ihre Position ist derjenigen der Militärhistoriker nahe. Ihr bekanntester Vertreter ist V. T. Pašuto <sup>80)</sup>, um dessen Polemik gegen Historiker der Bundesrepublik Deutschland es sogar politische Auseinandersetzungen gegeben hat <sup>81)</sup>. Pašuto besitzt für seine Geschichtsschreibung in der UdSSR eine breite Öffentlichkeit; er hat 1974 im Verlag „Junge Garde“ zum Preis von 69 Kopeken und in einer Auflage von 100 000 Exemplaren ein Buch über Aleksandr Nevskij veröffentlicht, das deutlich in einem pathetisch-patriotischen Stil verfaßt und mit beträchtlichem verlegerischen Aufwand hergestellt worden ist <sup>82)</sup>.

3. Das Institut für Slawenkunde und Balkanistik, das zur Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau gehört, bildet einen weiteren Schwerpunkt der Beschäftigung mit deutsch-slawischen Beziehungen. Dieses Institut ist in der Kriegszeit mit einem deutlich proslawischen Akzent entstanden. Es beschäftigt sich auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau mit der Ostexpansion. Hier wird ver-

sucht, die deutsch-russischen Beziehungen in einen historischen Gesamtzusammenhang einzuordnen, wobei man am Institut die These vom grundsätzlich gleichen Entwicklungsstand des Feudalismus in Deutschland und den westslawischen Gebieten in der Periode der Ostexpansion vertritt. Die deutsche Ostexpansion wird also nicht — parallel z. B. zum Imperialismus — damit erklärt, daß durch die Verschärfung der Klassenwidersprüche im Feudalismus auch die Aggressivität des entwickelteren Landes größer gewesen sei. Ein wichtiger Vertreter dieser Institution war der kürzlich verstorbene V. D. Koroljuk.

4. In der UdSSR gibt es eine größere Gruppe von Historikern, die auf die mittelalterliche Geschichte Westeuropas spezialisiert ist. Vertreter dieser Gruppe haben oft in Rezensionen oder in Texteditionen Kritik an Einzelpunkten der Darstellungen der ersten beiden Richtungen geübt, haben Übertreibungen und Fehler aufgedeckt. Sie haben jedoch keine eigenen Gesamtdarstellungen zu diesem Thema vorgelegt; ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der mittelalterlichen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.

5. Die wissenschaftlich bedeutendste Institution, die sich mit deutscher Geschichte befaßt und auch ein eigenes Jahrbuch für deutsche Geschichte herausgibt, ist das Institut für allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften. In diesem Institut gibt es eine Sektion für deutsche Geschichte. Mittelalterliche Geschichte gehört nicht zum Aufgabebereich dieses Instituts. In ihren Arbeiten zur deutschen Zeitgeschichte zeichnen sich die Mitarbeiter des Instituts durch ein besonderes Interesse an der deutschen Arbeiterbewegung und durch die kritische, aber ausgiebige Rezeption der sogenannten bürgerlichen Politikwissenschaft aus. Deutsche Aggressivität steht also nicht im Mittelpunkt des Interesses <sup>82)</sup>.

Das Bild, das die Schulbücher von der deutschen Ostexpansion im Mittelalter zeichnen, ist überwiegend den ersten beiden Richtungen verpflichtet: Es wird fast ausschließlich über die Deutschen als Aggressoren berichtet, die Arbeit deutscher Bauern und Handwerker bleibt unerwähnt, und es wird großes Gewicht auf die Darstellung der im engen Sinn militärgeschichtlichen Ereignisse gelegt — z. B. werden im Schulbuch Schlachtenpläne publiziert <sup>84)</sup>.

<sup>79)</sup> Das folgende nach Nolte, „Drang nach Osten“, S. 164—189.

<sup>80)</sup> In deutscher Übersetzung liegt vor: V. T. Pašuto, Die politischen Wechselbeziehungen zwischen der Rus', Litauen und Deutschland im 13. Jahrhundert, in: Russisch-deutsche Beziehungen von der Kiever Rus' bis zur Oktoberrevolution, hrsg. v. Heinz Lemke u. Bruno Widera, Berlin 1976, S. 69—105.

<sup>81)</sup> Vgl. Georg von Rauch, Zur Frage des Standortes der Osteuropäischen Geschichte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (im folgenden GWU) 24,10 (1973), S. 585—594, hier S. 589 f.

<sup>82)</sup> V. Pašuto, Aleksandr Nevskij, Moskva 1974 = Žizn' zamečatel'nych ljudej, Serija biografij, vy-pusk 10.

<sup>83)</sup> Hans-Heinrich Nolte, Das neue sowjetische „Jahrbuch für deutsche Geschichte“, in: GWU 1977, 9, S. 535—540.

<sup>84)</sup> Nolte, Schulbuch, S. 13—17.



Diese Darstellung ist auch in den neuesten Lehrbüchern von 1975 und 1976 nicht geändert worden<sup>85)</sup>. Interessant ist jedoch die Korrektur eines Fehlers in der militärgeschichtlichen Darstellung, die von dem Sieg russischer Truppen unter der Führung Aleksandr Nevskij's über Truppen des Deutschen Ordens auf dem Eis des Peipusses 1242 gegeben wird. Während des Zweiten Weltkrieges war die These verbreitet worden, die Kerntruppe des Fürsten habe einen Hinterhalt gebildet und sei erst zu einem späten Zeitpunkt des Schlachtverlaufs eingesetzt worden. Diese Darstellung entsprach den Propagandabedürfnissen der UdSSR in den ersten Kriegsjahren, war aber sachlich unbegründet, wie 1966 von sowjetischen Mediävisten festgestellt worden ist<sup>86)</sup>. 1976 weist die Kartenskizze der Schlacht von 1242 im sowjetischen Schulbuch keinen Hinterhalt mehr auf — im fortlaufenden Text ist er allerdings noch erwähnt<sup>87)</sup>.

### 3. Beispiele von Schulbuchdarstellungen

#### a) Die Rußlanddeutschen

Zu der Tendenz der Darstellung der deutschen Ostexpansion paßt die Darstellung der Geschichte der Rußlanddeutschen, die ja auch eine innersowjetische Aktualität besitzt. Heupel und Wörster kommen zu dem Urteil, daß die Darstellung im sowjetischen Schulbuch dazu beitragen kann, „daß der reaktionäre Kurs unter Nikolaus sich im Geschichtsbild des Schülers als ein von Nichtrossen, zudem noch von Deutschen, errichtetes Regime einprägt.“<sup>88)</sup> Auch die Bironovščina, eine andere Reaktionsperiode, erscheint als Deutschenherrschaft, und die Mitgliedschaft Deutscher in der Akademie der Wissenschaften erscheint ausschließlich unter dem Aspekt ihres Gelehrtengeiznicks mit Lomonosov<sup>89)</sup>. In der Ausgabe des Schulbuchs von 1971 war beschrieben, wie Lomonosov zusammen mit dem deutschen Gelehrten Richmann ein Experiment durchführt<sup>90)</sup>; das ist in der Ausgabe von 1976 jedoch wieder gestrichen worden. Dort heißt es zusammenfassend: „Ein glühen-

<sup>85)</sup> E. V. Agibalova, G. M. Donskoj, *Istorija srednich vekov*, Moskva 1975<sup>14</sup>, S. 46 ff.; M. V. Nečkina, P. S. Lejbengrub, *Istorija SSSR, Učebnik dlja 7 klassa*, Moskva 1976<sup>11</sup>, S. 78 ff.

<sup>86)</sup> Nolte, „Drang nach Osten“, S. 203; S. 209 f. zur Parallelität mit der Argumentation im Kriegsjahr 1942 und der Hoffnung auf Reserven; S. 224 zur Kritik in der sowjetischen Mediävistik; vgl. S. 197—199 zur inhaltlichen Diskussion.

<sup>87)</sup> Nečkina, Lejbengrub, a. a. O., S. 80 f.

<sup>88)</sup> Heupel, Wörster, a. a. O., S. 456.

<sup>89)</sup> Nolte, Schulbuch, S. 33 f.

<sup>90)</sup> M. V. Nečkina, P. S. Lejbengrub, *Istorija SSSR, Učebnoe posobie dlja 7 klassa*, Moskva 1971<sup>6</sup>, S. 228.

der Patriot Rußlands und russischer Wissenschaft, bezog sich Lomonosov mit großer Hochachtung auf die großen Gelehrten des Westens und untersuchte ihre Entdeckungen. Aber zugleich kämpfte er unerbittlich gegen die Vorherrschaft der gering gebildeten und beschränkten deutschen Gelehrten in der russischen Akademie . . .“<sup>91)</sup>.

Keine dieser Angaben im sowjetischen Schulbuch über Rußlanddeutsche ist an sich falsch oder unbegründet. Aber die Auswahl ist verfälschend. Die Rolle der Deutschen in Rußland erschöpfte sich nicht in diesen negativen Zügen. Gerade in marxistischen Kategorien müßten z. B. die Arbeit deutscher Bauern in den neu zu besiedelnden Gebieten — etwa an der Wolga — und die Arbeit deutscher Handwerksmeister in russischen Manufakturen deutlich zu erfassen sein; sie leisteten einen Beitrag zur Entwicklung der Produktivkräfte in Rußland von der Frühen Neuzeit an. Dieser Beitrag deutscher Bauern und Handwerker wird aber bisher nicht erwähnt.

#### b) Die Arbeiterbewegung vor 1914

Heupel und Wörster haben darauf hingewiesen, daß die russische Arbeiterbewegung im sowjetischen Geschichtsbuch schon sehr früh als international führend hingestellt und die deutsche Arbeiterbewegung nicht nur wegen ihres Revisionismus kritisiert, sondern auch in ihrer Bedeutung entsprechend gering geschätzt wird<sup>92)</sup>. Daß diese Darstellung unmittelbar die Legitimation der KPdSU berührt, liegt auf der Hand. Vielleicht gibt es gegen diese Darstellung aber doch Einwendungen. Wenn die Revolution von 1905 auf die internationale Arbeiterbewegung gewirkt hat, dann wohl gerade deswegen, weil die Bedeutung der russischen Arbeiterparteien für ihr Zustandekommen gering war und weil in der Revolution ein Moment von Spontaneität zum Ausdruck kam, gerade auch in der Bildung der Arbeiterräte. Die führende Rolle der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 läßt sich nicht nur statistisch belegen, sondern auch politisch und geistesgeschichtlich; auch Lenin bezog sich ja in seinen Schriften auf die Auseinandersetzung zwischen Kautsky und Bernstein.

Andererseits ist die Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 im sowjetischen Schulbuch<sup>93)</sup> umfangreicher

<sup>91)</sup> Nečkina, Lejbengrub, a. a. O. (1976), S. 215.

<sup>92)</sup> Heupel, Wörster, a. a. O., S. 461.

<sup>93)</sup> Nolte, Schulbuch S. 43—46. In Lebedev u. a., a. a. O., S. 36, wird empfohlen, auf Klara Zetkin als Beispiel für proletarische Bildungspolitik zu verweisen.



als in den meisten Schulbüchern der Bundesrepublik Deutschland<sup>94</sup>). Dies sollte eigentlich hier zu denken geben.

### c) Die Kriegschuldfrage 1914

Die Erklärung des Imperialismus ist noch immer ein großes Thema der sowjetischen Geschichtswissenschaft. Die Darstellung des deutschen Imperialismus ist vor allem deswegen interessant, weil es — auch zur Legitimation des Friedens von Brest Litowsk gegenüber der Kritik im eigenen Land — zwanzig Jahre lang unter der Ägide Pokrovskijs in der UdSSR nicht erwünscht war, die Rolle Deutschlands gegenüber der anderer imperialistischer Mächte zu betonen. Deutschland galt als eine imperialistische Macht wie andere auch, wie Frankreich oder England<sup>95</sup>). Erst während des Zweiten Weltkrieges hat man die alte Lenin-Formel wieder aufgegriffen, die auch im Schulbuch zitiert wird: Deutschland sei der junge und starke Räuber gewesen, der sich gegenüber den alten Räufern durch besondere Aggressivität ausgezeichnet habe. In der „Fischer-Kontroverse“ ist die Erklärung des deutschen Imperialismus und die Frage der Kontinuität deutscher Ostexpansionen bekanntlich zu einem der großen Themen der deutschen Nachkriegshistoriographie geworden. In der sowjetischen Forschung sind vor allem zwei Institutionen mit der Rolle Deutschlands im Imperialismus befaßt:

1. Die neuere Abteilung des Instituts für Slawenkunde und Balkanistik der Akademie der Wissenschaften und

2. das Institut für allgemeine Geschichte der Akademie.

Auf den Gang der Forschung in der UdSSR hat dabei nicht nur die Forschung der DDR eingewirkt, sondern auch die Fischer-Schule. Im sowjetischen Hochschullehrbuch für deutsche Geschichte, das in der Sektion für deutsche Geschichte des Instituts für allgemeine Geschichte erarbeitet worden ist, wird 1970 der „Griff nach der Weltmacht“ sogar in einer Kapitelüberschrift zitiert<sup>96</sup>). Nach der

<sup>94</sup>) Reinhard Kühnl, Hrsg., *Geschichte und Ideologie = rororo* aktuell 1656, Reinbek 1973, S. 62—96. *Novaja Istorija, čast' II, Učebnik dlja devjatogo klassa*, Pod red.: V. M. Chvostov Moskva 1975<sup>13</sup>, S. 49—57 ist dem Text von 1970 fast wörtlich gleich.

<sup>95</sup>) Karl-Heinz Schlarp, *Ursachen und Entstehung des Ersten Weltkrieges im Lichte der sowjetischen Geschichtsschreibung*, Hamburg 1971, bes. S. 118 ff.

<sup>96</sup>) *Germanskaja Istorija v novoe i novejšee vremja*, Tom 1, Redakcionnaja kollegija: S. D. Skazkin, L. I. Gincberg, G. N. Goroškova, V. D. Ežov, Moskva 1970, S. 474. Vgl. Nolte, „Drang nach Osten“, S. 187 f.

deutschen Niederlage war man in der Sowjetunion im wesentlichen zum Imperialismusbild der dreißiger Jahre zurückgekehrt. In den Schulbüchern von 1955 wurde Deutschland als ein imperialistisches Land wie andere auch dargestellt. Erst seit den sechziger Jahren wird in immer deutlicherer Weise Deutschland den übrigen Mächten als besonders aggressiv gegenübergestellt<sup>97</sup>). Auch die Ausgabe von 1975 bleibt bei dieser Gewichtung<sup>98</sup>).

### d) Die neue Ostpolitik

Die Darstellung der „neuen Ostpolitik“ in den Geschichtslehrbüchern soll ausführlich zitiert werden, weil eine Veränderung der Tendenz in einem neuverfaßten Text u. U. am ehesten zum Ausdruck kommen würde.

Das Kapitel über die DDR im Rahmen des Abschnittes über sozialistische Länder im Lehrbuch der neuesten Geschichte (1939—1974) schließt mit folgenden Ausführungen<sup>99</sup>): „Auf dem VIII. Parteitag der SED wurde festgestellt, daß alle Erörterungen über die ‚Einheit der deutschen Nation‘ unter den gegenwärtigen Bedingungen darauf gerichtet seien, die gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen des Arbeiter- und Bauernstaates zu untergraben. Auf deutscher Erde existieren jetzt zwei unterschiedliche Staaten: ein sozialistischer und friedliebender sowie ein imperialistischer. Man könne sich nicht als möglich vorstellen, diese zwei Deutschland in der nächsten Zukunft zu vereinigen.“

„Unter den gegebenen Umständen waren Beziehungen zwischen DDR und BRD nur auf der Grundlage des Prinzips der friedlichen Koexistenz souveräner Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsstruktur möglich. Die friedliebenden Kräfte entfalteten den Kampf für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Der im Juni 1964 geschlossene Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit zwischen UdSSR und DDR garantiert die Sicherheit der Republik zuverlässig.“

„In den Beziehungen zwischen der UdSSR und den Westmächten, aber auch zwischen DDR und BRD, war die Frage des Schicksals Westberlins lange der Stein des Anstoßes. Im September 1971 erreichten die Regierungen der UdSSR, Englands, der USA und Frankreichs in dieser Frage eine Übereinkunft. Wie in der vierseitigen Vereinbarung festgestellt wird,

<sup>97</sup>) Nolte, Schulbuch, S. 40—43.

<sup>98</sup>) *Novaja Istorija II, a. a. O.*, S. 245 ff. und S. 31 ff.

<sup>99</sup>) *Novejšaja Istorija, Učebnoe posobie dlja desjatogo klassa srednej školy*, Pod redakcij: V. K. Furaeva, Moskva 1974<sup>0</sup>, S. 68—73, Zitate S. 72 f.



bilden die Westsektoren Berlins wie früher keinen konstitutiven Teil der BRD und werden auch in Zukunft nicht von der BRD regiert. Die Regierungen der Westmächte behalten ihre Rechte und tragen die Verantwortung in bezug auf die Vertretung der Interessen der Bevölkerung der Westsektoren Berlins jenseits der Grenzen. Der BRD ist es erlaubt, die ständigen Bewohner Westberlins konsularisch zu versorgen, es ist ihr aber verboten, in Westberlin konstitutionelle oder amtliche Handlungen des Präsidenten, der Regierung, des Parlamentes und anderer staatlicher Institutionen durchzuführen. In der Vereinbarung sind Maßnahmen zur Verbesserung des Transitverkehrs zwischen Westberlin und der BRD festgelegt, sowie auch Bedingungen, welche es den ständigen Einwohnern der Westsektoren Berlins ermöglichen, die DDR zu besuchen.“

„Am 21. Dezember 1972 schlossen DDR und BRD einen Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten. Die Normalisierung dieser Beziehungen entspricht den Interessen von BRD und DDR und fördert die Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa. Heute ist die DDR ein gleichberechtigtes Mitglied der UNO und mehr als 110 Staaten haben sie anerkannt.“

„Die Werktätigen der DDR, die daran interessiert sind, daß günstige internationale Bedingungen für den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft geschaffen werden, unterstützen die Politik der SED, die darauf gerichtet ist, die Souveränität des deutschen sozialistischen Staates zu festigen.“

Im Kapitel über die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Abschnittes über kapitalistische Länder heißt es <sup>100)</sup>:

„Die reaktionäre Innen- und die abenteuerlustige Außenpolitik der CDU führten die BRD in eine Sackgasse. Dies zeigte sich in der Verstärkung des Klassenkampfes innerhalb des Landes und in der ansteigenden außenpolitischen Isolierung Westdeutschlands. Es wurde immer deutlicher, daß die Zeit gekommen war, vom ‚Kalten Krieg‘ Abschied zu nehmen und mit einer ‚Neuen Ostpolitik‘ zu beginnen.“

„Im September 1969 gab es Bundestagswahlen. Die Sozialdemokraten versprachen, die Beziehungen zur UdSSR, zur DDR und zu den anderen sozialistischen Ländern zu verbessern und die Sache der gesamteuropäischen Sicherheit zu fördern. Dies begünstigte ihren Erfolg bei den Wahlen. Mit Unterstützung der

FDP bildeten sie eine Regierung, an deren Spitze Willy Brandt (geboren 1913) stand. Die Christdemokraten befanden sich nach zwanzigjähriger Machtausübung in der Opposition.“

Das Lehrbuch verweist für die Verhandlungen der folgenden Jahre auf die Darstellung bei der DDR und fährt fort, daß die CDU im Parlament zur Obstruktionspolitik übergegangen sei: „Da löste die Regierung das Parlament auf und setzte außerordentliche Wahlen an. In den Wahlen zum Bundestag (November 1972) sprachen die westdeutschen Werktätigen sich für die Fortführung der friedliebenden Politik aus, welche von Sozialdemokraten und Freien Demokraten geführt wurde. Diese verfügen nun im Bundestag über 46 Sitze mehr als die Opposition.“

Das Lehrbuch fährt in der Einzelschilderung fort und beendet die Darstellung der Regierungspolitik: „Für Maßnahmen zur Erfüllung der ‚Ostverträge‘ und für die Fortsetzung des Kurses auf europäische Sicherheit erklärte sich auch die Regierung des Sozialdemokraten Helmut Schmidt (geboren 1918), der im Mai 1974 zur Macht kam. Während der Moskauer Gespräche (Oktober 1974) wurde ein neuer Schritt auf dem Weg der Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zwischen UdSSR und BRD getan und eine Vereinbarung über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geschlossen.“

Es ist interessant, daß das Lehrbuch den besonderen Schwierigkeiten des Kommunismus in der Bundesrepublik eine eigene Seite widmet, in der auf den hohen Lebensstandard und die revisionistische Ideologie der Arbeiterbewegung eingegangen wird. Unter anderem heißt es: „Die Arbeiterklasse der BRD ist in ihrer Zusammensetzung nicht einheitlich. Ein bedeutender Teil der Werktätigen besteht aus Umsiedlern und Berufswechslern, aus gewesenen Bauern, ruinierten Kleinbürgern und Besitzlosen anderer Länder auf Arbeitssuche. Alle diese Faktoren behindern das Wachstum des Bewußtseins der Massen und machen die Verstärkung des Klassenkampfes schwierig.“

Schließlich geht das Lehrbuch auch in dem Abschnitt über die internationalen Beziehungen auf die Ostverträge ein <sup>101)</sup>. In dem Abschnitt werden die zunehmenden Chancen für die Erhaltung des Weltfriedens auf vier Gruppierungen zurückgeführt:

1. Die Macht des „sozialistischen Freundschaftsbundes (socialističeskoe sodružestvo)“,

<sup>100)</sup> Ebda., S. 138—142, Zitate S. 140 ff.

<sup>101)</sup> Ebda., S. 222—230, Zitate S. 222 und 226.



2. „friedliebende nichtsozialistische Staaten“,
3. „die internationale Arbeiterklasse und ihre Avantgarde — die kommunistischen Parteien“,
4. „die Massenbewegung der Friedensfreunde“.

„Aber die Natur des Imperialismus, der Angriffskriege erzeugt, bleibt wie früher“ — heißt es dann unvermittelt. Wer dazu gezählt wird, ist nicht deutlich. Die Entspannung wird jedoch nicht allein auf die sozialistischen Länder zurückgeführt: „Der Kampf der sozialistischen Länder und anderer friedliebender Staaten sowie weiterer gesellschaftlicher Kreise für Sicherheit in Europa führten zu den erreichten Ergebnissen.“

Die Änderungen dieser Darstellungen gegenüber den Lehrbüchern von 1969 und 1971<sup>102)</sup> sind tiefgreifend. Die Bundesrepublik Deutschland wird hier viel sachlicher dargestellt, der Parlamentarismus als politisch relevant akzeptiert und die Sozialstruktur der Bundesrepublik differenzierter gesehen<sup>103)</sup>.

#### e) *Friedliche Koexistenz im Lehrbuch für Gesellschaftskunde*

Die Ausgabe des Lehrbuchs für Gesellschaftskunde 1975 hat folgenden Aufbau<sup>104)</sup>:

„Abschnitt I.

Der Anfang des Marxismus-Leninismus

Kapitel 1.

Philosophische Vorstellungen von der Welt und deren Erkenntnis

Kapitel 2.

Lehre von der Entwicklung der Gesellschaft

Kapitel 3.

Kapitalismus

Kapitel 4.

Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus

<sup>102)</sup> Nolte, Schulbuch S. 79 ff. Die dort dokumentierte Auffassung liegt auch (noch?) dem von Bogoljubow, a. a. O., S. 82 f., beschriebenen Unterricht zugrunde.

<sup>103)</sup> In der Darstellung für einen zusätzlichen Sonderkurs in Geschichte der internationalen Beziehungen — L. N. Kutakov, *Istorija meždunarodnych otnošenij i vnešnej politiki SSSR, Posobie dlja učitelej*, Moskva 1975, S. 242—244 — bleibt die Bedeutung der Wahlen von 1972 unklar. Der Erfolg der Ostpolitik wird einerseits auf die „konsequente friedliebende Politik der UdSSR“ und andererseits auf die „Verstärkung realistischer Tendenzen unter den herrschenden Kreisen der BRD“ zurückgeführt, der Einfluß der Bevölkerung nicht gesehen.

<sup>104)</sup> *Obščestvovedenie. Učebnik dlja vypuskogo klassa srednej školy i srednich special'nych učebnych zavedenij*, Moskva 1975<sup>13</sup>.

Abschnitt II.

Sozialismus und Kommunismus

Kapitel 5.

Ökonomische Struktur des Sozialismus

Kapitel 6.

Soziale und politische Struktur

Kapitel 7.

Der Weg zum Kommunismus

Kapitel 8.

Erziehung des neuen Menschen

Kapitel 9.

Die Partei — unser Steuermann“.

Im Rahmen des vierten Kapitels behandelt § 19 das Thema „Frieden und friedliche Koexistenz“<sup>105)</sup>. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus wird als der Hauptinhalt der gegenwärtigen Epoche definiert:

„Das System der internationalen Beziehungen in unserer Zeit ist schwierig und widersprüchlich, ihm sind Züge des Übergangs zu neuen Prinzipien der Beziehungen zwischen Staaten eigen.“

„Bis zur Entstehung des Sozialismus waren die internationalen Beziehungen nach Prinzipien aufgebaut, welche aus der kapitalistischen Struktur erzeugt waren. Diesen Beziehungen waren ungleiches Recht, Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonialländer durch die imperialistischen Mächte eigen, die Unterordnung eines Landes unter das andere, die Herrschaft von Diktat und Gewalt.“

Die barbarischste Form dieser internationalen Beziehungen seien die Weltkriege gewesen. Durch die Oktoberrevolution sei die Lage jedoch grundlegend verändert worden: „Aus der Natur des Sozialismus entsprang auch eine prinzipiell neue Außenpolitik, die auf Internationalismus sowie dem Streben nach Frieden und Freundschaft mit allen Völkern gegründet ist. Im Rahmen des sozialistischen Freundschaftsbundes entstand ein neuer Typ internationaler Beziehungen . . .“

„ . . . das Verhältnis der Kräfte in der Welt ist derart, daß der Imperialismus seinen dominierenden Einfluß auf das internationale Leben verloren hat. Die ihm eigenen außenpolitischen Prinzipien bestimmen das System der internationalen Beziehungen schon nicht mehr vollständig. Gleichzeitig kann der neue Typ internationaler Beziehungen, der sich im Rahmen des sozialistischen Freundschaftsbundes herausbildet und das Vorbild zukünftiger Beziehungen zwischen freien Völkern bildet,

<sup>105)</sup> Ebda., S. 138—143.



noch nicht allgemeingültig werden, solange das kapitalistische System existiert.“

Daß es zur friedlichen Koexistenz dieser Systeme keine Alternative gibt, wird mit dem Bild einer Atombombenexplosion eindringlich dargestellt.

„Die Politik der friedlichen Koexistenz erfordert den Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Entscheidung internationaler Streitfragen, strenge Beachtung der Souveränität, Gleichheit, Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, Entwicklung wechselseitig fördernder wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen allen Ländern, unabhängig von ihrer sozial-ökonomischen und politischen Struktur ...“

Der ideologische Kampf gehe derweil weiter. Friedliche Koexistenz werde jedoch nicht allein von der UdSSR in der internationalen Politik vertreten:

„Auf der Seite des Friedens steht heute neben der UdSSR und den anderen Ländern des Sozialismus eine große Gruppe nichtsozialistischer Staaten, welche an der Entfesselung von Kriegen nicht interessiert ist, weil sie zu Lösung der Aufgabe der nationalen Wiedergeburt den Frieden brauchten. Den Frieden umfaßt die internationale Arbeiterklasse, welche den Kampf der breiten Volksmassen gegen den imperialistischen Krieg organisiert. Die zwingende Notwendigkeit zur Erhaltung des Friedens wird auch von weiten gesellschaftlichen Schichten der imperialistischen Länder erkannt, darunter auch von realistisch denkenden Politikern aus dem bürgerlichen Lager.“

Die Möglichkeit, daß die Politik der sozialistischen UdSSR unter Umständen, und sei es nur durch fehlerhafte Politik, zur Entstehung oder Ausweitung von Kriegen beigetragen haben könnte, ist bisher in der veröffentlichten sowjetischen Literatur nicht wirklich ernsthaft diskutiert worden, obgleich z. B. die Geschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes Anlaß zu solcher Selbsterforschung geben könnte<sup>106)</sup>. Die UdSSR gilt vielmehr als „von Natur“ friedliebend.

Trotzdem gibt es in der Sowjetunion eine Diskussion um den Inhalt der friedlichen Koexistenz<sup>107)</sup>. Die Pole dieser Diskussion sind:

<sup>106)</sup> Vgl. dagegen die Schulbuchdarstellung: Nolte, Schulbuch S. 67 f. und S. 103.

<sup>107)</sup> Offizielle sowjetische Darstellung: Wladlen Kusnezow, Internationale Entspannungspolitik aus sowjetischer Sicht, Übers. Wien 1975. Zur ideologischen Diskussion Ursula Schmiederer, Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz,

1. Friedliche Koexistenz ist entscheidend das Ergebnis sowjetischer militärischer Macht. Da die UdSSR von Natur friedlich sei, könne mehr sowjetische militärische Macht auch immer nur noch mehr den Frieden fördern. Diese Position ist z. B. in der Militärzeitschrift *Krasnaja Zvezda* deutlich geworden<sup>108)</sup>.

2. Friedliche Koexistenz ist zu einem wesentlichen Teil auch auf Lernprozesse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaften zurückzuführen. Diese Position wird z. B. in der literarischen Zeitschrift *Novyj Mir* deutlich<sup>109)</sup>.

Im Lehrbuch für Gesellschaftskunde wird nebenbei auch auf das „wirtschaftliche und militärische Potential“ der UdSSR als eine der Voraussetzungen ihrer Friedenspolitik hingewiesen<sup>110)</sup>. Insgesamt gehört die Darstellung deutlich zu der zweiten Gruppe von Argumentationen; Lernprozesse der kapitalistischen Gesellschaften werden als eine der Voraussetzungen der Friedlichen Koexistenz genannt.

---

Frankfurt 1968; Bernard Willms, *Entspannung und friedliche Koexistenz*, München 1974. Beide Arbeiten beruhen auf übersetzt vorliegenden Texten. Zur Diskussion der ökonomischen Zusammenhänge: *Perspektiven der Kooperation zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern* = Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung III, Düsseldorf 1973; Halina Jaroslawska, *Ökonomische Aspekte der friedlichen Koexistenz* = Studien zur Friedensforschung 10, Stuttgart usw. 1974; *Durch Kooperation zum Frieden?* = Reihe Hanser 156, hrsg. v. U. Albrecht W. v. Bredow, u. a., München 1974. *Versuche zur Integration ideologischer und ökonomischer Argumentationsketten*, in: *Sozioökonomische Bedingungen der sowjetischen Außenpolitik*, hrsg. v. Egbert Jahn, Frankfurt usw. 1975. Vgl. zum Verhältnis von Sozialverfassung und Außenpolitik in der UdSSR jetzt die knappe, aber umfassende Einführung von Heiko Haumann, *Geschichte und Gesellschaftssystem der Sowjetunion*, Köln 1977, S. 96—106.

<sup>108)</sup> Hans-Heinrich Nolte, *Gruppeninteressen in der sowjetischen Koexistenzpolitik*, Abschnitt 3.4. Erscheint 1978 in Göttingen.

<sup>109)</sup> Ebda., Abschnitt 3.1.1. Die von mir vorgetragene These über wichtige Unterschiedlichkeiten in der Rezeption von Entspannungspolitik in der UdSSR argumentiert z. T. gegen: HSFK-Gruppe „Sozialistische Länder“, *Die Rezeption der Ostpolitik der BRD in der UdSSR und DDR*, in: *Die Ostpolitik der Bundesrepublik*, hrsg. v. Egbert Jahn u. Volker Rittberger, Opladen 1974, S. 207—232. Ein Mitarbeiter dieser Gruppe hat in einer Einzelveröffentlichung besonders betont, daß „der politische Stellenwert der unterschiedlichen Berichterstattung nicht ermittelt werden“ konnte. Vgl. Uwe Stehr, *Entspannungspolitische Aspekte der Bundestagswahl 1972 aus sowjetischer Sicht*, in: *Rußland und Deutschland*, hrsg. v. Uwe Liskowski, = *Kieler Historische Studien 22*, Festschrift Georg von Rauch, Stuttgart 1974, S. 310—325, Zitat S. 311.

<sup>110)</sup> *Obsčestvovedenie*, a. a. O., S. 143.



## IV. Zusammenfassende Bemerkungen

Das in den sowjetischen Schulbüchern gezeichnete Geschichtsbild ist seit über einem Jahrzehnt oft bis in einzelne Formulierungen hinein konstant, abgesehen selbstverständlich von neu verfaßten Texten zur jüngsten Zeitgeschichte. Schon diese Konstanz unterscheidet die sowjetischen Geschichtsbücher von denen der Bundesrepublik Deutschland, die in den letzten zehn Jahren stark verändert worden und außerdem untereinander verschieden sind — innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Rahmens. Trotz der „Renaissance des Schulbuchs“ bei uns ist dessen Stellung in der Sowjetunion unumstrittener als in der Bundesrepublik. Bücher für das Kurssystem in der Sekundarstufe II der Bundesrepublik haben weit weniger Relevanz im Unterricht als Bücher für die Abschlußklassen der UdSSR. Weil in der Sowjetunion etwa doppelt so viel Zeit für den Geschichtsunterricht zur Verfügung steht wie in der Bundesrepublik, wird der Spielraum für einen unmittelbaren Vergleich weiter eingeschränkt.

Die Kritik älterer deutscher Schulbücher durch sowjetische Autoren ist z.T. sehr scharf, differenziert aber zwischen verschiedenen Richtungen innerhalb der Schulbuchautoren<sup>111)</sup>. Als „verleumdend“ und „völlig entstehend“ beurteilte V. T. Pašuto die 1970 vorliegende Literatur und rief dazu auf, gegen „die politischen Umtriebe der Revanchisten und ihre ideologischen Manipulationen“ Stellung zu nehmen<sup>112)</sup>. In einem 1975 erschienenen kritischen Vergleich der Darstellung des Faschismus in der 1965 erschienenen Ausgabe von „Gestern und Heute“ und der 1971 erschienenen Ausgabe von „Menschen in unserer Zeit“ kommt A. Černov zu dem Ergebnis, daß sich trotz der Entspannungspolitik wenig geändert habe. Nach wie vor werde der Faschismus durch Personalisierung erklärt. Die Rolle der imperialistischen Mächte werde beschönigt, die Rolle der UdSSR im Zweiten Weltkrieg jedoch herabgewürdigt. „All das bezeugt, daß auch in den siebziger Jahren in der BRD Lehrbücher herausgegeben werden, die den Schülern verdrehte Vorstellungen von den Ursachen und Hauptereignissen des Zweiten Weltkriegs beibringen — besonders über die Rolle der UdSSR, welche die Hauptkraft war,

die im Kampf gegen den Faschismus die zukünftige Weltzivilisation, Fortschritt und Demokratie verteidigte.“<sup>113)</sup>

In der Bundesrepublik geübte Kritik an Darstellungen der Sowjetunion in bundesdeutschen Schulbüchern hat z.T. große Mängel festgestellt: sachliche Fehler, unzulässig vereinheitlichende Argumentation, Personalisierung des Geschichtsbildes, Vernachlässigung ökonomischer Probleme, Einfließen nicht begründeter Wertungen etc.<sup>114)</sup>. Umgekehrt ist innerhalb der Sowjetunion veröffentlichte Kritik am Deutschlandbild der sowjetischen Schulbücher nicht bekanntgeworden.

Wenn im folgenden versucht wird, einige Ansätze zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Geschichtsbild sowjetischer Schulbücher zu formulieren, geschieht das im vollen Bewußtsein der Vorläufigkeit und Kritikbedürftigkeit solcher Aussagen. Diese ist besonders deshalb gegeben, weil kaum ins einzelne gehenden Untersuchungen und keine umfassende Korpusanalyse der sowjetischen Schulbücher vorliegen.

1. Die sowjetische Darstellung deutscher Geschichte entspricht nicht überall dem Stand der sowjetischen historischen Forschung. Dies ist hier an einem sehr begrenzten Beispiel aus der Darstellung der deutschen Ostexpansion belegt worden.

2. Das sowjetische Geschichtsbuch ist — immer noch oder wieder — durch eine starke Personalisierung gekennzeichnet. Die 1926 geäußerte Befürchtung Pokrovskijs, ein marxistischer chronologischer Geschichtskurs werde „ein Kirchenkalender, nur mit anderen Heiligen“<sup>115)</sup>, hat sich nicht als unbegründet erwiesen. Dieselbe Kritik — allerdings bei, von Pokrovskij aus gesehen, veralteten Heiligen — ist auch bundesdeutschen Schulbüchern

<sup>111)</sup> A. Černov, *Pravda istorii i lož' fal'sifikatorov*, in: *Učitel'skaja gazeta*, 29. 4. 1975, S. 4.

<sup>114)</sup> Heiko Haumann, *Die Darstellung der Geschichte Sowjetrußlands 1917 bis 1941 in Schulbüchern der BRD*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1973, 12, S. 1318—1355; vgl. weiter: *Geschichte und Ideologie*, a. a. O., S. 97—140, S. 155 ff., Erich Lemberg, *Darstellung und Beurteilung von Revolutionen in Geschichtsbüchern*, in: *Bestandsaufnahme Geschichtsunterricht*, hrsg. v. Helmut Hoffacker u. Klaus Hildebrandt, Stuttgart 1973, S. 106—120; Enno Meyer, *Stereotypen über Russen, Polen und die Bedeutung der Deutschen im östlichen Europa*, in: *IJbGGU* 15 (1974), S. 62—78.

<sup>115)</sup> M. N. Pokrovskij, *Diskussionsbeitrag*, in: *Istorsk-Marksist* 1927 (3), S. 165—171, Zitat S. 168.

<sup>111)</sup> Nolte, *Schulbuch*, S. 105 ff.

<sup>112)</sup> V. T. Pašuto, *Was wird im Westen gelehrt? Die Darstellung der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion in westdeutschen Lehrbüchern*, in: *JbGSL* 14, 2 (1970), S. 79—106, Zitate S. 94, 96 und 106.



gegenüber mit vielen Belegen vorgetragen worden <sup>116)</sup>.

3. Im sowjetischen Schulbuch spielt die Darstellung der Militärgeschichte eine große Rolle. Auch Militärgeschichte des zaristischen Rußland wird fast ausschließlich positiv dargestellt und Schlachtenpläne etc. nehmen einen großen Raum ein.

4. In die Darstellung fließen nationale Wertungen ein, die nicht reflektiert und nicht begründet werden. Die Darstellung der Geschichte der Rußlanddeutschen läßt entgegen marxistischem Anspruch <sup>117)</sup> durch die einseitige Auswahl vermuten, daß diese Nationalität durch ihren Volkscharakter entscheidend, und zwar negativ, geprägt sei. Dabei wäre die Darstellung der Leistung vieler Vorfahren der Rußlanddeutschen für die Entwicklung Rußlands gerade dann wichtig, wenn diese sowjetische Nationalität das Bewußtsein gewinnen soll, auch in der Geschichte ihres Staates zu Hause zu sein.

5. Da es in der UdSSR nur ein Geschichtsbuch gibt, ist leicht erkennbar, daß darin einige Richtungen der sowjetischen Historiographie mehr zum Tragen kommen als andere. Wenn eine wissenschaftliche Diskussion über Schulbuchtexte Erfolg versprechen soll, müßten selbstverständlich alle Institutionen der Fächer Geschichte und Gesellschaftskunde vertreten sein.

6. Im sowjetischen Geschichtsbuch wird die Geschichte aller Territorien dargestellt, die heute zur Sowjetunion gehören. Sie ist sachlich für die UdSSR kein Problem, weil die Gebiete, welche in der russischen Geschichte eine Rolle gespielt haben, heute auch sowjetisch sind. Es ist jedoch sachlich unmöglich, eine deutsche Geschichte zu konzipieren, die sich auf das Territorium von Bundesrepublik Deutschland oder DDR beschränken würde. Eine Diskussion des territorialen oder etatistischen Prinzips in der Geschichtsschreibung ist entsprechend unumgänglich.

7. Das sowjetische Schulbuch hat keinen Platz für abweichende Meinungen. Auch die beigefügten Dokumente und Bilder unterstützen immer wieder den offiziell gebilligten Text. In der Bundesrepublik werden zwar die vorgelegten Texte durch die Genehmigungskommissionen der Länder auf die Einhaltung von bestimmten Grenzen geprüft. In kaum ei-

nem Geschichtsbuch der Bundesrepublik wird aber „Konfliktwissen“ <sup>118)</sup>, — Wissen, das der allgemeinen Tendenz des Schulbuchs entgegensteht — so entschieden ausgestaltet wie in den heutigen Schulbüchern der UdSSR. Außerdem enthalten die bundesdeutschen Schulbücher in der Regel mehr „nicht operationelle Kenntnisse“ <sup>119)</sup> als die sowjetischen — Kenntnisse, die nicht oder nicht bruchlos für die allgemeinen Lernziele operationalisiert werden können.

8. Keine Diskussion kann an der bewußten, ausgesprochenen und begründeten parteilichen Bindung des sowjetischen Schulbuchs an den Marxismus-Leninismus vorübergehen. Um diese deutlich zu machen, ist es in der Bundesrepublik nötig, die Rolle des Eigentums an Produktionsmitteln für die soziale Verfassung und das ökonomische Funktionieren einer Gesellschaft genau zu beschreiben sowie den Unterschied zwischen privatem und gesellschaftlichem Eigentum nicht durch bloße Kennzeichnung der Marktverfassung zu verdecken („Marktwirtschaft“ kontra „Zentrale Verwaltungswirtschaft“). Für die UdSSR ist zu fordern, daß den Schülern die Rolle der mittleren Schichten in der deutschen Geschichte deutlich gemacht wird. Und vor allem sollte im sowjetischen Geschichtsunterricht nicht durch allgemeine Kategorien wie Ne imperialismus oder Monopolkapitalismus zugedeckt werden, daß es in der Bundesrepublik Deutschland — innerhalb systemimmanenter Grenzen — einen funktionierenden Parlamentarismus gibt, in dem durch allgemeine freie Wahlen auf konkrete Politik — z. B. Entspannungspolitik — Einfluß ausgeübt wird. Man muß festhalten und darf begrüßen, daß die letzte Ausgabe des sowjetischen Schulbuchs für neueste Geschichte diesen Forderungen entgegenkommt.

9. Jede wissenschaftliche Diskussion muß schließlich zu den wissenschaftstheoretischen Kategorien vorstoßen, welche für die Differenzen konstitutiv sind. Bei der Auseinandersetzung um sowjetische und bundesdeutsche Schulbücher ist strittig, wieweit der Objektivitätsbegriff der leninistischen Widerspiegelungstheorie für die sowjetischen Wissenschaftler geltend gemacht und wie umfassend von den Wissenschaftlern der Bundesrepublik Ideologieverdacht vorgetragen werden soll. Mit jemandem, der für sich in Anspruch

<sup>116)</sup> Klaus Bergmann, Personalisierung im Geschichtsunterricht — Erziehung zur Demokratie? = Anmerkungen und Argumente 2, Stuttgart 1972.

<sup>117)</sup> So auch: *Obščestvovedenie*, a. a. O., S. 63—66.

<sup>118)</sup> Wolfgang M. Mickel, Lehrpläne und politische Bildung, Neuwied 1971, S. 350.

<sup>119)</sup> Herbert Marcuse, Über das Ideologieproblem in der hochentwickelten Industriegesellschaft, Übers. in: *Ideologie*, hrsg. v. Kurt Lenk, Neuwied 1964<sup>2</sup>, S. 354.



nimmt, allein im Besitz der objektiven Wahrheit zu sein, läßt sich genauso schlecht diskutieren wie mit jemandem, der vom Gegenüber ausschließlich Verzerrungen der Wahrheit erwartet. Solche Auffassungsverschiedenheiten werden sich kaum auflösen lassen, und desto notwendiger ist es, sie kontrovers zu formulieren.

10. Damit hängt eng zusammen, daß für die UdSSR in einigen wichtigen Fragen in Anspruch genommen wird, zu bestimmten Fehlern nicht fähig zu sein, z. B. „von Natur“ (iz prirody) friedliebend zu sein <sup>120)</sup>.

Die Frage nach dem Grad und der Konkretheit von Selbstbestimmung einer Übergangsgesellschaft bezeichnet ein klassisches Problem marxistischer Diskussion. Wenn Kapitalismus eine „Natur“ hat, weil die ökonomischen Interessen „sich“ „hinter dem Rücken“ der Individuen durchsetzen, dann soll Sozialismus sich dadurch auszeichnen, als ein Verein freier Menschen keine „Natur“ mehr zu haben. Wenn gesagt wird, daß sich Gesetzmäßigkeiten durchsetzen, „ist gesagt, daß es sich bei der Sowjetunion nicht um eine sozialistische Gesellschaft handeln kann. Denn in einer solchen müßte der ‚Primat der Politik‘ als des bewußten und bestimmenden Handelns der assoziierten Individuen gelten“ <sup>121)</sup>.

<sup>120)</sup> Obščestvovedenie, a. a. O., S. 138.

<sup>121)</sup> Rainer Rotermundt, Ursula Schmiederer, Gesellschaftsstruktur und Außenpolitik der Sowjetunion. Ein Diskussionsbeitrag, in: Sozioökonomische Bedingungen, a. a. O., S. 134.

Das Zitat macht deutlich, daß man die angesprochenen Fragen auf der Ebene theoretischer Abstraktion als innermarxistische Diskussion in absehbarer Zeit nur schwerlich in Angriff nehmen könnte. Nun kann es bei wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Forschern der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR nicht um innermarxistische Diskussionen gehen — vor allem deshalb nicht, weil die große Mehrheit der bundesdeutschen Wissenschaftler und die Schulbuchautoren nicht mit marxistischen Kategorien arbeiten. Aber auch eine Diskussion z. B. über die Totalitarismustheorie dürfte kaum als Auftakt wissenschaftlicher Streitgespräche zwischen Ost und West taugen. Ausgehen kann man in solchen Diskussionen also nur von jener gemeinsamen Basis, daß „das kritisch erhärtete Faktum . . . gelten“ soll <sup>122)</sup>.

<sup>122)</sup> Karl Dietrich Erdmann, Zur Koexistenz der Historiker. Das deutsch-sowjetische Historikertreffen in Leningrad, in: GWU 26, 7 (1975), S. 445 f. Vgl. Nolte, „Drang nach Osten“, S. 17.

Die Teilnehmer einer am 22. 1. 1977 im Ostkolleg-Köln von R. Thomas geleiteten Diskussion über den Entwurf zu diesem Text haben die vorliegende Fassung in vieler Hinsicht beeinflußt. Insbesondere die kritischen Einwände der Professoren Kotow und Šel'kovskij seien hervorgehoben, auch wenn ich ihnen nicht immer folgen konnte. Die Mitarbeiter des Georg-Eckert-Instituts in Braunschweig, insbesondere Frau Le Mang, haben in großer Freundlichkeit bei der Erfassung der neuesten sowjetischen Schulbücher geholfen. Die Arbeitsstelle für vergleichende Bildungsforschung der Ruhr-Universität Bochum hat mir durch die großzügige Vermittlung von Herrn Kuebart die neuere methodische Literatur zugänglich gemacht. Ihnen allen gilt mein Dank für Kritik und Hilfe.



## Wolfgang Behr: Grundlagen der Politik in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Ein Systemvergleich

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/78, S. 3—28

Ausgehend von den jeweiligen Legitimitätsgrundlagen beider deutscher Staaten untersucht der Beitrag bestimmte Politikbereiche in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Hierzu bedient er sich zunächst eines formalen Systemvergleichsmodells. Die Legitimitätsgrundlagen beider Systeme werden im Rahmen dieses Systemvergleichsmodells einander gegenübergestellt, sodann einzeln wie im Vergleich analysiert. Hierbei werden sowohl Widersprüche in der Bundesrepublik und der DDR als auch gemeinsame wie unterschiedliche Interessen zwischen ihnen aufgezeigt.

Vorrangig geht es in der Untersuchung darum, formal gleiche Legitimitätsgrundlagen in beiden Systemen (z. B. Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit u. a.) in den je unterschiedlichen Systemzusammenhängen darzustellen. Probleme bei der Umsetzung von Legitimitätsgrundlagen in praktische Politik werden dabei im Spannungsfeld von Integration und Konflikt ebenso aufgezeigt wie die Kooperationsmöglichkeiten und Grundkonflikte zwischen beiden Systemen.

Beide Systeme stehen unter ökonomisch-technischen Sachzwängen, die den Handlungsspielraum politisch-gesellschaftlicher Gestaltung vermindern. Legitimitätsdefizite in der politischen Realität treten dabei in Erscheinung: In der Bundesrepublik versuchen außerparlamentarische Kräfte (Verbände, Bürgerinitiativen) auf die Entscheidungen von Regierungen, Parlamenten und Parteien Einfluß zu nehmen, um dadurch ihre partikularen Interessen durchzusetzen. In der DDR verhindert die Führungsspitze der SED Demokratisierungsprozesse und verstärkt damit den bürokratischen Partei- und Staatsapparat.

In der Bundesrepublik wie in der DDR ist die staatliche Politik maßgeblich darauf ausgerichtet, das bestehende System funktionsfähig zu halten. Die Priorität der Sicherung ökonomischer Leistungsfähigkeit gilt für beide Systeme, wobei allerdings die Bundesrepublik in erheblich höherem Umfang eine politische Gestaltung durch die Gesellschaft zuläßt als die DDR.

Das Verhältnis von Bundesrepublik und DDR zueinander ist bestimmt durch das Postulat der Entspannung bzw. der „friedlichen Koexistenz“. Ausgehend von den zuvor dargestellten Legitimitätsgrundlagen und der praktischen Politik beider Systeme werden Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation in der gegenwärtigen Phase der Deutschlandpolitik aufgezeigt.

## Hans-Heinrich Nolte: Geschichtsunterricht und Gesellschaftskunde in der Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/78, S. 29—47

Nach frühsowjetischen Versuchen, Geschichtsunterricht in Gesellschaftskunde zu integrieren, ist seit den dreißiger Jahren ein chronologischer Geschichtskurs fest als eigenes Schulfach etabliert. Inhaltlich besteht das Geschichtsbild seit den dreißiger Jahren aus einem Kompromiß zwischen sowjetisch-kommunistischen und mehr patriotisch-orientierten Stoffen und Einordnungen. In Reaktion auf den deutschen Überfall 1941 kam ein historisches Feindbild von Deutschland hinzu. Sowjetische Schüler haben fast doppelt so viel Stunden Geschichtsunterricht wie Schüler der Bundesrepublik. Der Unterricht folgt eng den Schulbuchtexten. Es werden zwar vielfältige Versuche unternommen, wie man die Selbständigkeit der Schüler im Unterricht erhöhen kann; diese Versuche stoßen jedoch an systemimmanente Grenzen.

Den allgemeinen Ausführungen folgen Untersuchungen einzelner Beispiele von Schulbuchdarstellungen, unter anderem der Darstellung der „Neuen Ostpolitik“ im Geschichtsbuch und der Darstellung der „Friedlichen Koexistenz“ im Lehrbuch für Gesellschaftskunde. Fragt man, was unserer Meinung nach sowjetische Schüler über die Bundesrepublik lernen sollten, dann werden zu solchem Lernwissen Kenntnisse vom Funktionieren unseres Parlaments und Informationen über unsere Gesellschaft gehören, die über pauschale Kategorien hinausgehen. Es ist deshalb besonders interessant, daß in den neuesten sowjetischen Schulbüchern die Bedeutung der Bundestagswahlen 1972 für die Koexistenzpolitik deutlich gemacht wird und daß die Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik differenzierend beschrieben wird. Mancher Bestandteil des historischen Feindbildes von Deutschland ist jedoch auch heute noch in den Schulbüchern der UdSSR zu finden.